

# Inhaltsverzeichnis

<u>Einleitung</u> .....	1
<u>Teil I</u> .....	4
<u>1 Von der Agenda 21 zur Lokalen Agenda 21 (LA 21)</u> .....	4
<u>1.1 Geschichte der Agenda 21</u> .....	4
<u>1.2 Initiierung der Lokalen Agenda 21</u> .....	6
<u>1.3 Zusammenfassung des Kapitels</u> .....	7
<u>2 Darstellung der Inhalte und Verfahren der LA 21</u> .....	8
<u>2.1 Die Inhalte der LA 21</u> .....	8
<u>2.1.1 Lokale Agenda 21 = ein Handlungsprogramm</u> .....	9
<u>2.1.2 Nachhaltige Entwicklung und ihre Bedeutung für LA 21</u> .....	9
<u>2.1.3 Die Bereiche: Ökologie, Ökonomie &amp; Soziales im LA 21-Prozess</u> .....	11
<u>2.2 Verfahren der LA 21</u> .....	13
<u>2.3 Zusammenfassung des Kapitels</u> .....	14
<u>3 Die Rolle der Kommunen bzw. Gemeinden</u> .....	15
<u>3.1 Verfassungsrechtliche Aufgaben der Gemeinden</u> .....	16
<u>3.2 Rollen der Gemeinden und Städte im LA 21-Prozess</u> .....	17
<u>3.3 Zusammenfassung des Kapitels</u> .....	19
<u>4 Theoretische Einordnung der LA 21</u> .....	19
<u>4.1 Klassifizierungsarten der LA 21</u> .....	20
<u>4.1.1 Unterscheidung nach Nominalkategorien</u> .....	20
<u>4.1.2 Unterscheidung nach Wirkungen</u> .....	20
<u>4.1.3 Unterscheidung nach Steuerungsprinzipien</u> .....	21
<u>4.1.4 Unterscheidung nach Beschaffenheit</u> .....	23
<u>4.2 Die Akteure der LA 21</u> .....	24

<u><a href="#">4.3 Entscheidungsprozesse in der LA 21</a></u> .....	25
<u><a href="#">4.4 Zusammenfassung des Kapitels</a></u> .....	26
<u><a href="#">Teil II</a></u> .....	28
<u><a href="#">Exkurs: Leitfadeninterviews</a></u> .....	28
<u><a href="#">5 Die LA 21 in Darmstadt</a></u> .....	30
<u><a href="#">5.1 Geschichte und Organisation der LA 21 in Darmstadt</a></u> .....	30
<u><a href="#">5.1.1 Räumlicher Kontext und institutionelles Setting der LA 21</a></u> .....	30
<u><a href="#">5.1.2 Ziele und Leitbild der Darmstädter LA 21</a></u> .....	31
<u><a href="#">5.2 Akteure des LA 21-Prozesses in Darmstadt</a></u> .....	32
<u><a href="#">5.3 AGs in Darmstadt und ihre Projekte am Beispiel der TG</a></u> <u><a href="#">Menschen und Soziales</a></u> .....	34
<u><a href="#">5.3.1 AGs im Darmstädter LA 21-Prozess</a></u> .....	34
<u><a href="#">5.3.2 TG „Menschen und Soziales“ der AG „Ökologische und soziale</a></u> <u><a href="#">Bildung“</a></u> .....	35
<u><a href="#">5.4 Verschiedene Aspekte der Umsetzung des LA 21-Prozesses</a></u> .....	43
<u><a href="#">5.4.1 Öffentlichkeitsarbeit der Darmstädter LA 21</a></u> .....	43
<u><a href="#">5.4.2 Finanzierung des LA 21-Prozesses</a></u> .....	44
<u><a href="#">5.4.3 Zusammenarbeit mit anderen Gruppen</a></u> .....	45
<u><a href="#">5.5 Bewertung des LA 21-Prozesses</a></u> .....	45
<u><a href="#">5.5.1 Erfolgs- und Hemmnisfaktoren des LA 21-Prozesses</a></u> .....	45
<u><a href="#">5.5.2 Wirksamkeit der LA 21</a></u> .....	47
<u><a href="#">5.5.3 Zukunftsvorstellung für die Stadt Darmstadt</a></u> .....	48
<u><a href="#">5.5.4 Verbindung von Ökonomie, Ökologie und Sozialem</a></u> .....	48
<u><a href="#">5.5.5 Politische Einstellungen bezüglich der LA 21</a></u> .....	49
<u><a href="#">5.6 Zusammenhang zwischen der Darmstädter LA 21 und der</a></u> <u><a href="#">Sozialen Arbeit</a></u> .....	49
<u><a href="#">5.7 Zusammenfassung des Kapitels</a></u> .....	50
<u><a href="#">6 Die LA 21 in Groß-Umstadt</a></u> .....	52
<u><a href="#">6.1 Geschichte und Organisation der LA 21 in Groß-Umstadt</a></u> .....	52
<u><a href="#">6.1.1 Räumlicher Kontext und institutionelles Setting</a></u> .....	52
<u><a href="#">6.1.2 Gründe für die Erstellung der LA 21</a></u> .....	54
<u><a href="#">6.1.3 Ziele und Leitbilder der LA 21</a></u> .....	54
<u><a href="#">6.2 Akteure im LA 21-Prozess</a></u> .....	55

<a href="#"><u>6.3 AKs in Groß-Umstadt und ihre Projekte am Beispiel des AKs Frauen</u></a> .....	56
<a href="#"><u>6.3.1 Projekte des Groß-Umstädter LA 21-Prozesses</u></a> .....	56
<a href="#"><u>6.3.2 Darstellung des AKs „Frauen“</u></a> .....	57
<a href="#"><u>6.4 Verschiedene Aspekte der Umsetzung des Agenda-Prozesses</u></a> .....	62
<a href="#"><u>6.4.1 Öffentlichkeitsarbeit der Groß-Umstädter LA 21</u></a> .....	62
<a href="#"><u>6.4.2 Finanzierung des LA 21-Prozess</u></a> .....	63
<a href="#"><u>6.4.3 Zusammenarbeit mit anderen Gruppen</u></a> .....	63
<a href="#"><u>6.5 Bewertung des LA 21-Prozesses</u></a> .....	64
<a href="#"><u>6.5.1 Hemmnis- und Erfolgsfaktoren</u></a> .....	64
<a href="#"><u>6.5.2 Wirksamkeit der LA 21</u></a> .....	66
<a href="#"><u>6.5.3 Zukunftsvorstellungen für Groß-Umstadt</u></a> .....	66
<a href="#"><u>6.5.4 Verbindung von Ökonomie, Ökologie und Sozialem</u></a> .....	67
<a href="#"><u>6.5.5 Politische Einstellungen</u></a> .....	67
<a href="#"><u>6.6 Zusammenhang zwischen der Groß-Umstädter LA 21 und der Sozialen Arbeit</u></a> .....	69
<a href="#"><u>6.7 Zusammenfassung des Kapitels</u></a> .....	70
<a href="#"><u>7 Vergleich der LA 21-Prozesse von Darmstadt &amp; Groß-Umstadt</u></a> ....	72
<a href="#"><u>7.1 Vergleich der beiden Städte nach dem Klassifizierungssystem von Adrienne Windhoff-Héritier</u></a> .....	72
<a href="#"><u>7.1.1 Einordnung in die Nominalkategorie</u></a> .....	72
<a href="#"><u>7.1.2 Einordnung nach Wirkungen</u></a> .....	72
<a href="#"><u>7.1.3 Unterscheidung nach den Steuerungsprinzipien</u></a> .....	73
<a href="#"><u>7.1.4 Einordnung nach Beschaffenheit</u></a> .....	74
<a href="#"><u>7.2 Die LA 21-Prozesse und ihre Akteure</u></a> .....	75
<a href="#"><u>7.3 Die Entscheidungsprozesse der Darmstädter &amp; Groß-Umstädter LA 21</u></a> .....	76
<a href="#"><u>7.4 Zusammenfassung des Kapitels</u></a> .....	77
<a href="#"><u>Teil III</u></a> .....	78
<a href="#"><u>8 Auswirkungen der LA 21 auf die Soziale Arbeit</u></a> .....	78
<a href="#"><u>9 Zusammenfassung der Ergebnisse</u></a> .....	82

<a href="#"><u>Abkürzungsverzeichnis</u></a> .....	84
<a href="#"><u>Abbildungsverzeichnis</u></a> .....	85
<a href="#"><u>Literaturverzeichnis</u></a> .....	86
<a href="#"><u>Anhang</u></a> .....	89

### **Einleitung**

Nachfolgend wird kurz dargestellt, aus welchem Grund ich das Thema „Die Lokale Agenda 21 - zwischen Anspruch und Wirklichkeit am Beispiel von Darmstadt und Groß-Umstadt“ gewählt habe. Anschließend werden die Zielsetzungen, die ich dabei verfolgen, und der Aufbau der vorliegenden Arbeit erläutert.

### **Begründung der Themenwahl**

Der Begriff „Lokale Agenda 21“ (LA 21) begegnet den Bürgern immer öfter in den Medien. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht ein Artikel über die LA 21 in einer Tageszeitung erscheint. Auch auf Wahlkampfveranstaltungen wird mit diesem Begriff im Parteienprogramm geworben. Doch was steckt dahinter? Aufgrund von Alltagsbeobachtungen habe ich die Erfahrung gemacht, dass zwar die meisten Personen, die nicht im Agenda-Prozess aktiv beteiligt sind, schon einmal von dem Begriff „LA 21“ gehört haben, aber was dieser eigentlich beinhaltet, und welche Ziele die LA 21 verfolgt, war ihnen nicht klar.<sup>1</sup> Ich selbst bin zum ersten Mal bewusst mit diesem Begriff während der letzten Kommunalwahlen im März 2001 konfrontiert worden. So hatten etliche Parteien in ihrem Wahlkampfprogramm die Ziele der LA 21 aufgeführt, wobei hauptsächlich die sozialen Bereiche angesprochen wurden. Dies machte mich neugierig; was bedeutet die LA 21 konkret? Was sind ihre Ziele und Inhalte? Ist es vielleicht ein Bereich, mit dem auch Sozialpädagogen/-arbeiter künftig oder bereits schon jetzt konfrontiert werden? Wird die LA 21 wirklich umgesetzt oder ist sie nur ein „Papiertiger“, mit dem man während der Wahl auf Stimmenfang ging bzw. geht und der ansonsten in einer Schublade liegen gelassen wird?

### **Zielsetzung der Arbeit**

Mit den Antworten auf die eben genannten Fragen beschäftige ich mich in der vorliegenden Arbeit. Mein Anliegen ist dabei, sowohl die Umsetzung der LA 21 mit Hilfe zweier Fallbeispiele darzustellen, als auch die Auswirkungen der LA 21 auf die Soziale Arbeit zu untersuchen. Dafür werden die theoretischen Hintergründe und Inhalte der LA 21 zunächst dargestellt. Anschließend wird die Umsetzung der LA 21 anhand von zwei Städten in der Region Darmstadt-Dieburg überprüft. Dafür wählte ich die Städte Darmstadt und Groß-Umstadt aus. Beide haben eine kommunale Agenda für ihre eigene örtliche Situation entwickelt und arbeiten aktiv in diesem Bereich. Wichtig war mir bei der Auswahl, dass sich diese Städte im LA 21-Prozess engagieren, um auf die

---

<sup>1</sup> Der Bekanntheitsgrad der Lokalen Agenda 21-Prozesse beträgt bundesweit nur 15 %. Dies spiegelt sich bei dem Umsetzungsgrad von 12,1 % in Deutschland wieder. (Vgl. Allgemeine Zeitung Gießen, Nr. 209, 08.09.01, S. 29.)

---

Weise zu zeigen, welchen Stellenwert die LA 21 in der Sozialen Arbeit<sup>2</sup> hat bzw. haben kann.

Die Konzepte<sup>3</sup> von Darmstadt und Groß-Umstadt werden unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet. Dabei wird von beiden Städten ein Arbeitskreis, der sich mit sozialen Fragestellungen beschäftigt, mit seinen Zielen, Maßnahmen und Projekten vorgestellt. Anschließend wird aufgezeigt, welche Bedeutung diese Gruppen für die Soziale Arbeit haben können.

Aufgrund des eng gesteckten Rahmens der Arbeit kann ich nicht auf die regionale Agenda (AG Starkenburg)<sup>4</sup> eingehen, obwohl Darmstadt in diese mit involviert ist und die AG Starkenburg auch interessante Projekte im sozialen Bereich anbietet.

Der Einfachheit halber verwende ich in der gesamten Arbeit nur die männliche Form, von daher sind u.a. die Begriffe *(Mit-)Bürger, Einwohner, Ausländer, Vertreter, Repräsentant, Schüler* und *Sozialarbeiter/-pädagog*e geschlechtsneutral zu werten.

### **Gliederung der Arbeit**

Die vorliegende Arbeit ist in drei Teile gegliedert.

Der erste Abschnitt beschäftigt sich mit den allgemeinen theoretischen Aspekten und Hintergründen, die zur Entstehung der Agenda 21 und der daraus resultierenden LA 21 (Kapitel 1) geführt haben. Er zeigt, welchen Anspruch diese beiden Handlungsprogramme haben und durch welche Verfahren und Inhalte die LA 21 definiert ist (Kapitel 2). Anschließend wird erklärt, welche Rolle die Kommunen in dem LA 21-Prozess (Kapitel 3) und welche Stellung die LA 21 in der Kommunalpolitik haben. Dabei wird näher auf die Beschaffenheit, die Steuerungsprinzipien und die Wirkungen der LA 21 eingegangen. Außerdem werden die Akteure sowie die Entscheidungsprozesse der LA 21 vorgestellt (Kapitel 4).

---

<sup>2</sup> „Unter dem Sammelbegriff Soziale Arbeit werden eine Vielzahl von Maßnahmen, Diensten und Einrichtungen der *Sozialarbeit* und *Sozialpädagogik* verstanden. Soziale Arbeit ist ein Instrument moderner Gesellschaften, um Problem- und Mangellagen von Personen auszugleichen, die weder durch den Markt und private Unternehmungen noch im informellen Bereich der Familien, Nachbarschaften oder ähnlichen privaten Formen ausgeglichen werden.“ (KLATETZKI, T./ WEDEL-PARLOW, U. 2001, S. 583. Hervorhebung im Original.)

<sup>3</sup> In Darmstadt heißt das Konzept Agenda-Dokument und in Groß-Umstadt Kommunales Handlungsprogramm (KHP)

<sup>4</sup> Die regionale Agenda bezeichnet die Region Starkenburg bestehend aus Darmstadt und den vier Landkreisen: Bergstraße, Darmstadt-Dieburg, Groß-Gerau und dem Odenwaldreis. In der AG Starkenburg sitzen Repräsentantinnen und Repräsentanten aus den Verwaltungen der fünf Gebietskörperschaften.

---

Im zweiten Teil wird dann die Realisierung der LA 21 am Beispiel der zwei oben erwähnten Städte überprüft. Dazu dienen in erster Linie Leitfadeninterviews, die in einem Exkurs zu Beginn des zweiten Teils erläutert werden. Zusätzlich werden die LA 21-Dokumente und Internetseiten von Darmstadt (Kapitel 5) und Groß-Umstadt (Kapitel 6) unter verschiedenen Gesichtspunkten (z.B. bezüglich ihrer Inhalte, ihrer Verfahren und ihrer Maßnahmen) näher betrachtet. Innerhalb dieser Betrachtung wird auch eine Arbeitsgruppe, die sich mit sozialen Themen beschäftigt, vorgestellt. Dabei werden dann auch die Konsequenzen der LA 21 Prozesse beider Städte für die Soziale Arbeit untersucht. Anschließend wird die LA 21-Arbeit beider Städte verglichen (Kapitel 7).

Auf den allgemeinen Zusammenhang zwischen der LA 21 und der Sozialen Arbeit wird dann im dritten Teil der Arbeit näher eingegangen (Kapitel 8). Dabei wird gezeigt, welche Bedeutung die LA 21 für die unterschiedlichen Aufgabenbereiche der Sozialen Arbeit hat. Abschließend folgt eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse dieser Arbeit (Kapitel 9).

---

## Teil I

Ziel des ersten Teiles ist es, ein theoretisches Grundwissen über die (Lokale) Agenda 21 zu vermitteln. Mit Hilfe dieses Wissens soll in den beiden weiteren Teilen die Möglichkeit gegeben werden, den Anspruch, den die Lokale Agenda 21 hat, am Beispiel der Städte Darmstadt und Groß-Umstadt an der Realität zu überprüfen und ihre Bedeutung für die Soziale Arbeit darzustellen.

Grundlage des ersten Teils sind im Wesentlichen Texte verschiedener Bundesministerien und des hessischen Ministeriums. Es wird aber auch auf einige Literaturtexte, die sich mit dem Thema LA 21 auseinandersetzen, Bezug genommen. Theoretische Grundlage des Kapitels 4 ist das Buch „Policy-Analyse“ von Adrienne Windhoff-Héritier.

### 1 Von der Agenda 21 zur Lokalen Agenda 21 (LA 21)

Dieses Kapitel beschäftigt sich mit den Begriffen: „Agenda 21“ und „LA 21“, ihrer Entstehungsgeschichte und ihren Inhalten. Dadurch soll deutlich werden, welche Bedeutung die Agenda 21 und die daraus resultierende LA 21 sowohl für die Bundesrepublik Deutschland, als auch für jede Kommune sowie jeden einzelnen Bürger inne hat.

Das Wort „Agenda“ stammt aus dem Lateinischen und heißt sinngemäß übersetzt „das, was zu tun ist“. Der Begriff „Agenda“ kann daher als „Arbeits- oder Aktionsprogramm“ verstanden werden. Die Zahl „21“ repräsentiert das 21. Jahrhundert, in dessen Richtung das Programm weisen soll.<sup>5</sup>

#### 1.1 Geschichte der Agenda 21

Alles begann auf der Gipfelkonferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (United Nations Conference on Environment and Development = UNCED) in Rio de Janeiro. Dort wurde am 14. Juni 1992 die Agenda 21<sup>6</sup>, „das Handlungsprogramm

---

<sup>5</sup> Vgl. HESSISCHES MINISTERIUM für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit 1997, S. 7.

<sup>6</sup> Außer der Agenda 21 wurden auf dem Weltgipfel in Rio de Janeiro noch folgende Dokumente beschlossen: die Rio-Deklaration über Umwelt und Entwicklung (beschreibt Richtlinien im Bereich Ökologie und Entwicklung, die in Zukunft das Verhältnis der Staaten untereinander und von Staaten zu ihren Bürgern prägen sollen), die Wald-Deklaration (handelt von den weltweiten Grundsätzen zur Waldbewirtschaftung und zur -erhaltung), die Klimarahmenkonvention (beinhaltet völkerrechtlich verbindliche Prinzipien für die internationale Zusammenarbeit zur Vermeidung gefährlicher Klimaveränderungen und ihrer Auswirkungen), die Konvention über biologische Vielfalt (umfasst den weltweiten Schutz von der Flora und Fauna sowie die Sicherung ihrer bedrohten Lebensräume)(Vgl. DARWIN 1998, S. 10.)

---

der Vereinten Nationen für eine zukunftsbeständige Entwicklung im 21. Jahrhundert“<sup>7</sup> von 178 Staaten, darunter auch der Bundesrepublik Deutschland verabschiedet. Für Deutschland unterzeichnete der damaligen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl.<sup>8</sup>

Diese Gipfelkonferenz ist zu einem Symbol der gemeinsamen Verantwortung aller Staaten für die *Eine Welt* geworden. Hier wurden, unter dem dringenden Hinweis auf die Erhaltung der Lebensgrundlagen auf der Erde, die Bedingungen für eine neue Zusammenarbeit in der Entwicklungs- und Umweltpolitik festgelegt. Denn durch die konsumorientierten und ressourcenverbrauchenden Lebensstile der Industrieländer und ihre wachstumsorientierte Wirtschaftsweise stößt die Menschheit an die Belastungsgrenzen der Natur. Diese Lebensweise wird in absehbarer Zeit dazu führen, dass die Bevölkerung ihre natürlichen Ressourcen verbraucht hat, dadurch wäre dann die menschliche Existenz gefährdet.<sup>9</sup>

Mit welchen Inhalten, Zielen, Maßnahmen und Projekten beschäftigt sich die Agenda 21, um der Verantwortung aller Staaten für die *Eine Welt* gerecht zu werden?<sup>10</sup>

Die Agenda 21 repräsentiert die gegenwärtige internationale Übereinkunft bezüglich der benötigten Maßnahmen, um weltweit das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung zu erreichen. Sie beinhaltet Maßnahmen, die sowohl von internationalen Organisationen als auch von den Regierungen, der Wirtschaft und von Kommunen verwirklicht werden können. Ihr Ziel ist, Krankheit, Armut, Hunger und Analphabetentum zu überwinden, ohne aber die ökologische Umwelt weiter zu schwächen.

Die Agenda 21 ist in vier Teile gegliedert:

- **Soziale und wirtschaftliche Dimensionen:**

Hier werden die menschlichen Einflussfaktoren und Probleme, die jeder Entwicklung zugrunde liegen, gemeinsam mit den Schlüsselfragen des Handels und der Entscheidungsfindung dargestellt.

- **Erhaltung und Bewirtschaftung der Ressourcen für die Entwicklung:**

In diesem Teil findet eine Untersuchung der vielfältigen Ressourcen, Ökosysteme sowie anderen Elementen statt, die für eine nachhaltige Entwicklung auf globaler, nationaler und kommunaler Ebene wichtig sind.

---

<sup>7</sup> BUNDESMINISTERIUM Raumordnung, Bauwesen und Städtebau Nov. 1996, S.11.

<sup>8</sup> Vgl. HESSISCHES MINISTERIUM für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit 1997, S. 7.

<sup>9</sup> Vgl. DARWIN 1998, S. 10.

<sup>10</sup> Einen genaueren Themenüberblick gibt das Inhaltsverzeichnis der Agenda 21, das sich im Anhang befindet.

---

- **Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen:**

In dem dritten Teil werden die Beziehungen unter den verschiedenen sozialen Gruppen betrachtet. Es wird gezeigt, dass für eine nachhaltige Entwicklung die Kommunen unersetzbar sind.

- **Möglichkeiten der Umsetzung:**

Hier werden die notwendigen Kräfte und Ressourcen, die für eine nachhaltige Entwicklung unabdingbar sind, dargestellt. Außerdem werden Erziehungs- und Bildungsaspekte gezeigt. Auch werden institutionelle und rechtliche Rahmenbedingungen, sowie Bedingungen im Daten- und Informationsbereich und die Stärkung nationaler Kapazitäten in den notwendigen Bereichen untersucht.<sup>11</sup>

Bei der Betrachtung der Inhalte und Themen der Agenda 21 ist zu erkennen, dass die Agenda 21 zweierlei ist:

- Zum einem ein „*Handlungsprogramm* mit Vorgaben, die wir möglichst kurzfristig erreichen wollen. Das Erreichte kann dann wie in einer Checkliste abgehakt werden.
- [Und zum anderen eine] *Anleitung zum Aufbau gerechter Diskussions- und Entscheidungsstrukturen*, die nicht allein zur Umsetzung kurzfristiger Ziele erforderlich sind, sondern darüber hinaus lebendig bleiben müssen, wenn wir weiterhin den Weg in eine lebenswerte Zukunft beschreiten wollen“<sup>12</sup>

## 1.2 Initiierung der Lokalen Agenda 21

Nachdem im vorherigen Abschnitt deutlich wurde, dass die Agenda 21 ein weltweites Aktionsprogramm für die gegenwärtig wichtigsten Entwicklungs- und Umweltprobleme darstellt, wird nun der Frage nachgegangen, welche Maßnahmen die einzelnen Länder treffen können, um die Zielsetzungen der Agenda 21 umzusetzen. Eine Antwort darauf bietet die LA 21. Aus diesem Grund wird gezeigt, welche Inhalte die LA 21 hat und auf welche Weise sie initiiert wurde. Dies führt zunächst einmal zu der Charta von Aalborg.

Vom 24. bis 27. Mai 1994 fand in der dänischen Stadt Aalborg die erste europäische Konferenz (Aalborg-Konferenz) über zukunftsbeständige Städte und Gemeinden, mit dem Ziel eine europaweite Lokale-Agenda-Bewegung zu starten, statt. Aus 34 Staaten kamen über 600 Abgesandte aus Kommunen, Verbänden, nationalen Regierungen, wissenschaftlichen Instituten und internationalen Organisationen. Aber auch Berater

---

<sup>11</sup> Vgl. BUNDESMINISTERIUM Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Teil B 1996, S.11.

---

und Einzelpersonen waren anwesend. Veranstaltet wurde diese Konferenz von der Stadt Aalborg und der Europäische Kommission, während der Internationale Rat für Kommunale Umweltinitiative (ICLEI) für die inhaltliche Ausrichtung zuständig war. Die Teilnehmer dieser Veranstaltung verabschiedeten einstimmig die Charta von Aalborg (auch „Charta der Europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit“ genannt)<sup>13</sup>:

*„Durch die Unterzeichnung der Charta initiierten die Städte, Gemeinden und Landkreise die Europäische Kampagne zukunftsbeständiger Städte und verpflichten sich dazu, in 'Lokale Agenda 21'-Prozesse einzutreten und langfristige Handlungsprogramme mit dem Ziel der Zukunftsbeständigkeit aufzustellen. Ziel der Kampagne ist es, die Entwicklung in Richtung Zukunftsbeständigkeit auf lokaler Ebene sowohl durch LA 21-Prozesse als auch durch eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren innerhalb der örtlichen Gemeinschaft und zwischen den einzelnen Kommunen voranzutreiben.“<sup>14</sup>*

Die Charta von Aalborg war demnach für viele Kommunen der Auslöser, eine eigene LA 21 aufzustellen. Diese Aufforderung befindet sich auch im Kapitel 28 (Teil III) der Agenda 21.

Das Hessische Ministerium für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit, definiert LA 21 in seiner Broschüre „Agenda 21 Unterwegs... für eine lebenswerte Zukunft“ (1997, S. 46) folgendermaßen: LA 21: *„speziell auf den Problem- und Kompetenzbereich einer lokalen Verwaltungseinheit (wie beispielsweise einer Kommune oder eines Kreises) bezogene Zielsetzungen der Agenda 21. Die Zielsetzungen bestehen aus dem Aktions- beziehungsweise Handlungsteil und dem prozeßhaften Verfahren der Umsetzung.“*

### **1.3 Zusammenfassung des Kapitels**

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die LA 21 die in den 40 Kapiteln der Agenda 21 angesprochenen Umwelt- und Entwicklungsprobleme unseres Jahrhun-

---

<sup>12</sup> HESSISCHES MINISTERIUM für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit 1997 S. 15; Hervorhebung im Original.

<sup>13</sup> Vgl. URL: HYPERLINK <http://www.hamburg.de/Behoeden/Umweltbehoerde/aalborg.1.html>, Stand 01.08.01, Vorbemerkung.

<sup>14</sup> BUNDESMINISTERIUM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Teil B 1996, S. 30.

---

derts auf der örtlichen, kommunalen Ebene beschreiben und beim Aufzeigen von Lösungswegen helfen soll.<sup>15</sup>

In den Teilen I und II der Agenda 21 wird die Gesamtbetrachtung der drei Aspekte Ökonomie, Ökologie und Soziales dargestellt. Auf diese drei Säulen und auf den zentralen Grundgedanken der Agenda 21, nämlich das Prinzip der nachhaltigen bzw. zukunftsbeständigen Entwicklung als ein Handlungsprogramm, „das Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen der Menschen mit der langfristigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang bringt“<sup>16</sup>, wird im nächsten Kapitel näher eingegangen.

## **2 Darstellung der Inhalte und Verfahren der LA 21**

Die LA 21 ist zum einen durch den Weg und zum anderen durch das Ziel definiert. Wenn nun von der LA 21 gesprochen wird, muss zwischen ihrem inhaltlichen Gegenstand (dem Ziel) und ihrer Verfahrenskultur (dem Weg), mit deren Hilfe die Umsetzung der LA 21 erreicht werden soll, differenziert werden. Der inhaltliche Gegenstand ist das Prinzip der Nachhaltigkeit bzw. „sustainable development“. Dieses Prinzip bedeutet, dass wir nur von den Zinsen der natürlichen Ressourcen leben sollen und nicht von dem Kapital. Bei diesem Grundprinzip der LA 21 und auch der Agenda 21 spielen die drei Bereiche „Ökonomie“, „Ökologie“ und „Soziales“ eine bedeutende Rolle. Ziel ist es, diese drei Bereiche als ein zusammengehörendes Ganzes im Sinne der Nachhaltigkeit zu betrachten. Als Mittel zur Umsetzung wird folgende Verfahrenskultur vorgeschlagen: Alle Entscheidungen sollen im Konsens getroffen werden, dadurch wird jede Entscheidung von allen Beteiligten getragen und keiner hat das Gefühl übergangen worden zu sein.

### **2.1 Die Inhalte der LA 21**

Inhaltlich stellt die LA 21 ein langfristiges kommunales Handlungsprogramm dar. Ihr Ziel ist die zukunftsbeständige Entwicklung der Kommune im 21. Jahrhundert. Mit ihrer Aufstellung soll eine Übertragung der Agenda 21 auf die spezielle kommunale Situation erfolgen. Dabei beschreibt die Agenda 21 ein übergeordnetes Leitbild, von dem aus jede Kommune ihr eigenes entwickeln soll. Das kommunale Leitbild soll die unterschiedlichen Maßnahmen der Stadtpolitik auf ein gemeinsames Ziel richten, in wel-

---

<sup>15</sup> Vgl. BUNDESMINISTERIUM für Umwelt, Naturschutz, und Reaktorsicherheit 1998, S. 24.

<sup>16</sup> KLOTZ, Erhard in: HERMANN, Winfried bzw. PROSCHEK, Eva bzw. RESCHL, Richard 2000, S.10.

---

chem gleichermaßen die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Interessen Beachtung finden.<sup>17</sup> Man geht davon aus, dass es dann zu kumulativen kommunalen Effekten mit globalen Auswirkungen kommt.

Was bedeutet die Erzielung kumulativer kommunaler Effekte? Und was sind diese?

Bei der Entwicklung einer LA 21 geht es nicht darum, dass irgendeine Kommune irgendwelche Ziele für ihre zukunftsbeständige Entwicklung aufstellt und dabei besonders den ökologischen Aspekt berücksichtigt. Vielmehr ist es so, dass sich die mit der Entwicklung einer LA 21 beschäftigten Kommunen im Verbund mit vielen anderen Kommunen wissen und das nicht nur innerhalb ihres eigenen Landes sondern weltweit. Dabei folgen alle Kommunen einem übergeordneten Leitbild, obwohl jede einzelne mit anderen Ausgangsbedingungen konfrontiert ist. Dadurch kommt es nicht nur in der einzelnen Kommune zu einer Steigerung der Lebensqualität, sondern auch zu einer spürbar messbaren Verbesserung der globalen Umweltsituation, wenn man die einzelnen Aktivitäten der Kommunen zusammennimmt. Das bedeutet eine Erzielung kumulativer kommunaler Effekte.<sup>18</sup>

### **2.1.1 Lokale Agenda 21 = ein Handlungsprogramm**

Wie bereits erwähnt wurde, ist die LA 21 ein konkretes Handlungsprogramm, das langfristig angelegt ist. Das heißt, dass die Verwirklichung der in einer LA 21 festgelegten Ziele über die Amtszeit der Gemeindevertreter, die diese entwickelt haben, hinausgehen. Auf diese Weise gibt es eine realistische Chance für die Umsetzung der Ziele in Richtung einer zukunftsbeständigen Entwicklung.<sup>19</sup>

### **2.1.2 Nachhaltige Entwicklung und ihre Bedeutung für LA 21**

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ ist nicht neu. Ursprünglich stammt er aus der Forstwirtschaft, denn bereits im 18. Jahrhundert gab es bei der Waldbewirtschaftung die Regel: „Es darf nicht mehr Holz eingeschlagen werden, als nachwächst.“<sup>20</sup>

In unserem heutigen Verständnis geht der Begriff „Nachhaltigkeit“ auf den nach der Vorsitzenden und damaligen norwegischen Ministerpräsidentin benannten „Brundtland-Bericht“ zurück. Hier wird das Sustainability-Konzept in unserem heutigen Verständnis

---

<sup>17</sup> Vgl. ZIMMERMANN, Monika 1997, S. 29.

<sup>18</sup> Vgl. BUNDESMINISTERIUM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Teil A 1996, S. 9.

<sup>19</sup> Vgl. BUNDESMINISTERIUM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Teil A 1996, S. 11.

<sup>20</sup> Vgl. HESSISCHES Ministerium für Umwelt, Energie, Jugend, Familie & Gesundheit 1998, S. 6.

---

erstmals erwähnt. Der Brundtland-Bericht wurde von der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung unter der Leitung der norwegischen Politikerin Gro Harlem Brundtland unter dem Gesichtspunkt eines „weltweiten Programms des Wandels“ erarbeitet und 1987 der UNO-Generalversammlung vorgelegt.<sup>21</sup> In diesem Bericht steht, dass nachhaltige Entwicklung eine Entwicklung ist „die den gegenwärtigen Bedarf zu decken vermag, ohne gleichzeitig späteren Generationen die Möglichkeit zur Deckung des ihren zu verbauen“.<sup>22</sup>

Der englische Begriff „sustainable development“ bedeutet wörtlich „aufrechterhaltbare Entwicklung“ und wird im Deutschen mit den Begriffen „zukunftsfähig“, „nachhaltig“ und „zukunftsbeständig“ übersetzt. „Sustainable development“ im Sinne der Agenda 21 ist „eine Entwicklung, die ökologische, wirtschaftliche und soziale Grundbedürfnisse aller Bewohner einer Gemeinde befriedigt, ohne dabei die natürlichen, gebauten und sozialen Systeme zu gefährden, auf denen die Grunddaseinsvorsorge beruht, und ohne die Chancen für eine zukunftsbeständige Entwicklung in den übrigen Gemeinden der Welt zu beeinträchtigen.“<sup>23</sup>

An dieses Leitbild einer nachhaltigen bzw. zukunftsbeständigen Entwicklung („Sustainable Development“) in der Umwelt- und Entwicklungspolitik wurde insbesondere bei der Weltkonferenz in Rio de Janeiro 1992 und der zweiten Weltkonferenz „Habitat II“ in Istanbul 1996 angeknüpft.<sup>24</sup>

Jede Generation bekommt einen Vorrat an natürlichen Ressourcen von der vorigen Generation übergeben. Mit diesem Vorrat muss die Menschheit so verantwortungsvoll umgehen, dass auch den nachfolgenden Generationen ein menschwürdiges Leben ermöglicht wird. Dazu ist es notwendig, dass wir von den Zinsen der Natur leben, also dem was uns aufgrund der natürlichen Erneuerungsfähigkeit der Natur zur Verfügung steht. Unsere Aufgabe ist es, das Naturkapital zu sichern und zu erhalten. Wenn dies geschieht, hat die Menschheit alle Möglichkeiten, ihre Zukunft im Sinne des „sustainable development“ Konzeptes zu sichern.<sup>25</sup>

Das Konzept des „sustainable development“ ist somit die Grundlage der Agenda 21 und Leitbild des menschlichen Handelns.

---

<sup>21</sup> Vgl. HERMANN, Klaus In: AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE 2000, S. 3.

<sup>22</sup> WELTKOMMISSION für Umwelt und Entwicklung 1987 zitiert in BUNDESMINISTERIUM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Teil B 1996, S. 9.

<sup>23</sup> ICLEI 1997 Zitiert in: BUNDESMINISTERIUM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 1998, S. 17.

<sup>24</sup> Vgl. HERMANN, Klaus In: AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE 2000, S. 3.

<sup>25</sup> Vgl. HESSISCHES MINISTERIUM für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit 1997 S. 11.

---

### 2.1.3 Die Bereiche: Ökologie, Ökonomie & Soziales im LA 21-Prozess

Zukunftsbeständigkeit hat drei Aspekte: Ökologie, Ökonomie und Soziales. Diese Aspekte stehen in wechselseitiger Abhängigkeit und beeinflussen sich gegenseitig, wobei jeder Bereich den gleichen Stellenwert hat, wie das gleichschenklige Dreieck symbolisiert.

Wenn nun die Rede von Zukunftsbeständigkeit oder nachhaltiger Entwicklung ist, wird deutlich, dass es sich dabei sowohl um die Zukunftsbeständigkeit des Gemeinwesen, als auch der Wirtschaft sowie der Umwelt bzw. der natürlichen Systeme handelt.

Das Hessische Ministerium für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit definiert die Zukunftsbeständigkeit folgendermaßen:<sup>26</sup>

- **Die soziale Komponente:**

Zukunftsbeständiges Gemeinwesen setzt sich u.a. aus sozialen, politischen und kulturellen Systemen zusammen. Bei ihm geht es um das Finden eines Konsens über Grundwerte wie z.B. gesunde Lebensbedingungen, wahrnehmbare Mitwirkungschance, Gleichberechtigung, Verteilungsgerechtfertigkeit zwischen den derzeit lebenden Menschen sowie zwischen den Generationen.

- **Ökonomischer Aspekt:**

Zukunftsbeständiges Wirtschaftssystem besteht u.a. aus Gütern, Dienstleistungen, Beschäftigung, Einkommen, Gewinn und Produktion. Wichtig ist hierbei auch die Stützung auf menschliche Arbeit, erneuerbare Rohstoffe und Energie anstatt auf den Verbrauch nicht wiederherstellbarer Ressourcen. Letztere sollten nur in dem unabdingbar nötigen Maße genutzt werden. Die Beachtung und Schließung von Kreisläufen, sowie die langfristige Rentabilität spielen ebenfalls eine Rolle<sup>27</sup>. Diese Beachtung wird auch ressourceneffizientes Wirtschaften genannt und bildet die Grundlage für ökonomische Zukunftsbeständigkeit.

- **Natürliche Ressourcen:**

Natürliche Ressourcen sind u.a. Wasser, Boden, Luft, Rohstoffe, Artenvielfalt, Gesundheit usw.. Für die ökologische Zukunftsbeständigkeit hat die Erhaltung der Artenvielfalt, der menschlichen Gesundheit, sowie die Sicherstellung von Luft-, Wasser- und Bodenqualitäten für den Erhalt des Lebens und Wohlergehens der Menschen und auch zur Lebenssicherung der Flora und Fauna für die

---

<sup>26</sup> Vgl. HESSISCHES MINISTERIUM für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit 1997 S. 9-11; ICLEI 1997 zitiert in ZIMMERMANN, Monika 1997, S.28.

<sup>27</sup> Diese Auffassung widerspricht der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die in der Bundesrepublik Deutschland vorhanden ist, da ein Merkmal des Kapitalismus das Prinzip der Gewinnmaximierung bei allen wirtschaftlichen Vorgängen ist. Dies bedingt den Verbrauch von Ressourcen und auch personelle Einsparungen. (Vgl. DUDENVERLAG 1993, S. 140).

---

Zukunft, Priorität. *„Die Verbrauchsrate von erneuerbaren Rohstoff-, Wasser- und Energieressourcen darf nicht höher sein als die Neubildungsrate, nicht-erneuerbare Ressourcen dürfen nicht schneller verbraucht werden, als sie durch dauerhafte, erneuerbare Ressourcen ersetzt werden; die Emission von Schadstoffen darf nicht größer sein, als die Fähigkeit von Luft, Wasser und Boden diese Schadstoffe zu binden und abzubauen.“*<sup>28</sup>

Das Konzept des „sustainable development“ bedeutet also, dass Entscheidungen immer wieder daraufhin überprüft werden müssen, ob die Menschheit mit ihnen tatsächlich auf dem Weg in eine lebenswerte, nachhaltige Zukunft ist. Wenn dies nicht der Fall ist, muss sie ihre Entscheidungen dorthin gehend korrigieren.<sup>29</sup>

Ziel ist es, dass die oftmals als gegensätzlich betrachteten Bereiche Umwelt, Wirtschaft und Soziales von der Menschheit als Einheit begriffen werden müssen, um sie dann zu einem Handlungsprogramm zu vereinen, das dem Prinzip der Nachhaltigkeit gerecht wird. Das heißt, dass bei allen Handlungen die ökologische, wirtschaftliche und soziale Dimension gleichermaßen berücksichtigt werden soll.

Am Beispiel vom Ausbau des Frankfurter Flughafens wird deutlich, welche Bedeutung nachhaltige Entwicklung hat. So verspricht der Ausbau des Flughafens zunächst einmal die Beschaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen (= sozialer Aspekt). Dann käme der Ausbau auch der Wirtschaft zu gute. So wären beispielsweise ansässige Bauunternehmen beteiligt und es würden neue Geschäfte auf dem Flughafengelände gegründet werden (= ökonomischer Aspekt.) Aber was wäre mit dem Umweltbereich? Für die Umwelt würde einige Belastung entstehen, wie Waldrodungen, vermehrter Fluglärm durch größere Einflugschneisen. Dadurch könnten sich für die Bevölkerung, die innerhalb dieses Fluggebiets lebt, gesundheitliche Nachteile (wie Schlafstörungen) entwickeln. Aber auch die Klimabelastung nähme durch die Kerosinabgase deutlich zu. Dies hätte dann auch globale Auswirkungen auf das Weltklima. (= ökologischer Aspekt) Hinzu käme, dass die nächste Generation versuchen müsste, die Klimaschäden zu minimieren, obwohl sie nicht für diese verantwortlich ist. Die zukünftige Generation wird hier als Partei involviert bzw. miteinbezogen.

---

<sup>28</sup> BUNDESMINISTERIUM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Teil A, S. 10.

<sup>29</sup> Vgl. HESSISCHES MINISTERIUM für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit 1997 S. 15.

---

## **2.2 Verfahren der LA 21**

Um die LA 21 umzusetzen, benötigt man eine ganz bestimmte Verfahrenskultur, die im Kapitel 28.3 der Agenda 21 beschrieben ist. In diesem Kapitel wird jede Kommunalverwaltung aufgefordert mit ihren Einwohnern, den örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft in einen Dialog zu treten, um eine kommunale Agenda 21 aufzustellen. Durch diese Zusammenarbeit lernen die Kommunen von ihren Bürgern, den örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft und kommen auf diese Weise auch an die notwendigen Informationen, die für die Erstellung einer LA 21 wichtig sind. Ebenso wird bei den Bürgern das Bewusstsein für eine nachhaltige Entwicklung geschärft.<sup>30</sup> Diese Verfahrenskultur fordert demnach von jeder Kommune, dass sie in einen Konsultationsprozess mit allen örtlichen Bevölkerungsgruppen eintritt. Das heißt, dass entweder die Initiative zur Erstellung einer LA 21 von örtlichen Gruppen, Verbänden, Bürgern oder der Wirtschaft ausgeht. Ist dies nicht der Fall ist es Aufgabe der Kommunalverwaltung, einen LA 21-Prozess zu starten. Ziel dieses Konsultationsprozesses ist es, einen langfristigen kommunalen Aktionsplan für die zukunftsbeständige Entwicklung in der Kommune zu erarbeiten. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es wichtig, dass ein gemeinsamer Konsens mit allen Beteiligten gefunden wird.

### **Alle Gruppen beteiligen**

Durch die Konsultation der Bürger sollen die Politik und Kommunalverwaltung von den Einwohnern lernen. Das bedeutet, dass Bürgerinteressen ernst und wichtig genommen werden. Die Bürger fungieren als kompetente Ansprechpartner bei der Lösung kommunaler Probleme. Da sie von den Problemen direkt betroffen sind, verfügen sie über ein „Expertenwissen“, das der kommunalen Regierung auf anderem Weg nicht zugänglich ist. Zudem ist eine Entwicklung nur zukunftsbeständig, wenn sie durch einen Konsultationsprozess zustande gekommen ist. Denn nur, wenn jeder die Ziele des kommunalen Handlungsprogramms mittragen kann, wird er dieses Konzept bei der Umsetzung unterstützen. Wichtig dabei ist, dass der Konsultationsprozess von möglichst vielen mitgetragen wird, um so die Ansichten von vielen Betroffenen vertreten zu haben. Da sich jede Kommune aus unterschiedlichen Bürgern mit jeweils eigenen Interessen und sozialen Hintergründen zusammensetzt, muss dieses beim Konsultationsprozess ebenfalls Beachtung finden. Ziel dieser Art von Konsultation ist, dass man zu einer übereinstimmenden Meinung darüber kommt, welche Ziele die Kommune für ihre zukunftsbeständige Entwicklung setzt. Es geht also nicht darum, über einen Mehrheitsentscheid zu beschließen, wie die LA 21 schließlich aussehen soll, sondern um eine Konsensfindung. Das bedeutet einen fortlaufenden Diskussionsprozess, so-

---

<sup>30</sup> Vgl. BUNDESMINISTERIUM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 1997, S. 231.

---

wie ein Ab- und Angleichen von Interessen mit dem einen oder anderen Kompromiss. Dadurch wird verhindert, dass sich eine Gruppe gegenüber einer anderen durchsetzt.<sup>31</sup>

Wichtig ist noch anzumerken, dass im Kapitel 28.2 d) der Agenda 21 Frauen und Jugendliche ausdrücklich als Gruppen benannt werden, die in den Konsultationsprozess miteinbezogen werden sollen. Dabei ist es Aufgabe der Kommunen die Beteiligung von Frauen und Jugendlichen an Planungs-, Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen sicherzustellen.<sup>32</sup> Die Beteiligung von Frauen<sup>33</sup> und Jugendlichen ist aus dem Grund gesondert erwähnt, da Frauen auch heute noch in den entscheidenden Positionen und Gremien, wie z.B. bei der Stadtplanung unterrepräsentiert sind. Jugendliche sind oft überhaupt nicht repräsentiert, obwohl diese in der Lage sind, ihre Wünsche und Vorstellungen zu formulieren.<sup>34</sup>

### **Vernetzung mit anderen Kommunen (weltweit)**

Was ist bei der Verfahrenskultur noch zu beachten?

In der Agenda 21 wurde außerdem an die Kommunen appelliert, sich mit anderen Kommunen auszutauschen und zusammenzuarbeiten. Dies erleichtert jeder Kommune ihren Weg zu einer zukunftsbeständigen Entwicklung.<sup>35</sup> Dieser Austausch ist für die Kommunen sehr sinnvoll, da sie von den anderen Gemeinden lernen können. Wie sind diese mit Problemen umgegangen? Wie haben sie Bürgerbeteiligung erreicht? Woher bekamen sie Zuschüsse? Wie haben sie den LA 21-Prozess gestartet? So können sie auch sehen, wie z. B. ihre Partnerstädte in anderen Ländern mit dem Thema „Lokale Agenda 21“ umgehen und sich dabei gegenseitig unterstützen. Dieses stellt einen neuen Aspekt in der Vertiefung von Partnerschaften dar.

## **2.3 Zusammenfassung des Kapitels**

Ziel der LA 21 ist die Umsetzung des Grundgedankens der Nachhaltigkeit mit seinen drei Bereichen Ökologie, Ökonomie und Soziales. Diese drei Aspekte sind eng miteinander verbunden und beeinflussen sich daher auch gegenseitig. Wenn nun eine LA 21

---

<sup>31</sup> Vgl. BUNDESMINISTERIUM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Teil A 1996, S. 12 –13.

<sup>32</sup> Vgl. BUNDESMINISTERIUM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 1997, S. 231.

<sup>33</sup> „Trotz gesteigener *Erwerbsbeteiligung* sind Frauen nach wie vor in den politischen Entscheidungsgremien unterrepräsentiert. Ihr Anteil in den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten der EU betrug 1994 im Durchschnitt 13,6% (Deutschland etwas 27%), in den Regierungen 12,7%. Frauen haben im Vergleich zu ihrem Beschäftigten- und Mitgliederanteil relativ selten Führungspositionen in öffentlichen Verwaltungen, Parteien oder Gewerkschaftsgremien inne.“ (EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFTEN 1995, zitiert in: OSTNER, Ilona 2001, S. 224)

<sup>34</sup> Vgl. BUNDESMINISTERIUM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Teil A 1996,

---

aufgestellt wird, muss diese wechselseitige Abhängigkeit immer bewusst gemacht werden, damit nicht einer der drei Aspekte aus den Augen verloren wird.

Damit eine LA 21 auch erfolgreich gestartet und am Leben gehalten werden kann, ist es wichtig, möglichst viele Bürger an der LA 21 zu beteiligen. Dabei muss jede Kommune ihrer speziellen sozialen Zusammensetzung Rechnung tragen, denn in jeder Gemeinde oder Stadt herrschen andere Ausgangsbedingungen. Daher kann nicht ein Agenda-Konzept für alle Gemeinden gültig sein. Bei der Umsetzung ist es bedeutsam, dass Entscheidungen im Konsens getroffen werden. Dies heißt vielleicht, dass es längere Zeit braucht, bis ein Entschluss gefasst wird. Jedoch wird dieser dauerhafter sein, da er von allen mitgetragen wird. Auch der Gedanke der gemeindeübergreifenden Vernetzung ist sicherlich interessant, da so *das Rad nicht immer neu erfunden werden muss*.

Das untenstehende Schaubild gibt noch einmal einen allgemeinen Überblick über das Ziel, den Weg und die politische Kultur der LA 21. Die Beachtung der drei genannten Aspekte ist die Grundvoraussetzung für die Erstellung einer LA 21.

Es war hier nun einige Male die Rede von der Verantwortung der Kommunen bei der Initiierung und Aufrechterhaltung des LA 21-Prozesses. Aber aus welchem Grund sollen diese sich mit der LA 21 beschäftigen und wie können sie ihn beeinflussen? Welche Aufgaben hat die Kommune sonst noch inne? Auf die Beantwortung dieser Fragen geht das nächste Kapitel näher ein.

### **3 Die Rolle der Kommunen bzw. Gemeinden**

Um zu verstehen, mit welchen Ausgangsbedingungen sich die LA 21 in Deutschland konfrontiert sieht und welche Rolle die Kommune in Deutschland spielt, muss man sich zunächst einmal den Aufbau der Bundesrepublik Deutschland anschauen.

Bei der Bundesrepublik Deutschland handelt es sich um einen föderal strukturierten Staat, der in Bund, Länder und Kommunen unterteilt ist. Dabei kommen den Kreisen, kreisfreien bzw. –angehörigen Städten und Gemeinden als „niedrigster“ Ebene der staatlichen Einheiten wichtige politische Funktionen und Aufgaben zu.<sup>36</sup> Da die Kommunen bzw. Gemeinden eine entscheidende Rolle im LA 21-Prozess spielen, sollen ihre Rechte und Pflichten beschrieben werden. Dabei wird deutlich, dass die Gemein-

---

<sup>35</sup> Vgl. BUNDESMINISTERIUM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 1997, S. 231.

---

den, in den drei von der Agenda angesprochenen Bereichen Ökologie, Ökonomie und Soziales, grundlegende Aufgaben zu erfüllen haben. Anschließend wird ihre Funktion im LA 21-Prozess erklärt.

### **3.1 Verfassungsrechtliche Aufgaben der Gemeinden**

Wenn es um die Aufgaben der Gemeinden geht, ist, wie bereits erwähnt, zu beachten, dass die Gemeinden die kleinste politische Einheit darstellen, und sie das Recht auf Selbstverwaltung haben.

Dieses ist im Artikel 28.2 des Grundgesetzes festgeschrieben:

*„Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.(...)“*

Innerhalb des kommunalen Selbstverwaltungsrechts haben die Kommunen auf der einen Seite eigene Handlungs- und Entscheidungsspielräume, aber auf der anderen Seite werden sie von höhergeordneten staatlichen Instanzen überprüft.<sup>37</sup>

So steht in Artikel 137 der Verfassung des Landes Hessens:

*„1. Die Gemeinden sind in ihrem Gebiet unter eigener Verantwortung, die ausschließlichen Träger der gesamten örtlichen öffentlichen Verwaltung. Sie können jede öffentliche Aufgabe übernehmen, soweit sie nicht durch ausdrückliche gesetzliche Vorschrift anderen Stellen im dringenden öffentlichen Interesse ausschließlich zugewiesen sind.*

*2. (...)*

*3. Das Recht der Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten wird den Gemeinden und Gemeindeverbänden vom Staat gewährleistet. Die Aufsicht des Staates beschränkt sich darauf, daß ihre Verwaltung im Einklang mit den Gesetzen geführt wird.*

*4. Den Gemeinden und Gemeindeverbänden oder ihren Vorständen können durch Gesetz oder Verordnung staatliche Aufgaben zur Erfüllung nach Anweisung übertragen werden.*

---

<sup>36</sup> Vgl. BUNDESMINISTERIUM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 1999, S. 23.

<sup>37</sup> Vgl. BUNDESMINISTERIUM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 1999, S. 23.

---

*5. Der Staat hat den Gemeinden und Gemeindeverbänden die zur Durchführung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Geldmittel im Wege des Lasten- und Finanzausgleichs zu sichern. Er stellt ihnen für ihre freiwillige öffentliche Tätigkeit in eigener Verantwortung zu verwaltende Einnahmequellen zur Verfügung.“*

Die Kommunen haben also die Möglichkeit bürgernah und problemorientiert zu arbeiten und müssen dabei aber ihre eigenen sowie die vom Bund bzw. Land übertragenen Aufgaben erfüllen. Eigene Aufgaben der Kommunen sind z.B. der Wohnungs- und Städtebau, die Kultur- und Freizeitangebote, während übertragene Aufgaben z.B. das Polizeiwesen und Ausweisausstellungen darstellen.

Die kommunale Selbstverwaltung setzt sich aus:

- der Personalhoheit (Recht der Gemeinden, Personal auszuwählen, anzustellen, zu befördern und zu entlassen),
- der Planungshoheit (Bauleitpläne, z.B. Verkehrsplanung, Wohnungs- und Städtebau),
- der Organisationshoheit (eigene Gestaltung der Verwaltungsorganisation, z.B. Versorgung der Bevölkerung mit Gas, Wasser und Strom, sowie Müll- und Abwasserbeseitigung),
- der Rechtsetzungshoheit (Erlass von kommunalen Satzungen, u.a. Ausstellen von Ausweisen, Polizeiwesen),
- der Finanzhoheit (Recht der Gemeinden zu eigenverantwortlicher Einnahme- und Ausgabenwirtschaft, z.B. Freizeit- und Kulturangeboten) und
- der Steuerhoheit (Erhebung von Steuern, z.B. Einzug der Gemeindesteuern) zusammen.<sup>38</sup>

### **3.2 Rollen der Gemeinden und Städte im LA 21-Prozess**

Welche Auswirkungen hat die kommunale Selbstverwaltung nun auf die Gemeinden und Städte?

In Städten und Gemeinden findet das tägliche Leben statt. Hier wird gebaut, gewirtschaftet und gelebt. Die Einwohner besuchen in ihrer Kommune die Schule sowie kulturelle Einrichtungen und sie unterhalten soziale Kontakte zu Mitbürgern. Städte und Gemeinden sind aber auch die Orte, an denen politische Entscheidungen getroffen

---

<sup>38</sup> Vgl. GISEVIUS zitiert nach WEHLIG In: Informationen zur politischen Bildung 1998 ü.A., S.11.

---

werden, die ihre Bürger unmittelbar betreffen. Denn die Gemeinden und Städte entscheiden z.B. über Wohn- und Industrieflächen. Sie bestimmen, wo neue Siedlungsgebiete entstehen und welche Firmen sich dort ansiedeln dürfen. Auch bestimmen sie das kulturelle Programm ihrer Stadt mit. Die Kommunen sind verantwortlich für die Bereitstellung von Energie, Trinkwasser für ihre Bürger und vieles mehr.

*„Städte und Gemeinden sind die Orte, an denen Menschen sich an der Gestaltung ihrer Lebensumgebung direkt beteiligen können. Und: Hier werden durch den täglichen Konsum von Lebensmitteln und Waren und durch den Verbrauch von Energie und Rohstoffen die Lebensbedingungen von Menschen in anderen Ländern und Regionen – bewußt oder unbewußt – 'mitgestaltet'.“<sup>39</sup>*

Aus diesem Grund werden in Kapitel 28 der Agenda 21 alle Kommunen der Welt aufgefordert, ihre eigene, auf die spezielle Situation ihres Ortes zugeschnittene LA 21 aufzustellen.

*28.1 „Da viele der in der Agenda 21 angesprochenen Probleme und Lösungen auf Aktivitäten auf der örtlichen Ebene zurückzuführen sind, ist die Beteiligung und Mitwirkung der Kommunen ein entscheidender Faktor bei der Verwirklichung der in der Agenda 21 enthaltenen Zieleen<sup>40</sup>. Kommunen errichten, verwalten und unterhalten die wirtschaftliche, soziale und ökologische Infrastruktur, überwachen den Planungsablauf, entscheiden über die kommunale Umweltpolitik und kommunale Umweltvorschriften und wirken außerdem an der Umsetzung der nationalen und regionalen Umweltpolitik mit. Als Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist, spielen sie eine entscheidende Rolle bei der Information und Mobilisierung der Öffentlichkeit und ihrer Sensibilisierung für eine nachhaltige umweltverträgliche Entwicklung.“<sup>41</sup>*

Das bedeutet nicht nur, dass jede Kommune mit ihren Bürgern in Dialog kommen soll, um gemeinsam eine LA 21 zu beschließen, sondern auch, dass es ihre Aufgabe ist, den LA 21-Prozess weiter zu organisieren und zu koordinieren. Die Kommune hat somit eine doppelte Funktion, sie ist zum einem Beteiligte des LA 21-Prozesses und zum anderen gleichzeitig Verfahrensführerin.<sup>42</sup>

---

<sup>39</sup> BUNDESMINISTERIUM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 1998, S.21.

<sup>40</sup> Ziele anstatt Zieleen. Fehler im Original, C.S..

<sup>41</sup> BUNDESMINISTERIUM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 1997, S. 231.

---

### 3.3 Zusammenfassung des Kapitels

Innerhalb der Gemeinden und Städte verläuft das Leben jedes einzelnen Bürgers. Da die Gemeinde aufgrund der Verfassung des Landes Hessen und des Grundgesetzes das Selbstverwaltungsrecht besitzt, ist es ihre Aufgabe, Probleme, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, zu lösen. Hierbei kann jeder einzelne Bürger mithelfen. Aus diesem Grund ist die Kommune durch die Agenda 21 aufgefordert worden, sich mit ihren Bürgern in einen Dialog zu begeben und ein kommunales Handlungsprogramm für ihre Gemeinde bzw. Stadt zu erstellen.

Doch wer sind überhaupt die Akteure, die sich im LA 21-Prozess engagieren? Welche Interessen und Motivationen haben sie? In welches Politikfeld ist die LA 21 einzuordnen und welche Rolle spielt sie dort? Die Beantwortung dieser Fragen fällt mit Hilfe einer theoretischen Einordnung der LA 21 leichter.

## 4 Theoretische Einordnung der LA 21

Um die LA 21 auch theoretisch in das kommunale Geschehen einordnen zu können, bietet sich eine Klassifizierung der LA 21 an. Dabei verwende ich das von Adrienne Windhoff-Héritier entwickelte Klassifizierungssystem von Policies aus ihrem Buch „Policy-Analyse“ von 1987. Mit seiner Hilfe soll verdeutlicht werden, wie die LA 21 in das politische Geschehen nominal einzuordnen ist, welche Wirkungen und Steuerungsprinzipien mit einhergehen und wie die Beschaffenheit der Policy aussieht. Des Weiteren werden auch die Akteure (Policy-Netz) und die Entscheidungsprozesse (Politikarena) der LA 21 dargestellt.

Der Ausdruck „Policy“ kommt aus dem Englischen und wird versucht, mit verschiedenen Formulierungen zu belegen: „Politikinhalt“, „Politikfelder“, „sektorale Politik“, „Politiken“, „materielle Politik“. Vielfach wird aber auch der englische Begriff „Policy“ beibehalten. „Politikfelder“ und „sektorale Politik“ hängen mit der Abgrenzung von Policies nach nominellen Kriterien zusammen, während die übrigen Begriffe als Synonyme verwendet werden können.<sup>43</sup>

---

<sup>42</sup> Vgl. ZIMMERMANN, Monika 1997, S. 31.

<sup>43</sup> Vgl. WINDHOFF-HERITIER 1987, S. 17.

---

## 4.1 Klassifizierungsarten der LA 21

Laut Adrienne Windhoff-Héritier ist unter analytischen Gesichtspunkten die Klassifizierung von Policies nach den folgenden vier Aspekten am sinnvollsten:

- Zuordnung nach der nominellen Bezeichnung (Nominalkategorie),
- nach ihrer Wirkung (distributiv - redistributiv),
- nach dem zugrundeliegenden Steuerungsprinzip und
- nach ihrer Beschaffenheit.<sup>44</sup>

### 4.1.1 Unterscheidung nach Nominalkategorien

Bei den Nominalkategorien handelt es sich um die Bezeichnung einzelner Politikfelder, *„deren Grenzen durch bestimmte institutionelle Zuständigkeiten und eine sachliche Zusammengehörigkeit gezogen werden.“*<sup>45</sup>

Auf die LA 21 bezogen, würde das heißen, es handelt sich bei dem Politikfeld um die Kommunalpolitik. Dies wird durch den Art. 28.1 der Agenda 21 bestimmt, in dem die Gemeinden bzw. Kommunen aufgefordert werden, ein kommunales Handlungsprogramm für ihre Gemeinde zu beschließen.

### 4.1.2 Unterscheidung nach Wirkungen

Ob eine Policy distributiv oder redistributiv ist, entscheidet nach Lowi die Antwort auf die Frage: „Wer erhält was auf welche Weise?“<sup>46</sup>

#### **Distributive Policy**

Die distributive Policy setzt sich aus teilbaren Leistungen und/oder teilbaren Ressourcen zusammen. Diese Leistungen bzw. Ressourcen sind für einzelne Empfänger bestimmt. Wichtig ist dabei, dass die Verteilung nicht auf Kosten anderer Beteiligter geht. Zudem fehlt bei der distributiven Policy der staatliche Zwang bzw. dieser Zwang wirkt nur ganz begrenzt.<sup>47</sup>

#### **Redistributive Policy**

Bei der redistributiven Policy fehlt das Gleichbehandlungsprinzip. Stattdessen werden die Nutzen und Kosten zwischen verschiedenen Gruppen aus der Sicht der Betroffe-

---

<sup>44</sup> Vgl. WINDHOFF-HERITIER 1987, S. 21.

<sup>45</sup> WINDHOFF-HERITIER 1987, S. 22.

<sup>46</sup> Zitiert nach WINDHOFF-HERITIER 1987, S.22.

<sup>47</sup> Vgl. WINDHOFF-HERITIER 1987, S.23.

---

nen umverteilt. Das bedeutet, dass eine Gruppe nur deshalb einen Nutzenzuwachs hat, da eine andere gleichzeitig einen Verlust erleidet.<sup>48</sup>

### **Einordnung der LA 21 nach Wirkung**

Wenn man nun die LA 21 betrachtet, erkennt man, dass es sich bei ihr um eine distributive Policy handelt, denn sie richtet sich an alle Bürger einer Kommune, ob jung oder alt, reich oder arm, gebildet oder ungebildet. Zudem fehlt der staatliche Zwang, da die LA 21 von den Bürgern ausgehen soll. Auch ist der Aspekt der teilbaren Ressourcen integriert, denn Ziel der LA 21 ist es, die natürlichen Ressourcen für die nachfolgenden Generationen erhalten zu wollen. Somit widerspricht sie dem Prinzip der redistributiven Policy, nämlich einer Umverteilung der Nutzen und Kosten zwischen Gruppen. Bei der LA 21 hat jeder einzelne Bürger die gleichen Nutzen und Kosten.

### **4.1.3 Unterscheidung nach Steuerungsprinzipien**

Die Unterscheidung nach den Steuerungsprinzipien informiert darüber, wie etwas funktioniert, d.h., mit welcher Hilfe Wirkungen erzielt werden sollen. Im Wesentlichen differenziert man zwischen folgenden Steuerungstypen: Gebot/Verbot, Überzeugung/Information/Aufklärung, Angebot, Anreiz und Vorbild.<sup>49</sup>

#### **Steuerung durch Gebot/Verbot**

Das Steuerungsprinzip „Gebot/Verbot“ versucht das Verhalten einer Gruppe unmittelbar zu beeinflussen. Aus diesem Grund werden Verhaltensvorschriften oder bedingte Erlaubnisse aufgestellt, deren Einhaltung für alle Gruppenmitglieder verbindlich sind. Wird gegen diese Verhaltensvorschriften verstoßen, kommt es häufig zu Sanktionen. Aber auch im Vorfeld wird mit Strafen gedroht.<sup>50</sup>

#### **Steuerung durch Überzeugung/Information/Aufklärung**

Bei der Steuerung durch Überzeugung/Information/Aufklärung soll ein bestimmtes Verhalten mit Hilfe der Vermittlung sachbezogener oder auch emotional eingefärbter Informationen erreicht werden. Aber nicht nur durch die Vermittlung von Informationen, sondern auch durch Angst- und Fluchtappelle, indirekte Zwangsandrohungen, etc. möchte man Verhaltensänderungen hervorrufen. Den Überzeugungsprogrammen liegt

---

<sup>48</sup> Vgl. WINDHOFF-HERITIER 1987, S.23-24.

<sup>49</sup> Vgl. WINDHOFF-HERITIER 1987, S. 27.

<sup>50</sup> Vgl. WINDHOFF-HERITIER 1987, S. 28.

---

oft ein präventiver Charakter zugrunde, d.h. sie möchten der Entstehung oder der Verschärfung eines Problems entgegenzutreten.<sup>51</sup>

### **Steuerung durch Angebot**

Hierbei handelt es sich um die Bereitstellung einer Leistung, die direkt dem Nutzen der Zielgruppe dient und deren Inanspruchnahme freiwillig ist. Mit dieser Leistung werden keine konkreten Verhaltenswünsche verbunden. Im Gegenteil, man erhofft eine Steigerung des individuellen Wohls im allgemeinen Sinne.<sup>52</sup>

### **Steuerung durch Anreiz**

Bei der Steuerung durch Anreiz werden Verhaltensveränderungen nur indirekt versucht zu beeinflussen, indem bei entsprechendem, gewünschtem Verhalten Belohnungen in Aussicht gestellt werden, die meistens materieller Art sind.<sup>53</sup> Um in den Genuss der Belohnung zu kommen, wird eine Art Vertrag abgeschlossen. Als Gegenleistung für die Bezuschussung muss der Begünstigte eine bestimmte Aktivität einleiten. Dabei ist es den Adressaten freigestellt, ob sie auf diesen Anreiz eingehen wollen oder nicht.<sup>54</sup>

### **Steuerung durch Vorbild**

Bei diesem Prinzip fungiert eine staatliche Modellmaßnahme oder –einrichtung als Vorbild, um das Verhalten von nichtstaatlichen Trägern durch den Nachahmungseffekt zu beeinflussen.<sup>55</sup>

### **Einordnung der LA 21 nach den Steuerungsprinzipien**

Bei der Einordnung der LA 21 nach den Steuerungsprinzipien ist von vorneherein das Prinzip „Gebot/Verbot“ auszuschließen, denn es existieren bei ihr keine Verhaltensvorschriften, deren Umsetzung bzw. Einhaltung mit Sanktionen verbunden sind. Bei der LA 21 gibt es insgesamt nur eine Verhaltensvorgabe, und die ist: Dass Entscheidungen nicht nach der Mehrheit sondern im Konsens getroffen werden müssen.

Das Steuerungsprinzip „Überzeugung/Information/Aufklärung“ findet sich innerhalb der LA 21 wieder und zwar in Form verschiedener Medien (z.B. Infobroschüren zu dem Thema, wissenschaftliche Veröffentlichungen). Aber auch durch die Bürgerforen<sup>56</sup> findet eine Informations- und Aufklärungsarbeit statt. Diese Foren, die regelmäßig statt-

---

<sup>51</sup> Vgl. WINDHOFF-HERITIER 1987, S. 32-33.

<sup>52</sup> Vgl. WINDHOFF-HERITIER 1987, S. 31.

<sup>53</sup> Vgl. WINDHOFF-HERITIER 1987, S. 29.

<sup>54</sup> Vgl. WINDHOFF-HERITIER 1987, S. 30.

<sup>55</sup> Vgl. WINDHOFF-HERITIER 1987, S. 34.

<sup>56</sup> „sind allgemein zugängliche, oft in regelmäßigen Abständen stattfindende öffentliche Veranstaltungen, die geeignet sind, (Zwischen-)Ergebnisse zu präsentieren und zu diskutieren.“ (ZIMMERMANN, Monika 1997, S. 31).

---

finden, sollen die Bürger über den Sinn, Inhalte und Ziele der LA 21 informieren und die Bürger zur Mitarbeit bewegen. Der präventive Charakter ist ebenfalls gegeben, denn durch die zukunftsbeständige bzw. nachhaltige Entwicklung soll Umwelt- und Entwicklungsproblemen vorgebeugt werden.

Die Bereitstellung von Beratungsstellen der Bundes- und Landesministerien kann als Steuerungsprinzip „Angebot“ gesehen werden. Doch nicht nur auf Bundes- und Landesebene wird beraten und informiert, sondern auch innerhalb der Kommunen selbst durch die Agenda-Büros mit ihren Beauftragten. Dort findet der Bürger kompetente Ansprechpartner für seine Fragen bezüglich der nachhaltigen Entwicklung in seiner Stadt.

Bei der Erstellung einer LA 21 gibt es auch einen „Anreiz“ und zwar in Form der Fördermittel einzelner Bundesländer. Zwar deckt dieser nicht die gesamten Kosten, wie das im Folgenden noch an den Beispielen von Darmstadt und Groß-Umstadt deutlich wird, aber er hilft den LA 21-Prozess einzuleiten.

Das Steuerungsprinzip „Vorbild“ ist ebenfalls in der LA 21 vorhanden, so versuchen schon einzelne städtische Einrichtungen (Schulen) oder auch Akteure (wie z.B. Politiker) nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit zu leben. D.h. zum Beispiel, dass städtische Einrichtungen mit alternativen Energieträgern (u.a. Solarenergie) ausgestattet, Versiegelungen aufgebrochen werden usw..

#### **4.1.4 Unterscheidung nach Beschaffenheit**

Hierbei sind die Ausgangsfragen, welche Grundlagen eine Policy innehat, wie ihre Beschaffenheit ist und ob es sich um eine materielle oder immaterielle Leistung handelt?<sup>57</sup>

##### **Materielle Leistungen**

Bei materiellen Leistungen handelt es sich um Einkommensprogramme oder Finanzhilfemaßnahmen. Der Unterschied zwischen Einkommensprogrammen und Finanzhilfemaßnahmen ist folgender: Beim Ersten handelt es sich um ein Angebot, während das Zweite anreizgesteuert ist. Man spricht von positiven Einkommensprogrammen, wenn von Seiten des Staates oder öffentlich-rechtlicher Körperschaften direkt an Einzelpersonen ein bestimmter Geldbetrag, entweder einmalig oder mehrmals, ausgezahlt wird. Dabei sind die Empfängergruppen und Leistungsvoraussetzungen genau festgelegt. Bei negativen Einkommensprogrammen entzieht der Staat dem Bürger Geld in Form einer Steuer oder Abgabe.<sup>58</sup>

---

<sup>57</sup> Vgl. WINDHOFF-HERITIER 1987, S. 35.

---

## **Immaterielle Leistungen**

Von immateriellen Leistungen spricht man, wenn soziale Dienstleistungen in der Kommunikation zwischen dem Programmanbieter und -klient erbracht werden.<sup>59</sup>

### **Einordnung der LA 21 nach ihrer Beschaffenheit**

Bei der LA 21 handelt es sich um immaterielle Leistungen. So ist der Programmanbieter innerhalb eines Arbeitskreises der Moderator und der Programmklient der Teilnehmer des Arbeitskreises. Der Moderator unterstützt die Akteure in den Agenda-Gruppen, indem er ihnen hilft, ihre Arbeit zu strukturieren, Lösungsmöglichkeiten für Probleme zu zeigen, etc.. Weitere immaterielle Leistungen sind die Foren und Projekte, die innerhalb des LA 21-Prozesses laufen.

Nachdem nun eine Kategorisierung der LA 21 stattgefunden hat, werden nun die Begriffe „Policy-Netz“ und „Politikarena“, die eine Schlüsselrolle bei den Zusammenhängen zwischen Policies und politischem Verhalten, sowie zwischen Policies und politischen Institutionen spielen, erläutert.<sup>60</sup>

## **4.2 Die Akteure der LA 21**

Die Akteure und die institutionalisierten Beziehungen zwischen den Akteuren in einem Politikfeld werden auch als „Policy-Netz“ bezeichnet.<sup>61</sup> Dieser Begriff wurde von Hecló entwickelt. Hecló bezeichnet das Policy-Netz als ein Zusammenwirken der *„unterschiedlichsten exekutiven, legislativen und gesellschaftlichen Institutionen und Gruppen bei der Entstehung und Durchführung einer bestimmten Policy.“*<sup>62</sup>

### **Einordnung der LA 21 im Policy-Netz**

Betrachtet man sich die LA 21, so stellt man fest, dass viele verschiedene Akteure an ihrer Umsetzung beteiligt sind. So findet man die Verwaltung als exekutive Institution vor. Sie ist u.a. für die Umsetzung der Projekte verantwortlich. Auch die Kommunalpolitiker der einzelnen Parteien ist als legislative Instanz vorhanden Die Politiker entscheiden, ob eine LA 21 aufgestellt werden soll, ob und wenn ja, welche Projekte umgesetzt werden und mit welchen Mitteln. Die Verbände (u.a. mit Vertretern der Wirtschaft) und Vereine, sowie engagierte Bürger stellen die gesellschaftlichen Institutio-

---

<sup>58</sup> Vgl. WINDHOFF-HERITIER 1987, S. 35-36.

<sup>59</sup> Vgl. WINDHOFF-HERITIER 1987, S. 38.

<sup>60</sup> Vgl. WINDHOFF-HERITIER 1987, S. 43.

<sup>61</sup> Vgl. WINDHOFF-HERITIER 1987, S. 43.

<sup>62</sup> Zitiert nach WINDHOFF-HERITIER 1987, S. 45.

---

nen und Gruppen dar. Diese Gruppen überlegen sich Ziele, Maßnahmen und Methoden.

### **4.3 Entscheidungsprozesse in der LA 21**

Entscheidungsprozesse, die sich bei der Entstehung und Durchführung einer Policy entwickeln, werden als „Politikarena“ bezeichnet. Dazu gehören die politischen Konflikt- und Konsensusprozesse in einem Policy-Bereich. Dieses Konzept wurde von Lowi entwickelt. Um es zu verstehen, darf man die Wirkung einer Policy nicht aus den Augen verlieren. Denn dieses Konzept basiert auf der These, dass öffentliche Maßnahmen schon aus dem Grund ihrer erwarteten Wirkungen bestimmte Reaktionen und Erwartungen bei den Betroffenen auslösen.<sup>63</sup>

*„Da distributive Policy Leistungen vermittelt, um bestimmte... Aktivitäten zu steigern, und häufig mittels Anreizen und Angeboten arbeitet, impliziert sie ein geringes Maß an Zwang. Sie wird in der Öffentlichkeit als Maßnahme gesehen, die nur Nutzen verteilt und keine Kosten für irgendeine Gruppe verursacht.“<sup>64</sup>*

#### **Sozial-regulative Policy**

Hierbei geht es um die Beeinflussung gesellschaftlicher Wertvorstellungen, Normen zwischenmenschlichen und institutionellen Verhaltens und nicht um die materielle Kosten-Nutzen-Ebene.<sup>65</sup>

#### **Langfristigkeit bzw. Kurzfristigkeit**

Langfristigkeit bzw. Kurzfristigkeit können schwächend oder verstärkend auf Konflikte in der Politikarena wirken. So ist eine Umverteilungsmaßnahme, die langfristig ange-dacht ist, weniger brisant als eine, die kurzfristig dauerhaft umgesetzt werden soll. Letztere kann leicht zum Konfliktpunkt werden.<sup>66</sup>

#### **Abgrenzbarkeit einer Policy**

Je abgrenzbarer eine Policy ist, um so einfacher ist die unmittelbare Reaktion von Befürwortung und Widerspruch. Ist sie jedoch nicht so leicht fassbar, d.h. wenn sie viele

---

<sup>63</sup> Vgl. WINDHOFF-HERITIER 1987, S. 47-48.

<sup>64</sup> WINDHOFF-HERITIER 1987, S. 48.

<sup>65</sup> Vgl. WINDHOFF-HERITIER 1987, S. 50.

<sup>66</sup> Vgl. WINDHOFF-HERITIER 1987, S. 51.

---

nomielle Policies betrifft, ist eine politische Reaktion schwieriger und die Möglichkeit die Betroffenen zu mobilisieren eingeschränkt,<sup>67</sup> da es dann zu viele Personen mit unterschiedlichen Meinungen gibt, die versuchen müssen, sich zu einigen.

### **Einordnung der Lokalen Agenda in die Politikarena**

Zur Einordnung der LA 21 in die Politikarena kann gesagt werden, dass bei ihr Leistungen vermittelt werden, um bestimmte Aktivitäten (wie z.B. die Umsetzung der LA 21 und die daraus resultierenden Projekte) zu steigern. Dies geschieht in Form von Fördermitteln und auch Projektzuschüssen.

Ebenso findet sich der sozial-regulative Aspekt wieder. Es wird versucht mit Hilfe der LA 21 die gesellschaftliche Wert- und Normvorstellungen zu modifizieren, indem z.B. Frauen und Jugendliche ausdrücklich aufgefordert werden, sich an der LA 21 zu beteiligen, um so auf die stadtplanerische Gestaltung Einfluss zu nehmen. Des Weiteren wird versucht, der Bevölkerung zu zeigen, welchen Sinn eine nachhaltige Entwicklung für sie hat und wie lebensnotwendig diese nachhaltige Entwicklung ist.

Da die LA 21 langfristig angelegt ist, gibt es eine geringe Brisanz. Schwierig wird es erst dann, wenn es zur Umsetzung der Projekte kommen soll, da die Umsetzung mit finanziellen Ausgaben verbunden ist.

Eine Abgrenzbarkeit ist ebenfalls durch die einzelnen Arbeitskreise gegeben, die sich jeweils speziell mit einem Thema beschäftigen.

### **4.4 Zusammenfassung des Kapitels**

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich die LA 21 in den Policybereich der Kommunalpolitik einordnen lässt. Dies ist durch die Agenda 21 Kapitel 28 vorgegeben. Außerdem handelt es sich bei ihr um eine distributive Policy, da die Kosten und Nutzen für alle gleich sind. An Steuerungsprinzipien lassen sich die Steuerung:

- durch Überzeugung/Information/Aufklärung (s. Foren),
- durch Angebot (s. Beratungsstellen),
- durch Anreiz (s. Fördergelder)
- und durch Vorbild (s. staatliche Einrichtungen)

festmachen.

Ihre Beschaffenheit ist immateriell (s. Foren, Projekte).

Das Policy-Netz besteht bei der LA 21 aus Politikern, Verwaltung, Vereinen, Verbänden, sowie engagierten Bürgern. Zur Einordnung der LA 21 in die Politikarena ist zu

---

<sup>67</sup> Vgl. WINDHOFF-HERITIER 1987, S. 51 & 54.

---

sagen, dass bei ihr Leistungen vermittelt werden. Auch gibt es einen sozial-regulativen Aspekt. Zudem ist die LA 21 langfristig angelegt und abgrenzbar.

Im nächsten Teil werden die theoretischen Aspekte anhand der LA 21-Prozesse der beiden Städte Darmstadt und Groß-Umstadt auf ihre praktische Umsetzung überprüft. Fragen, die der Teil II behandelt, sind u.a.: Wie ist die LA 21 in beiden Städten entstanden und umgesetzt worden? Wie wurden Akteure für den LA 21-Prozess gewonnen? Sind Auswirkungen der LA 21 auf die Soziale Arbeit zu erkennen?

---

## Teil II

Da die LA 21-Prozesse in beiden Städten sehr komplex sind, kann das Ziel in diesem Teil nur sein, einen globalen Einblick in die LA 21-Arbeit von Darmstadt und Groß-Umstadt zu geben und diese Prozesse unter Bezugnahme des ersten Teiles kritisch zu reflektieren. In diesem Abschnitt wird ebenfalls aufgezeigt, welchen Stellenwert die Soziale Arbeit in den beiden LA 21-Prozessen haben kann bzw. bereits hat. Zur Erreichung dieses Zieles werden die bisherigen theoretischen Überlegungen anhand der Agenda-Dokumente, Homepages, sowie Experteninterviews mit Beteiligten der LA 21-Prozesse der beiden Städte Darmstadt und Groß-Umstadt überprüft.

### Exkurs: Leitfadeninterviews

Bevor ich mit der Überprüfung der LA 21 beider Städte beginne, möchte ich zum besseren Verständnis noch einige kurze Anmerkungen bezüglich der geführten Interviews, deren Transkriptionen sich im Anhang befinden, machen.

Bei dem Leitfadeninterview handelt es sich um eine Form des unstrukturierten Interviews, „*bei dem sich der Interviewer eines mehr oder weniger ausgearbeiteten Leitfadens zur Gestaltung des Interview bedient; ihm bleibt die Reihenfolge und Formulierung im wesentlichen selbst überlassen.*“<sup>68</sup>

Eine spezielle Form des Leitfadeninterviews sind die *Experteninterviews*. Dabei geht es weniger um die Person des Befragten, sondern um seine Funktion als Experte für ein bestimmtes Handlungsfeld. Der Befragte wird als Repräsentant einer Gruppe und nicht als Einzelfall in die Untersuchung mit einbezogen. Durch die Einschränkung des Handlungsfeldes ist auch die Bandbreite der potentiell relevanten Informationen, die der Befragte geben soll, im Vergleich zu anderen Interviewformen stärker eingegrenzt. Von daher kommt dem Leitfaden eine stärkere Steuerungsfunktion im Hinblick auf die Aussortierung irrelevanter Themen zu.<sup>69</sup>

Als Transkriptionstechnik verwende ich die wörtliche Transkription mit Übertragung ins normale Schriftdeutsch, da sie mir hierfür am geeignetsten erscheint. Hierbei steht die inhaltlich-thematische Ebene im Vordergrund und nicht die interpretative Auswertung des Interviews. Bei der inhaltlich-thematischen Ebene tritt der Interviewte als Experte

---

<sup>68</sup> LAMNEK, Siegfried, 3. ü.a Auflage 1995, S. 395.

<sup>69</sup> Vgl. FLICK, Uwe 1995, S. 109.

---

bzw. als Informant auf. Dies entspricht somit auch den Zielsetzungen der Experteninterviews.<sup>70</sup>

Bei den 10 geführten Interviews handelt es sich um Experteninterviews, die ich als Interviewleiterin mit Beteiligten der LA 21-Prozesse in Darmstadt und Groß-Umstadt führte. Als Interviewpartner wählte ich die Agenda-Beauftragten der jeweils untersuchten Städte aus, da diese den besten Überblick über den Verlauf des LA 21-Prozesses in ihrer Stadt haben. Agenda-Beauftragte der Stadt Darmstadt ist Frau Jutta Sommer. Während Herr Rainer Michaelis der Agenda-Beauftragte der Stadt Groß-Umstadt ist. Zusätzlich sprach ich mit je einem Akteur aus einem sozial-engagierten Arbeitskreis, um den Zusammenhang zwischen der LA 21 und der Sozialen Arbeit zu untersuchen. Gleichzeitig ist damit auch der Bereich „Soziales“ abgedeckt. In Darmstadt wurde mit Herrn Norbert Schneeweis, Sprecher der TG „Menschen und Soziales“ der AG „Ökologische und soziale Bildung“ ein Interview geführt und in Groß-Umstadt mit Frau Ilka Neufeld, die Akteurin beim AK „Frauen“ ist. Der Bereich „Wirtschaft“, die zweite Säule der nachhaltigen Entwicklung, wird durch Interviews mit entsprechenden Vertretern beider Städte abgehandelt. Interviewpartner sind Herr Dr. Hartmut Härtner, Wirtschaftsvertreter der Firma Merck bei der LA 21 von Darmstadt, und Herr Klaus-Peter Riede, Pressereferent der Firma Merck. Für Groß-Umstadt wurde bezüglich des wirtschaftlichen Bereichs Herr Helmut Kroll, Mitglied des „Strategie“- sowie des „Wirtschaftsarbeitskreises“, befragt. Des Weiteren interviewte ich Mitglieder der Partei „Bündnis 90/ Die Grünen“ von beiden Städten. Der Grund hierfür war, dass die LA 21 auf deren Initiative in beiden Städten gestartet wurde, auch sind die Interviewpartner im Bereich „Ökologie“ sehr engagiert. Frau Doris Fröhlich und Frau Ursula Weßling, Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen in Darmstadt und Herr Christian Flöter, Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen in Groß-Umstadt wurden daher interviewt. Je ein CDU-Parteimitglied beider Städte wurde ebenfalls von mir befragt, da sich die CDU bei Abstimmungen, die die LA 21 betreffen, überwiegend enthalten oder dagegen gestimmt hatte. Die Befragten sind Frau Eva Ludwig, Mitglied der CDU in Darmstadt und Herr Andreas Petermann, Mitglied der CDU in Groß-Umstadt. Ziel ihrer Befragung war es, die Gründe für ihr Abstimmungsverhalten näher zu erfahren. Parteimitglieder der SPD wurden nicht befragt, da diese, wie die Interviews zeigen, in Kooperation mit Bündnis 90/Die Grünen für die Erstellung einer LA 21 waren. Daher sah ich ab, ein zweites positives Meinungsbild einzuholen. Diese Entscheidung stellt keine politische Wertung dar.

---

<sup>70</sup> Vgl. MAYRING 1996, S. 70.

---

Eine detaillierte tabellarische Übersicht über die angesprochenen Inhalte der einzelnen Interviews befindet sich im Anhang.

## **5 Die LA 21 in Darmstadt**

Nachfolgend soll die Frage der Stellung der LA 21 in Darmstadt unter verschiedenen Gesichtspunkten untersucht werden. Dabei spielt die Geschichte und Organisation der LA 21 in Darmstadt eine Rolle. Außerdem werden die Akteure und Arbeitsgruppen des LA 21-Prozesses vorgestellt. Hierbei wird dann die Themengruppe „Menschen und Soziales“ näher betrachtet. Anschließend folgt eine Darstellung der verschiedenen Aspekte bei der Umsetzung des LA 21-Prozesses und seine Bewertung. Ebenfalls wird auf den Zusammenhang zwischen der Darmstädter LA 21 und der Sozialen Arbeit eingegangen.

### **5.1 Geschichte und Organisation der LA 21 in Darmstadt**

Um zu verstehen mit welchen Ausgangsbedingungen die LA 21 in Darmstadt konfrontiert ist, muss man sich zunächst den räumlichen Kontext der Stadt Darmstadt näher betrachten. Eine wichtige Rolle spielt ebenfalls das institutionelle Setting der LA 21. Dabei werden dann die Gründe, Ziele und Inhalte für die Erstellung der Darmstädter LA 21 besser verständlich.

#### **5.1.1 Räumlicher Kontext und institutionelles Setting der LA 21**

Die Stadt Darmstadt, seit dem 13. August 1997 auch Wissenschaftsstadt genannt, ist mit etwa 138.000 Einwohnern und einer Fläche von 126,38 km<sup>2</sup> die größte Stadt in der hessischen Region Darmstadt-Dieburg. Sie besteht aus der Kernstadt und den vier Stadtteilen: Arheilgen, Eberstadt, Kranichstein und Wixhausen.<sup>71</sup> Darmstadt befindet sich im Rhein-Main-Gebiet. Dieses ist eine der wirtschaftlich stärksten Regionen in Europa und gehört somit in Deutschland zu einem Gebiet, das durch einen hohen Entwicklungsdruck geprägt wird. Dieser Umstand hat Auswirkungen auf das wirtschaftliche Leben und die Arbeitsplatzsituation. Folge sind z.B. ein beträchtliches Verkehrsaufkommen durch die Pendler, welches enorme Verkehrsbelastungen nach sich zieht.

---

<sup>71</sup> Vgl. PRO REGIO DARMSTADT 2000, S. 12.

---

Aber auch die Wohnsituation ist von diesem Zustand mitbetroffen. So ist der Mietpreisspiegel entsprechend hoch und es herrscht eine große Nachfrage nach Wohnbauflächen für Neubausiedlungen, insbesondere von Einfamilienhäusern.<sup>72</sup>

Wie ist nun die LA 21 in Darmstadt eingeordnet? Im Rahmen des LA 21-Prozesses wurde ein Agenda-Büro eingerichtet, das im Dezernat V angesiedelt ist.<sup>73</sup> Frau Jutta Sommer ist die zuständige Agenda-Referentin der Stadt Darmstadt und hat in dieser Funktion eine Vollzeitstelle.

### **Entstehung und Entwicklung der LA 21 in Darmstadt:**

Am 30. September 1997 wurde in der Stadtverordnetenversammlung Darmstadts auf Antrag von „Bündnis 90/ Die Grünen“ und der „SPD“ der Beschluss zur Aufstellung einer LA 21 gefasst. Ein halbes Jahr später, Ende März 1998, wurde die Arbeitsgemeinschaft aus Darmstädter Wissenschafts-Institutionen (AG Darwin) zur Beratung hinzugezogen und mit der Durchführung beauftragt. Im Juli 1998 fand eine Initialveranstaltung im Darmstädter Staatstheater mit Beteiligung der Bürger statt. Das 1. Agenda-Forum erfolgte dann am 25. Februar 1999 mit Gründung der Arbeitsgruppen. Daran beteiligten sich ca. 400 Darmstädter Bürger. Ein Jahr und drei Monate später wurde das Agenda-Dokument verabschiedet. Seit Anfang 2001 sind die Umsetzungsarbeiten für die vorgeschlagenen 61 Projekte und Maßnahmen des Agenda-Dokuments im Gang.<sup>74</sup>

### **Gründe für die Erstellung der LA 21**

Laut Aussage der Agenda-Beauftragten Frau Sommer sind die Gründe für die Erstellung einer LA 21 in Darmstadt überwiegend der Umweltschutzgedanke und das Prinzip der Nachhaltigkeit gewesen. Des Weiteren sei für Darmstadt die Idee ausschlaggebend, die eigene städtische Entwicklung unter einheitlichen internationalen Richtlinien genauer zu betrachten und zu reflektieren.<sup>75</sup>

### **5.1.2 Ziele und Leitbild der Darmstädter LA 21**

Die LA 21 in Darmstadt hat sich vorgenommen, die nachstehenden Ziele zu verwirklichen:

---

<sup>72</sup> Vgl. AG DARWIN Juli 2000, S. 20.

<sup>73</sup> Das Dezernat V ist der Stadträtin Frau Wagner von der Partei „Bündnis 90/ Die Grünen“ unterstellt. Es umfasst die Bereiche: Schulwesen, Frauenbeauftragte, interkulturelle Angelegenheiten, Natur- und Umweltschutz, Umweltverträglichkeitsprüfung, Baumschutz, Wohnungswesen und Obdachlosenangelegenheiten.

<sup>74</sup> URL: [HYPERLINK http://www.agenda21.darmstadt.de/wir/chronik.htm](http://www.agenda21.darmstadt.de/wir/chronik.htm), Stand: 01.10.2001.

<sup>75</sup> Vgl. SOMMER, Jutta: Interview I, 17.07.01, S. 2.

- 
- Bürger an Entscheidungsprozessen zu beteiligen, sowie sie bei der Mitübernahme von Verantwortung für das Gemeinwesen zu motivieren
  - Die drei Aspekte Ökonomie, Ökologie und Soziales inhaltlich zu vereinigen
  - Das Prinzip der Nachhaltigkeit auf längere Sicht anzustreben
  - Globale Gerechtigkeit zu verwirklichen<sup>76</sup>

Die Themengruppe (TG) „Leitbild“ der Arbeitsgemeinschaft (AG) „Leben und Arbeiten in einem zukunftsfähigen Darmstadt“ erarbeitete ein Leitbild für die zukunftsbeständige Entwicklung dieser Stadt. Ziel ist es, dass dieses Leitbild allgemeine und themenspezifische Aussagen enthalten soll. Diese Aussagen sollen dann in Leitlinien, Ziele und Projekte/Maßnahmen hineinfließen. Dafür wurden alle TGs nach Defiziten, Leitbildvorstellungen und Problemen befragt. Außerdem wurden parallel dazu bereits vorhandene Leitbilder der Stadt Darmstadt und anderer Städte, sowie Literatur ausgewertet.<sup>77</sup> All diese Ergebnisse sind dann zu einem Leitbild verarbeitet worden, das sechs Grundsätze umfasst:

- I Wohnen – attraktiv und in Balance,
- II Wirtschaft und Konsum – zukunftssicher,
- III Darmstadt – im Einklang mit Natur und Umwelt,
- IV Soziale Gerechtigkeit – auch bei der Arbeit,
- V Darmstadt – lokal und global vernetzt,
- VI Wissenschaft und Kultur, Bildung und Information – in der Wissenschaftsstadt.<sup>78</sup>

## **5.2 Akteure des LA 21-Prozesses in Darmstadt**

Nachfolgend werden die beteiligten Akteure des LA 21-Prozesses in Darmstadt dargestellt.

Bei der Beschreibung der einzelnen AGs im Agenda-Dokument der Stadt Darmstadt wird offensichtlich, dass ein Drittel der Beteiligten unorganisierte Bürger sind. Das zweite Drittel stellt die Gruppe der Vertreter von Verbänden dar und bei dem letzten Drittel handelt es sich um Personen aus Politik, Verwaltung, Forschung und Bildung.<sup>79</sup>

---

<sup>76</sup> Vgl. AG DARWIN Juli 2000, S. 7.

<sup>77</sup> Vgl. AG DARWIN Juli 2000, S. 11.

<sup>78</sup> Vgl. AG DARWIN Juli 2000, S. 32-33 (Das komplette Leitbild befindet sich im Anhang).

<sup>79</sup> Vgl. AG DARWIN Juli 2000, S.11.

---

Nach Aussage von Frau Sommer, Agenda-Beauftragte der Stadt Darmstadt, arbeitet eine Kerngruppe von 60-70 Personen im Darmstädter LA 21-Prozess. Diese Gruppe trifft sich regelmäßig. Außerdem kommen noch einmal zwischen 200 und 250 Personen hinzu, die über die gesamte Dauer unregelmäßig teilnehmen.<sup>80</sup>

In den einzelnen AGs seien Personen vertreten, die sich auch noch außerhalb des LA 21 Prozesses engagieren würden, sei es im Verein, im Beruf, oder Verband. Ausländer hätten für die Mitarbeit nur sehr begrenzt gewonnen werden können, obwohl sich die Initiatoren um deren Teilnahme bei der 1. Veranstaltung bemüht hätten. Die ausländischen Mitbürger hätten die Veranstaltung jedoch, ohne eine Angabe von Gründen, verlassen. Vermutet wird von der Agenda-Beauftragten Frau Sommer, dass diese nicht das Gefühl vermittelt bekommen haben, dass die LA 21 sich auch für sie lohnt.<sup>81</sup> Herr Schneeweis, Sprecher der TG „Menschen und Soziales“, macht dies auch noch einmal deutlich, als er von seiner TG berichtet, für die anfangs Personen aus der Brasilieninitiative Interesse gezeigt haben. Diese Personen haben dann jedoch nicht mitgearbeitet, da sie für sich und ihre Gruppe keinen Nutzen sahen. Außer den Privatpersonen nehmen noch Vertreter von Firmen oder Versorgungsträgern an dem LA 21-Prozess teil. Einige von ihnen partizipieren in einer doppelten Funktion, einmal als Schutzgemeinschaftsvertreter und zum anderen als Privatperson, da sie nicht direkt vom Verband delegiert worden sind, sondern aus eigenem Interesse mitarbeiten, wie die Agenda-Beauftragte Frau Sommer berichtet.<sup>82</sup>

Laut Frau Ludwig, Mitglied der CDU Darmstadt, ist das Ziel der Bürgerbeteiligung nicht erreicht worden, da sowohl in den Agenda-Arbeitskreisen, speziell in der AG „Wasser“, als auch auf den Foren überwiegend Menschen aus der Verwaltung oder Umweltverbänden aktiv sind. Von daher hätte die LA 21 in Darmstadt bisher keine große Breitenwirkung gezeigt. Frau Ludwig und einige ihre Parteikollegen beteiligen sich am Darmstädter LA 21-Prozess. Eine genaue Zahl wurde im Interview nicht genannt.<sup>83</sup> Frau Wagner, der als Dezernentin das Agenda-Büro unterstellt ist, und drei bis vier weitere Parteimitglieder von Bündnis 90/Die Grünen engagieren sich ebenfalls im LA 21-Prozess.<sup>84</sup>

Eine Frauen-AG existiert nicht. Das liegt nach Aussage der Agenda-Beauftragten Frau Sommer daran, dass die Frauenbeauftragte, die in der Vorphase des Agenda-

---

<sup>80</sup> Vgl. SOMMER, Jutta, Interview I, 17.07.01, S. 6.

<sup>81</sup> Vgl. SOMMER Jutta, Interview I, 17.07.01, S. 5.

<sup>82</sup> Vgl. SOMMER Jutta, Interview I, 17.07.01, S. 6.

<sup>83</sup> Vgl. LUDWIG, Eva, Interview IV 07.08.01, S. 3.

<sup>84</sup> Vgl. FRÖHLICH, Doris, Interview V 15.08.01, S. 4.

---

Prozesses angesprochen worden sei, keine separate Gruppe gewollt habe. Begründung hierfür sei gewesen, dass die Belange und Interessen der Frauen in allen Projekten und Gruppen einfließen sollten. Dies habe sich jedoch nicht bewahrheitet und werde jetzt als Defizit empfunden, genauso wie die fehlende Integration einer Jugendgruppe im LA 21-Prozess.<sup>85</sup> In den einzelnen Themengruppen seien jedoch Frauen mitvertreten und würden dort an dem Agenda-Konzept, Projektideen usw. mitarbeiten.

Aus Sicht von Frau Sommer ist die Konstanz der Akteure bei den einzelnen Arbeitsgruppen gut. Zwar gäbe es immer wieder Personen, die aufgrund von Krankheit, Urlaub, Beruf und Familie für einige Zeit oder für immer aussteigen würden, aber wenn man diese Zahl mit anderen Städten vergleiche, seien die Abnutzungsprozesse in Darmstadt relativ gering. Hinzu komme, dass sich dieser Prozess nun auch schon über zwei Jahre erstrecke und von daher gewisse Motivationsprobleme nicht ausblieben.<sup>86</sup>

### **5.3 AGs in Darmstadt und ihre Projekte am Beispiel der TG *Menschen und Soziales***

Innerhalb des LA 21-Prozesses in Darmstadt haben sich verschiedene AGs konstituiert, die für ihre Arbeit Ziele, Leitbilder und Projekte entwickelt haben.

#### **5.3.1 AGs im Darmstädter LA 21-Prozess**

Beim 1. Agenda-Forum im Februar 1999 gründeten sich die vier Arbeitsgruppen (AGs):

- AG „Leben und Arbeiten in Darmstadt“
- AG „Klimaschutz konkret“
- AG „Wasser“
- AG „Ökologische und soziale Bildung“.

Die Einrichtung dieser vier AGs entstand als Resultat aus vorbereitenden Gesprächen mit Vereinen, Organisationen, der Wirtschaft und Darmstädter Bürgern. Diese AGs wurden dann bei der Auftaktveranstaltung, die ca. 400 Personen besuchten, im Februar 1999 vorgestellt. Interessierte Bürger konnten sich anschließend den jeweiligen AGs zuordnen. Diese unterteilten sich daraufhin noch einmal in vierzehn TGs mit dem Ziel, die thematische Breite zu erweitern und ein effizientes Arbeiten zu ermöglichen. Die

---

<sup>85</sup> Vgl. SOMMER Jutta, Interview I, 17.07.01, S. 10.

<sup>86</sup> Vgl. SOMMER, Jutta, Interview I, 17.07.01. S. 5-6.

---

TGs waren nicht vorgegeben, sondern bildeten sich aus den Interessen der anwesenden Bürger. Sie begannen Ende März 1999 mit ihrer inhaltlichen Arbeit.<sup>87</sup>

### **Projekte der LA 21**

Insgesamt gibt es 61 Projekte, die alle zur Umsetzung beschlossen wurden. Der Schwerpunkt liegt auf umweltschützenden und energiesparenden Projekten. Das lässt sich bereits aus den Namen der AGs ableiten. Die Hälfte der TGs beschäftigt sich mit Maßnahmen zu diesen Themen.

Wie sieht die Arbeit in einer TG nun genau aus? Dargestellt wird stellvertretend für die LA 21 in Darmstadt die TG „Menschen und Soziales“ der AG „Ökologische und soziale Bildung“.

### **5.3.2 TG „Menschen und Soziales“ der AG „Ökologische und soziale Bildung“**

Ausgewählt wurde die TG „Menschen und Soziales“, um an ihrem Beispiel den Stellenwert der Sozialen Arbeit im Darmstädter LA 21-Prozess zu untersuchen. Dafür wird zunächst die Konzeption der TG „Menschen und Soziales“ und ihre Einbettung im LA 21-Prozess vorgestellt.

#### **AG „Ökologische und soziale Bildung“**

Die TG „Menschen und Soziales“ ist eine von drei Untergruppen der Agenda-AG „Ökologische und soziale Bildung“. Gegründet hatte sich diese AG auf dem 1. Agenda-Forum. Dort zeigten 29 Personen Interesse an einer Mitarbeit in der AG „Ökologische und soziale Bildung“. Bei diesen Personen handelte es sich um Vertreter von Erwachsenenbildungseinrichtungen, sowie von Kindertagesstätten. Aber auch ausländische Vereine, *Eine-Welt-Gruppen* und die Werkstatt Globales Lernen zeigten Interesse an der Mitarbeit der AG „Ökologische und soziale Bildung“. Zudem kamen noch Repräsentanten von natur- und umweltpädagogische Einrichtungen hinzu. Auch Darmstädter Bürger nahmen teil. Gründe für die Partizipation in dieser AG waren sowohl thematischer Art (z.B. Integration, *Eine Welt*), aber auch das Interesse am konzeptionellen Austausch, Vernetzung und ähnlichem. Am 17. März 1999 fand die erste AG-Sitzung

---

<sup>87</sup> Vgl. AG DARWIN Juli 2000, S. 8-9.

statt. Auf dieser wurden die Themenwünsche der einzelnen Akteure ermittelt und in drei Themengruppen zusammengefasst.<sup>88</sup>

Die Arbeitsgruppe „Ökologische und soziale Bildung“ mit ihren Themengruppen sieht folgendermaßen aus:

Arbeitsgruppe		
„Ökologische und soziale Bildung“		
an den AG-Sitzungen nahmen zwischen 11 und 29 Personen teil		
Themengruppe	Themengruppe	Themengruppe
„Natur“	„Strukturen“	„Soziales“
aktiv Mitwirkende:	aktiv Mitwirkende:	aktiv Mitwirkende:
4-7 Personen	4-6 Personen	4-8 Personen

Abbildung 1: AG DARWIN Juli 2000, S. 19

Alle Akteure dieser AG haben folgende Leitlinien für ihre Arbeit aufgestellt:

- *„Entwicklung der Fähigkeit, Sachlagen und Probleme in einem ganzheitlichen Zusammenhang zu sehen, Entwicklung von Kompetenzen zum persönlichen Urteilen und Handeln.*
- *Mensch und Natur miteinander in Einklang bringen; Kindern Naturerlebnisse zu ermöglichen, heißt grundlegende Voraussetzungen zu schaffen für eine zukunftsfähige Beziehung zwischen Mensch und Natur.*
- *Akzeptanz von und Interesse für andere Kulturen.*
- *Unterstützung eigenständiger Entwicklung. Sie ist Voraussetzung für nachhaltiges Wirtschaften und soziale Gerechtigkeit.*
- *Die Elemente erfahrbar machen; ganzheitliche Vermittlungsweisen schaffen für die Grundlage für einen verantwortungsvollen Umgang mit den natürlichen Ressourcen.*

<sup>88</sup> Vgl. AG DARWIN Juli 2000, S. 18-19.

- 
- *Öffentlichkeit von und freier Zugang zu Bildung, Kultur und Wissenschaft.*
  - *Beteiligung der BürgerInnen an der Weiterentwicklung ihrer Stadt.*
  - *Entgegenwirken der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich.*<sup>89</sup>

### **Darstellung der TG Menschen und Soziales**

Die TG „Menschen und Soziales“ besteht aus ca. sieben Beteiligten, von denen zwei Frauen sind. Sprecher dieser Gruppe ist Herr Norbert Schneeweis, Mitgeschäftsführer des Weltladens in Darmstadt. Er teilt sich den Vorsitz mit Herrn Doktor Hassan.<sup>90</sup>

Für Herrn Schneeweis und andere Aktive des Weltladens habe sich die AG „Ökologische und Soziale Bildung“ von daher angeboten, da diese am ehesten ihren Interessen entspreche und sie da auch ihre fachliche Kompetenz mit einbringen könnten. Außer Aktiven des Weltladens umfasst die Gruppe noch weitere engagierte Bürger.<sup>91</sup> Obwohl die Akteure aus verschiedenen Bereichen und Zusammenhängen kommen, verläuft die Zusammenarbeit gut. Dies wird von allen Teilnehmern als Bereicherung wahrgenommen.<sup>92</sup>

### **Ziele der TG**

Die TG „Menschen und Soziales“ möchte folgende Ziele verwirklichen:

- *„Förderung von Partnerschaften in andere Länder“<sup>93</sup>*
- *Gegenseitiges Kennenlernen und soziale Integration von MigrantInnen*
- *Förderung von fair gehandelten Produkten*
- *Bewußtseinsbildung durch Öffentlichkeitsarbeit für fair gehandelte Produkte*
- *Förderung von Akzeptanz und Interesse an anderen Kulturen*
- *Förderung des nachhaltigen Tourismus. Auseinandersetzung mit der ökologischen, ökonomischen und sozialen Situation*
- *Ausreichend<sup>94</sup> Arbeitsplätze mit familiengerechten Arbeitszeiten und sozialer Absicherung“<sup>95</sup>*

### **Projekte der TG**

Mit Hilfe von drei Projekten versucht diese TG der Verwirklichung ihrer Ziele näher zu kommen.

---

<sup>89</sup> AG DARWIN Juli 2000, S. 87.

<sup>90</sup> Vgl. SCHNEEWEIS, Norbert, Interview II 31.07.01, S.2.

<sup>91</sup> Vgl. SCHNEEWEIS, Norbert, Interview II 31.07.01, S.2.

<sup>92</sup> Vgl. AG DARWIN Juli 2000, S. 20 & Vgl. SCHNEEWEIS, Norbert, Interview II 31.07.01, S.10.

<sup>93</sup> anderen Ländern anstatt andere Länder. Fehler im Original.

<sup>94</sup> Ausreichende anstatt Ausreichend. Fehler im Original.

Die Förderung der Städtepartnerschaft mit der Stadt Ushgorod ist ein Projekt. Die in der Ukraine liegende Stadt Ushgorod ist seit 1988 Darmstadts Partnerstadt. Im Juli 2001 unternahmen einige Agenda-Akteure eine Reise dorthin. Ziel ist es den Gedanken der Nachhaltigkeit auch nach außen in andere Städte zu tragen. Da Ushgorod sich für Touristen öffnen möchte, ist ein nachhaltiger Tourismus ganz im Sinn der Agenda 21. So können Darmstädter Bürger den Einwohnern von Ushgorod beim Aufbau der privaten Zimmervermietung oder dem Anlegen von Infrastruktur helfen. Ebenso könnte Darmstadt die Vermarktung der Stadt Ushgorod unterstützen, in dem es Prospekte druckt, Filme über die Stadt und das Land dreht. Ein weiteres Ziel, das erreicht werden soll, ist das Zusammenbringen von Menschen aus Partnerstädten.<sup>96</sup> Eine Auswertung der Reise lag bis zum 01.11.01 noch nicht vor.

Ein weiteres Projekt ist die „Kulturwoche der Kontinente und Regionen“, deren Projektmatrix sich auf der folgenden Seite befindet. Vom 24. bis 29. September diesen Jahres fand das Projekt „Kulturwoche Afrika“ statt. Ziel war es, über die Herkunftsländer der in Darmstadt lebenden Migranten zu informieren. Diese Veranstaltung bestand nicht nur aus Vorträgen, sondern auch aus Filmen, Konzerten, Lesungen und einer Ausstellung aus dem afrikanischen Kulturkreis. Dadurch sollte eine größere Breite der Darmstädter Bevölkerung angesprochen werden. Die Bewilligung der Mittel für die Umsetzung des Projektes kam für die TG nach den Kommunalwahlen überraschend. Somit hatte sie in relativ kurzer Zeit diese Aktion vorzubereiten.<sup>97</sup>

Nachhaltigkeitsziel:	Interesse und Akzeptanz anderer Kulturen Anerkennung und soziale Integration von MigrantInnen
Bezeichnung der Maßnahme / des Projekts	Festivalwoche der Kulturen, z.B.: 2001 – Afrika, Nahost; 2002 – Osteuropa; 2003 – Türkei und Griechenland; 2004 – Spanien und Portugal; 2005 – Asien; 2006 - Amerika.
Was soll erreicht werden?	Vermittlung von Kenntnissen über anderen Kulturen Interesse an Problemlösungen in anderen Ländern Vernetzung von MigrantInnenvereinen, Schulen, Jugend- und Kultur-

<sup>95</sup> AG DARWIN Juli 2000, S. 87.

<sup>96</sup> Vgl. SCHNEEWEIS, Norbert, Interview II 31.07.01, S. 4 & AG DARWIN Juli 2000, S. 103.

<sup>97</sup> Vgl. SCHNEEWEIS, Norbert, Interview II 31.07.01, S. 5 & 8.

	<p>einrichtungen und Darmstädter Vereinen.</p> <p>Interesse an Fremdsitten und Gebräuchen soll geweckt werden</p> <p>Dialog und Akzeptanz verschiedener Kulturen. Mehr Harmonie in der Gesellschaft</p>
erforderliche/ vorgeschlagene Arbeitsschritte	<p>Vorstellung eines Kulturbereiches: Vorträge, Seminare, Filmvorführungen, Ausstellungen, Musik, Tanz, Gastronomie</p> <p>Einbeziehung der Schulen und Jugendeinrichtungen (z.B. Projektwoche Afrika, interkulturelle Ferienspiele)</p> <p>Einbeziehung der jeweiligen MigrantInnenvereine in alle Aktivitäten</p> <p>Austausch mit ehemaligen Studenten und Praktikanten aus Drittweltländern</p> <p>Einbindung Darmstädter Vereine</p> <p>Durchführung von kulturellen Aktivitäten von MigrantInnen in ihren Arbeitsstätten und Einbeziehung von Angehörigen</p>
Verantwortlichkeit und Beteiligung:	Koordinationskomitee, (+ Honorarkraft), Begleitung und Beratung: Interkulturelles Büro
Finanzierung:	Beiträge durch die Stadt Darmstadt, Eigenmittel der jeweiligen Veranstalter, Eintrittsgelder
Zeitraum der Umsetzung, Priorität	Start: Frühjahr 2001; Kontinuierliche Weiterführung Priorität: Gründung eines Koordinationskomitees
Evtl. bereits geleistete Vorarbeiten:	Kontakt zu MigrantInnenvereinen und Künstlern, Begegnungsfest, Kultur-, Kunst- und Wissenschaftseinrichtungen in Darmstadt
Wodurch werden Erfolge sichtbar?	Anzahl von Veranstaltungen Anzahl der TeilnehmerInnen
Hemmnisse/ Hindernisse	Bislang fehlende Koordination, Bislang mangelnde Beteiligung deutscher Vereine und Institutionen

**Abbildung 2: AG DARWIN Juli 2000, S. 102**

Eine Auswertung der Kulturwoche wird erst Anfang November stattfinden, so dass es momentan noch keine offizielle Stellungnahme dazu gibt. Durch ein Telefongespräch mit Herrn Schneeweis, geführt am 13.10.01, brachte ich in Erfahrung, dass seine Gefühle bezüglich der Kulturwoche ambivalent waren. So wären einige Veranstaltungen ein Erfolg gewesen. Allerdings bedauerte er, dass die Ressourcen vor Ort zu wenig genutzt wurden, da die Veranstaltung nur vom Auslandsbüro der Stadt Darmstadt organisiert worden sei. Daraus hätte man seiner persönlichen Meinung nach mehr machen können.

---

Schlüsselprojekt der TG ist „Fairer Handel mit allen Sinnen be- 'greifen““. Dieses Projekt soll die weltweiten Beziehungen der Darmstädter Bürger beispielhaft deutlich machen. Außerdem hat es einen internationalen Anstrich. Ziel ist es, die Menschen über ihren täglichen Konsum zu informieren (z.B. die schlecht entlohnte Verwendung von Waren aus Entwicklungsländern) und ihnen alternative Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Durch das Aufzeigen des Weges und der Verarbeitung eines Produktes erhofft sich die TG, dass ein globales Lernen stattfindet. Dieses Projekt befindet sich momentan noch in der Vorbereitungsphase. Zwar gibt es bereits einige theoretische Vorüberlegungen für die Umsetzung, aber sie wurden bisher noch nicht verwirklicht. Der Grund hierfür ist, dass die TG mit der Umsetzung der anderen beiden Projekte beschäftigt war/ist. Zudem wurden auch von der Stadt noch keine finanziellen Mittel dafür bewilligt, obwohl das Projekt generell beschlossen worden ist.<sup>98</sup>

### **Öffentlichkeitsarbeit der TG**

Um die Arbeit der TG „Menschen und Soziales“ an die Öffentlichkeit zu bringen, wurden zu den Treffen Einladungen verschickt. In der Tageszeitung *Darmstädter Echo* (DE) wird nicht über die allgemeine Arbeit der Arbeitsgruppen berichtet, außer im Hinblick auf anstehende Projekte oder Foren. Herr Schneeweis bedauerte die mangelnde Zusammenarbeit mit dem DE, das bislang kein Interesse zeigte über den fortlaufenden LA 21-Prozess zu berichten.<sup>99</sup>

### **Zusammenarbeit mit anderen TGs und AGs**

Die Zusammenarbeit mit den anderen TGs und AGs sieht so aus, dass ein intensiver Austausch mit der TG „Lebensstile“ von der AG „Klimaschutz konkret“ stattfindet, denn die TG „Lebensstile“ hat Projekte konzipiert, die für die TG „Menschen und Soziales“ ebenfalls interessant sind. Auch mit der TG „Wohnen in der Stadt“ von der AG „Leben und Arbeiten für ein zukünftiges Darmstadt“ wird zusammengearbeitet, da diese u.a. das Viertel bearbeitet, in dem sich der Weltladen befindet. Auf AG-Ebene findet ein formaler Austausch mit den anderen Gruppen statt. Dieser läuft in der Form, dass über den Stand der Umsetzung der einzelnen Gruppen berichtet wird.<sup>100</sup>

### **Erfolgs- und Hemmnisfaktoren in der Arbeit der TG**

Ein Hemmnisfaktor, den Herr Schneeweis anspricht, ist die fehlende bzw. unzureichende Transparenz der Verwaltungsarbeit. So sei es für viele Akteure schwierig, zu durchschauen, wer Ansprechpartner für ihr Projekt sei und mit welcher Begründung ein

---

<sup>98</sup> Vgl. SCHNEEWEIS, Norbert, Interview II 31.07.01, S. 5-6.

<sup>99</sup> Vgl. SCHNEEWEIS, Norbert, Interview II 31.07.01, S. 7.

<sup>100</sup> Vgl. SCHNEEWEIS, Norbert, Interview II 31.07.01, S. 9.

---

Projekt zur Umsetzung bewilligt werde. Des Weiteren kritisiert er die defizitäre Verknüpfung zwischen den politischen Gremien und der Verwaltung, sowie das mangelnde Interesse der Parteien, sich aktiv an dem LA 21-Prozess zu beteiligen. Positiv hebt er hervor, dass von drei geplanten Projekten seiner TG zwei schon bearbeitet werden. Das ist für die Gruppe ein Erfolgserlebnis.<sup>101</sup>

### **Konsequenzen für die Soziale Arbeit**

Einige der aufgestellten Ziele der TG betreffen auch die Soziale Arbeit, wie z.B. das gegenseitige Kennen lernen und die soziale Integration von Migranten sowie die Förderung von Akzeptanz und Interesse an fremden Kulturen. Sozialpädagogen/-arbeiter kommen mit Migranten in vielen ihrer Arbeitsfelder in Berührung. Das fängt schon im Kindergarten an. Migranten der ersten und vor allem der zweiten und dritten Generation besuchen Kindertagesstätten. Dort ist es Aufgabe der pädagogischen Fachkräfte, ein gegenseitiges Verständnis für die unterschiedlichen Kulturen unter den Kindern zu fördern. Dieses Verständnis kann z.B. durch Lieder, Spiele, Geschichten und Feste aus anderen Ländern vermittelt werden. Durch das Auseinandersetzen und Kennen lernen der unterschiedlichen Kulturen, haben die Kinder die Gelegenheit sich mit dem *Fremden* auseinander zu setzen und neue Erfahrungen zu sammeln, dadurch erweitert sich ihr Blickfeld. Das *Fremde* wird zu etwas *Vertrautem*. Die Kindertagesstätte stellt demnach einen Ort der interkulturellen Begegnung dar. Aber nicht nur in der Kindertagesstätte finden interkulturelle Begegnungen statt, auch in der Schule, im Jugendzentrum, im Altenheim und an noch weiteren Plätzen kommen Ausländer und Deutsche zusammen. Auch hier muss die Soziale Arbeit die gegenseitige Akzeptanz der Menschen fördern. Daher ist das Projekt „Kulturwoche der Kontinente und Regionen“ eine Veranstaltung, an der sich Sozialpädagogen/-arbeiter beteiligen sollten. Denn gerade die Mitarbeiter der Migrationsvereine verfügen über Kontakte zu Angehörigen verschiedener Kulturen und könnten diese motivieren, sich mit einzubringen (durch Kunstaussstellungen, Konzerte, etc.). Damit könnte das Verständnis der deutschen Bürger für die ausländische Bevölkerung und auch umgekehrt gefördert werden. Da beide Bevölkerungsgruppen in Darmstadt leben, ist eine gegenseitige Akzeptanz und das Verständnis für den anderen eine unabdingbare Voraussetzung für ein friedliches respektvolles Zusammenleben. Dazu müssen jedoch zuerst Vorurteile von beiden Seiten abgebaut werden. Daher bietet das Projekt „Kulturwoche der Kontinente und Regionen“ einen ersten Anknüpfungspunkt, um ein verständnisvolles Zusammenleben zu erreichen. Allerdings ist an der Aussage von Herrn Schneeweis zu erkennen, dass die Zusammenarbeit zwischen den Veranstaltern der Kulturwoche und den mit

---

<sup>101</sup> Vgl. SCHNEEWEIS, Norbert, Interview II 31.07.01, S. 8-10.

---

Migranten beschäftigten pädagogischen Fachkräften noch nicht ausreichend stattfindet.

### **Fazit**

Dass die Zusammensetzung der Akteure in dieser TG relativ konstant geblieben ist, liegt mit Sicherheit daran, dass einige der Akteure sich auch beruflich bzw. privat mit dem Thema „Fairer Handel“ durch ihre Mitarbeit beim Weltladen auseinandersetzen. Positiv beeinflusst wird diese TG auch durch die gute Atmosphäre, die innerhalb der gesamten Arbeitsgruppe herrscht. Ein weiterer förderlicher Aspekt ist, dass die Umsetzung von zwei Projekten (2/3 der angestrebten) schon angelaufen bzw. bereits komplett umgesetzt worden ist (s. Kulturwoche Afrika). Auch das Festlegen auf nur drei Projekte trägt sicher dazu bei, dass die Akteure weiter motiviert sind. Allerdings ist es etwas seltsam, dass gerade das Schlüsselprojekt „Fairer Handel mit allen Sinnen begreifen“, auf das die TG ihren Schwerpunkt gelegt hat, noch nicht bearbeitet wird, dafür aber die anderen beiden Projekte bereits laufen, bzw. teilweise schon abgeschlossen sind (s. Kulturwoche Afrika für dieses Jahr). Nicht gerade motivationsfördernd ist die Tatsache, dass die TG keine Rückmeldung bekommt, aus welchem Grund ihr Schlüsselprojekt im Gegensatz zu den anderen beiden Projekten noch nicht bewilligt worden ist. Hier fehlt von der Seite der Verwaltung die Transparenz und die Bereitschaft der TG deutlich zu sagen, wie ihre Entscheidung zustande kommt. Wenn diese Transparenz gegeben wäre, könnte die TG diesen Beschluss besser nachvollziehen und wüsste auch, was sie bei der nächsten Antragstellung zu beachten hat, um baldmöglichst die finanziellen Mittel für die Umsetzung ihres Projektes zu bekommen. Ein weiterer Nachteil ist die fehlende Öffentlichkeitsarbeit für die TG, dadurch ist es schwer neue Akteure für die Mitarbeit zu gewinnen. Bei den drei Projekten ist noch feststellbar, dass sie alle einen globalen Aspekt haben und sich somit nicht nur auf die Probleme vor Ort beziehen.

Bei der Betrachtung der TG „Menschen und Soziales“ werden inhaltliche Übereinstimmungen zwischen der TG und der Sozialen Arbeit deutlich. Einige Leitlinien der TG stimmen mit den Zielen der Sozialen Arbeit überein. Daher wäre es wichtig, dass sich Sozialpädagogen/-arbeiter mit den Inhalten der TG auseinandersetzen, die für ihre Arbeit relevant sind (z.B. das Kennen lernen fremder Kulturen und die Integration von Migranten) und diese Inhalte in ihre pädagogische Arbeit mit einfließen lassen. So könnten z.B. das Projekt „Kulturwoche der Kontinente und Regionen“ in Zusammenarbeit zwischen der TG und den Migrationsvereinen vonstatten gehen.

---

Vermutlich ist der größte Teil der genannten Aspekte auch auf die anderen TGs übertragbar. So ist die Arbeitsmotivation bei den Beteiligten größer, wenn eine gute Atmosphäre innerhalb einer Gruppe herrscht. Auch eine Reduzierung der Projekte verhilft zu schnelleren Erfolgserlebnissen, vorausgesetzt sie werden wenigstens zu Teilen umgesetzt. Der Arbeitsaufwand wäre dann ebenfalls geringer. Denn es darf nicht vergessen werden, dass die Teilnahme an einer TG außerhalb der Arbeitszeit stattfindet und die meisten Akteure beruflich beschäftigt sind. Somit haben sie auch nur eine begrenzte Stundenzahl Zeit, sich einzubringen. Negativ beeinflussend wirkt die mangelnde Zusammenarbeit zwischen der Politik, Verwaltung und der TGs. Dies führt zu Motivationsverlust auf Seiten der TG, wenn sie nicht das Gefühl vermittelt bekommt, dass ihre entwickelten Vorschläge und Ideen auch Anklang finden. Von daher wäre es wünschenswert, wenn sich die Verwaltung mehr öffnen würde. Aber auch die Politiker müssten sich mehr mit den Bürgerinteressen auseinandersetzen und die TGs bei der Durchführung ihrer Projekte unterstützen.

#### **5.4 Verschiedene Aspekte der Umsetzung des LA 21-Prozesses**

Für die Umsetzung der LA 21 sind verschiedene Faktoren notwendig. Dazu gehört zum einen die Öffentlichkeitsarbeit, um die LA 21 der Bevölkerung bekannt zu machen und zum anderen die finanziellen Mittel zur Umsetzung der LA 21. Die Zusammenarbeit und der Erfahrungsaustausch mit anderen Gruppen trägt ebenfalls zum Gelingen des LA 21-Prozesses bei.

##### **5.4.1 Öffentlichkeitsarbeit der Darmstädter LA 21**

Eines der wichtigsten Medien, um über ein Thema die Öffentlichkeit zu informieren, ist die Tageszeitung. Allerdings hat das Darmstädter Echo (DE) ein geringes Interesse als Sprachrohr der kontinuierlichen Arbeit der LA 21 in Darmstadt zu fungieren, trotz mehrfacher Gespräche zwischen Agenda-Akteure und dem Verantwortlichen des DEs. Inzwischen sind die Bemühungen, in dieser Richtung aktiv zu werden, aufgegeben worden.<sup>102</sup> Stattdessen wird die Öffentlichkeit über das Internet, Flyer, einer 14-tägigen Mitteilung im Radio Darmstadt und über die Großveranstaltungen (Foren) informiert. Um auf die letzteren aufmerksam zu machen, wird viel Werbung in Form von Plakaten, Annoncen und das Aufhängen von Bannern an der Außenfassade des Luisencenters betrieben. Außerdem werden Agenda-Interessierte vor den Veranstaltungen angeschrieben und eingeladen. (So existiert eine Adressendatei mit über 1.500 Agenda-

---

<sup>102</sup> Vgl. SCHNEEWEIS, Norbert, Interview II 31.07.01, S. 7.

---

Interessierten) Für die letzte Veranstaltung wurde eine Werberadlertruppe, bestehend aus über 100 Schülern, zusammengestellt. Den Schülern wurde ein Grundwissen über die LA 21 in Darmstadt vermittelt. Anschließend warben sie in gelben Agenda-Trikots auf dem Luisenplatz und vor dem Fußballstadion für die Veranstaltung.<sup>103</sup>

#### **5.4.2 Finanzierung des LA 21-Prozesses**

Um den LA 21-Prozess in Darmstadt zu finanzieren, wurden für die Jahre 1999 und 2000 finanzielle Mittel aus dem Verwaltungshaushalt in Höhe von 150.000 DM und weitere 50.000 DM aus dem Vermögenshaushalt zur Verfügung gestellt. Diese Summe muss jedes Jahr neu beantragt werden. Zusätzlich bekam Darmstadt Fördergelder vom Land Hessen in Höhe von 100.000 DM für die externe Moderation und Moderation zur Erstellung der LA 21. Das Rationalisierungs- und Innovationszentrum (RKW) Hessen e.V. wurde mit der Verwaltung der Fördergelder für die LA 21 von dem Land Hessen beauftragt.<sup>104</sup> Des Weiteren gibt es punktuell auch finanzielle Spenden von Firmen, sowie die regelmäßige Mitarbeit von deren Vertretern, die kostenfrei ihre fachliche Kompetenz zur Verfügung stellen.<sup>105</sup>

Laut Herrn Dr. Härtner, Agenda-Beauftragter der Firma Merck, sieht die finanzielle Unterstützung für die Umsetzung der LA 21 nicht sehr gut aus.<sup>106</sup> Zwar standen in den Jahren 1999 und 2000 insgesamt 300.000 DM zur Verfügung, aber dieser Betrag war an die Moderation zur Erstellung der LA 21 in Darmstadt gebunden. Seit diesem Jahr (2001) sind die vorgeschlagenen Projekte der einzelnen TGs von der Stadtverordnetenversammlung zur Umsetzung beschlossen worden. Jedoch sieht dieser Beschluss keinen zeitlichen Rahmen vor, bis wann die Projekte umgesetzt werden sollen. Die Umsetzung hängt zum Teil von den finanziellen Mitteln der Stadt ab und welche Priorität die einzelnen Projekte für die Stadt hat.

---

<sup>103</sup> Vgl. SOMMER, Jutta, Interview I 17.07.01, S. 7.

<sup>104</sup> Dieses Förderprogramm wird seit 1998 vom RKW Hessen e.V. im Auftrag des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Landschaft und Forsten betreut. Zuschüsse erhalten hessische Gemeinden und Städte, wenn sie die Förderrichtlinien zur Umsetzung der LA 21 beachten. Von 426 Städten und Gemeinden konnten von 1998 bis 2000 1/3 (142) aller hessischen Kommunen über das Förderprogramm unterstützt werden. Insgesamt arbeiten nach dem Kenntnisstand vom RKW über 250 hessische Städte und Gemeinde an der Erstellung einer LA 21. Überschlägig ermittelt wurden 15.000 Personen, die sich ehrenamtlich in ihren hessischen Kommunen an Agenda 21-Prozessen beteiligen. (Vgl. RKW Hessen e.V. August 2001, S. 1.)

<sup>105</sup> Vgl. SOMMER Jutta, Interview I 17.07.01, S. 10.

<sup>106</sup> Vgl. DR. HÄRTNER, Hartmut, Interview III 31.08.01, S. 10.

---

### **5.4.3 Zusammenarbeit mit anderen Gruppen**

Nach Aussage der Agenda-Beauftragten Frau Sommer findet kein regelmäßiger, offizieller Erfahrungsaustausch auf Bundes- und Landesebene statt, da Bund und Land sich in diesem Bereich zu wenig engagieren würden.<sup>107</sup>

Aus den Interviews I bis V geht hervor, dass ein Austausch innerhalb der AG gewährleistet ist. Aber auch zu TGs anderer AGs bestehen Kontakte, allerdings nur, wenn sie den Interessen von einer TG entsprechen (s. TG „Menschen und Soziales“)

## **5.5 Bewertung des LA 21-Prozesses**

Mit welchen Problemen, aber auch positiven Aspekten die Darmstädter LA 21 konfrontiert ist, soll nachfolgend dargestellt werden. Dabei wird auch auf die Wirksamkeit der LA 21 eingegangen und welche Zukunftsvorstellungen die Akteure für Darmstadt haben. Des Weiteren wird gezeigt, auf welche Weise die drei Bereiche Ökonomie, Ökologie und Soziales im LA 21-Prozess integriert sind und wie die politische Einstellung bezüglich der LA 21 ist.

### **5.5.1 Erfolgs- und Hemmnisfaktoren des LA 21-Prozesses**

Im Laufe jedes Prozesses gibt es verschiedene Faktoren, die diesen begünstigen oder hemmen. Für den LA 21-Prozess hat die TG „Leitbild“ der AG „Leben und Arbeiten in einem zukunftsfähigen Darmstadt“ eine Zwischenbilanz über die Erfolgs- und Hemmnisfaktoren des LA 21-Prozesses in Darmstadt erstellt. Dabei kam sie zu dem folgenden Resultat, das die Einschätzungen vieler Akteure wiedergibt.

Als positive Faktoren werden genannt:

- Dass es sich um ein zeitlich strukturiertes Verfahren handelt,
- dass eine Durchführung von Ist-Analysen veranstaltet wird,
- dass feste Arbeitsstrukturen (Agenda-Büro, Forum usw.) geschaffen wurden,
- und dass Moderatoren in den LA 21-Prozess einbezogen wurden.

Dagegen werden als besonders negative Faktoren aufgeführt:

- Dass die Agenda 21 noch keine Chefsache ist,
- dass die Bereitschaft der Entscheidungsträger zu defensiv ist,
- die mangelnde Pressearbeit,

---

<sup>107</sup> Vgl. SOMMER Jutta, Interview I 17.07.01, S. 11.

- 
- dass es noch nicht geschafft wurde, ausreichende Lust aufs Mitmachen zu wecken,
  - die zu geringe Personalausstattung,
  - dass zu geringe Engagement von wichtigen Persönlichkeiten,
  - die internationalen Partnerschaften noch nicht belebt wurden,
  - es keinen Einsatz von Zukunftswerkstätten gibt.<sup>108</sup>

Ein ähnliches Bild zu einzelnen der oben aufgeführten negativen Faktoren im LA 21-Prozess spiegeln die Experteninterviews in Darmstadt wieder. So spricht die Mehrheit der Befragten (Interview II, S. 7/ Interview I, S. 7.) das Problem der mangelnden kontinuierlichen Berichterstattung in der Tagespresse (Darmstädter Echo) an. Durch dieses Defizit ist es nicht möglich, fortlaufend über die Arbeit in den einzelnen TGs bzw. auch AGs zu informieren, um so die Bevölkerung für dieses Thema weiter zu sensibilisieren und ihr Interesse zu wecken. Ein weiterer negativer Aspekt ist, laut der Agenda-Beauftragten Frau Sommer, dass mit zunehmender Verbindlichkeit auch ein politisches Kalkül hinzukommt. So hat sich beispielsweise die CDU bei der Abstimmung für die Umsetzung der Projekte enthalten. Ein anderes Problem sei die zum Teil stark überlasteten Fachbereiche innerhalb der Verwaltung, dadurch käme es zu Vorbehalten im Hinblick auf die Bearbeitungsmöglichkeiten.<sup>109</sup> Bezüglich der Verwaltung merkt Frau Fröhlich, Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen, an, dass „grüne“ Anträge, die in ein „rotes“ Dezernat kommen, nur verzögert umgesetzt werden. Das sei ein Sachverhalt, den die Bürger nur schwer nachvollziehen könnten. Allerdings sei ihr von der Verwaltung berichtet worden, dass diese bemüht sei, die Leitlinien umzusetzen.<sup>110</sup> Ein hemmender Aspekt, den Herr Dr. Härtner von der Firma Merck anspricht, ist, dass sich größtenteils Leute zusammengefunden haben, die ihren Focus nur auf das Thema „Klimaschutz“ richten. Dadurch kommen andere Themen zu kurz. Auch bemängelt er, dass sich der Oberbürgermeister nicht mehr für die LA 21 engagiert, um sie voranzubringen.<sup>111</sup> Für Frau Ludwig, Mitglied der CDU, sind es die momentanen Lebensumstände vieler Bürger, die einer nachhaltigen Lebensweise entgegenstehen. So sind Hemmnisfaktoren z.B. die ungünstigen öffentlichen Verkehrsverbindungen vom Wohnort zum Arbeitsplatz, die es dem Bürger beinahe unmöglich machen, auf sein Auto zu verzichten, oder auch die Familienstrukturen und öffentlichen Angebote für die Kinderbetreuung, die eine Vereinbarkeit von Frauenerwerbs- und Arbeitsleben behindern.<sup>112</sup>

---

<sup>108</sup> Vgl. AG DARWIN Juli 2000, S. 21.

<sup>109</sup> Vgl. SOMMER, Jutta, Interview I 17.07.01, S. 9.

<sup>110</sup> Vgl. FRÖHLICH, Doris, Interview IV, S.3.

<sup>111</sup> Vgl. DR HÄRTNER, Hartmut, Interview III 31.08.01, S. 1.

---

Als Erfolgsfaktoren werden gesehen, dass einige Vorbehalte in den Ämtern überwunden wurden und die Ämter in den LA 21-Prozess eingestiegen sind. Auch sind nach Meinung von der Agenda-Beauftragten Frau Sommer dem Großteil der Verwaltung die Inhalte und Ziele der LA 21 bewusst, dadurch unterstützt das Verwaltungspersonal den LA 21-Prozess.<sup>113</sup> Ein weiterer förderlicher Aspekt, der von vielen Befragten (Vgl. Interview III, S. 10/ Interview II, S. 9/ Interview V, S. 7) genannt wird, ist die erfolgreiche Umsetzung von Projekten. Dies führt auch dazu, dass die Akteure weiterhin am Agenda-Geschehen teilnehmen. Positiv sieht Frau Ludwig von der CDU, dass der Gedanke der Ressourcenschonung durch die LA 21 populär gemacht worden ist, und dass dies ein Weg ist, den alle weiter beschreiten möchten.<sup>114</sup>

### **5.5.2 Wirksamkeit der LA 21**

Nach Meinung der Agenda-Beauftragten Frau Sommer ist die Wirksamkeit der LA 21 sehr schwierig zu messen, da bereits jeder Handgriff, jede Kleinigkeit, die zur Zukunftssicherung beitrage, wertvoll ist. Ob die Projekte wirklich zur Zukunftssicherung beisteuern, sei momentan noch ungewiss.<sup>115</sup>

Laut Aussage von Herrn Schneeweis, Sprecher der TG „Menschen und Soziales“, kann die LA 21 nur ein weiterer Baustein in der Weiterentwicklung der Demokratiekultur in Darmstadt sein.<sup>116</sup>

Aus Sicht von Herrn Dr. Härtner, Wirtschaftsvertreter der Firma Merck, wird momentan die Wirksamkeit der LA 21 in Darmstadt aufgrund der geringen Bürgerbeteiligung gebremst. Auch wird die LA 21 eher im Bereich von Kleinumweltschutzthemen bearbeitet und hat nach seinen Worten daher „die große Linie verloren“. Deswegen werde die Agenda 21 als Prozess nicht sehr wirkungsvoll sein, denn sie sei zu schematisiert und werde nur als Prozess verstanden. Dabei möchte die Agenda 21 die Denk- und Verhaltensweise der Menschen verändern. Wenn dies gelänge, würde sie enorme Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung haben.<sup>117</sup>

Laut Herrn Riede, Pressesprecher der Firma Merck, ist es auch erforderlich, dass dem Bürger Resonanz entgegengebracht wird, wenn er sich einbringt. Oft würde das Problem auftauchen, dass Personen, die sich engagieren, aus parteipolitischen Erwägungen abgeblockt würden. Gerade in den letzten Jahren wäre das derart stark praktiziert

---

<sup>112</sup> Vgl. LUDWIG, Eva, Interview IV 07.08.01, S. 6.

<sup>113</sup> Vgl. SOMMER Jutta, Interview I 17.07.01, S. 9.

<sup>114</sup> Vgl. LUDWIG, Eva, Interview IV 07.08.01, S. 6.

<sup>115</sup> Vgl. SOMMER Jutta, Interview I 17.07.01, S. 11.

<sup>116</sup> Vgl. SCHNEEWEIS, Norbert, Interview II 31.07.01, S. 9.

<sup>117</sup> Vgl. DR HÄRTNER, Hartmut, Interview III 31.08.01, S. 1, 10, 13.

---

worden, dass heute die Bürger keinen Sinn mehr darin sähen, sich ehrenamtlich zu betätigen.<sup>118</sup>

Zum Thema „Wirksamkeit“ meint Frau Ludwig von der CDU, dass seit dem letzten Jahr noch nichts von dem, was im Agenda-Dokument der Stadt Darmstadt steht, umgesetzt worden ist, obwohl das Dokument bereits im Herbst 2000 beschlossen wurde. (Stand 07. August 2001)<sup>119</sup> Dagegen widerspricht Frau Fröhlich von Bündnis 90/Die Grünen mit der Bemerkung, dass Leitlinien für eine nachhaltige, umweltfreundliche und ressourcenschonende Entwicklung beschlossen worden sind, an denen sich nun das ganze Verwaltungshandeln der Stadt Darmstadt zu orientieren hat. Dieser Beschluss hat u.a. zu Sparprogrammen bezüglich des Wasserhaushaltes und Stromverbrauchs geführt.<sup>120</sup>

### **5.5.3 Zukunftsvorstellung für die Stadt Darmstadt**

Die Zukunftsvorstellung für die Stadt Darmstadt von Herrn Schneeweis, Sprecher der TG „Menschen und Soziales“, ist, dass sich die Politik mehr den Interessen der Bürger öffnet und versucht, die Bürger bei Entscheidungen mit einzubeziehen. Das heißt für ihn, dass sich die Stadtpolitik in Richtung einer zukunftsfähigen Gesellschaft entwickeln soll.<sup>121</sup>

Frau Fröhlich von Bündnis 90/Die Grünen erhofft sich, dass sich das Verbraucherverhalten ändert, d.h., dass bei dem Erwerb von Produkten darauf geachtet wird, ob die Artikel eine niedrige Verbraucherenergie haben, sowie umweltfreundlich und reparaturfähig hergestellt worden sind. Die Veränderung des Verbraucherverhaltens betrifft aber auch den Kauf von Lebensmittel. Hier soll der Kunde mehr auf die Qualität als auf den Preis achten. Dafür stellt die LA 21 ein Kommunikationsmittel dar. Aber auch die Verwaltung muss mit beispielhaftem Vorbild diese Leitlinien verfolgen.<sup>122</sup>

### **5.5.4 Verbindung von Ökonomie, Ökologie und Sozialem**

Eines der Ziele in Darmstadt ist die Integration der drei Bereiche Ökonomie, Ökologie und Soziales. (s. Punkt 5.3 *Ziele und Leitbild der LA 21*) Dieses wird auch von Herrn Schneeweis, Sprecher der TG „Menschen und Soziales“, positiv wahrgenommen. Er

---

<sup>118</sup> Vgl. RIEDE, Klaus-Peter, Interview III 31.08.01, S. 14.

<sup>119</sup> Vgl. LUDWIG, Eva, Interview IV 07.08.01, S. 2.

<sup>120</sup> Vgl. FRÖHLICH, Doris, Interview V 15.08.01, S. 2.

<sup>121</sup> Vgl. SCHNEEWEIS, Norbert, Interview II 31.07.01, S. 9-10.

<sup>122</sup> Vgl. FRÖHLICH, Doris, Interview V 15.08.01, S. 8.

---

empfindet die Verknüpfung der drei Bereiche als einen Vorzug der Darmstädter Agenda.<sup>123</sup> Herr Dr. Härtner von der Firma Merck macht auf die Problematik aufmerksam, die entstehen kann, wenn man eine absolute Gleichgewichtung der drei Sektoren zu verfolgen versucht. Diese Problematik wäre dann gegeben, würden zur selben Zeit alle drei Punkte mit derselben Gewichtigkeit zu behandeln versucht. Ein Beispiel dafür wäre, wenn ein Unternehmen ein Kraftwerk mit reduzierten CO<sup>2</sup>-Ausstoß bauen möchte, sich dies aber im Moment finanziell nicht leisten kann. So würde dieser Betrieb zwar einen Beitrag im Bereich Ökologie leisten, müsste aber unter Umständen aufgrund der finanziellen Investitionen schließen, und es würden Arbeitsplätze, sowie Steuereinnahmen für die Stadt verloren gehen. Dies hätte somit negative Auswirkungen auf die Sektoren Soziales und Ökonomie. Wichtig sei es daher, dass alle drei Bereiche berücksichtigt würden, aber der Schwerpunkt immer nur auf einen oder zwei Aspekte gelegt werde. Des Weiteren macht er deutlich, dass die Agenda in größeren Betrieben schon umgesetzt werde, allerdings nicht unter dem Namen Agenda 21. Jedoch spiele das Grundprinzip der Nachhaltigkeit da bereits eine wichtige Rolle.<sup>124</sup>

### **5.5.5 Politische Einstellungen bezüglich der LA 21**

Sowohl die CDU als auch Bündnis 90/ Die Grünen sind von der Wichtigkeit der LA 21 überzeugt, da für beide Parteien das Prinzip der Nachhaltigkeit ihrer politischen Einstellung entspricht. Beide haben ihren Schwerpunkt auf umweltpolitische Themen gelegt. Bei Bündnis 90/ Die Grünen kommt aber noch der Aspekt der Sozialverträglichkeit hinzu, nach Aussage von Frau Fröhlich. Ein Problem stellt für die CDU der Umsetzungsweg der LA 21 dar. So kann die CDU einigen Projekten nicht zustimmen, da diese ihren politischen Einstellungen widersprechen. So möchte z.B. die CDU neue Baugebiete erschließen. Dies widerspricht aber dem Darmstädter LA 21-Konzept.<sup>125</sup>

## **5.6 Zusammenhang zwischen der Darmstädter LA 21 und der Sozialen Arbeit**

Ein erster Zusammenhang zwischen der Darmstädter LA 21 und der Sozialen Arbeit wurden bei der TG „Menschen und Soziales“ deutlich, da eines der Ziele dieser Gruppe die Integration von Migranten und eine Förderung von Akzeptanz anderer Kulturen ist. Dieser Gedanke entspricht auch einem der Ziele vieler Bereiche der Sozialen Arbeit (Kindertagesstätte, Jugendzentren, etc.). Allerdings sind Sozialpädagogen/-arbeiter

---

<sup>123</sup> Vgl. SCHNEEWEIS, Norbert, Interview II 31.07.01, S. 10.

<sup>124</sup> Vgl. DR. HÄRTNER, Interview III 31.08.01, S.7-9.

<sup>125</sup> Vgl. LUDWIG, Eva, Interview IV 07.08.01, S. 1.

---

bisher nur im begrenzten Maße am Darmstädter LA 21-Prozess beteiligt<sup>126</sup>. Ein Anzeichen für die Abwesenheit der Sozialen Arbeit im LA 21-Prozess ist, dass Misslingen Frauen und Jugendgruppen in den Prozess zu integrieren. Diese Integration wäre eine Aufgabe für Sozialpädagogen, da die Pädagogen über die Jugend- (z.B. Schulsozialarbeit, Jugendberufshilfe, Jugendzentren) und Frauenarbeit (z.B. Frauencafe, Frauenhäuser) Kontakte mit Jugendlichen und Frauen haben. Die Sozialpädagogen/-arbeiter verfügen somit über einen ganz anderen Zugang zu beiden Gruppen. Die Soziale Arbeit könnte Frauen und Jugendliche zur Beteiligung eher motivieren, da sie deren Bedürfnisse und Interesse kennt. Außer den Frauen- und Jugendgruppen fehlen noch weitere Bevölkerungsgruppen, nämlich die sozialen Randgruppen (Ausländer, Alte, Behinderte, etc.). Dies führt dazu, dass deren Interessen in Darmstadt ebenfalls zu kurz kommen, da diese Gruppen sich nicht selbst engagieren und auch fast keine Vertreter ihrer Interessen und Bedürfnisse in den AGs haben. Hier wäre ein Ansatzpunkt der Sozialen Arbeit für diese Gruppe als Vertreter zu fungieren. Eine andere Möglichkeit wäre, dass Sozialpädagogen/-arbeiter versuchen die Randgruppen in den LA 21-Prozess zu integrieren, damit deren Bedürfnisse publik gemacht werden. Die Sozialpädagogen/-arbeiter hätten in diesem Fall eher die Rolle des Vermittlers.

Außerdem ist es eine Aufgabe der Sozialen Arbeit in allen Bereichen, in denen sie tätig ist, den Gedanken der Ressourcenschonung zu vermitteln, um so neben der sozialen auch die ökologische Zukunftsbeständigkeit von Darmstadt zu fördern. In Darmstadt gibt es bereits einige ökologische Projekte, die für Kinder und Jugendliche konzipiert worden sind (z.B. naturnahe Spielplätze oder auch Schulprojekte).

## **5.7 Zusammenfassung des Kapitels**

Die Gründe für die Erstellung einer LA 21 sind in Darmstadt vielschichtig. Es hat den Anschein, dass die Akteure sich aus ihren Überzeugungen heraus engagieren, zum einen, weil sie von dem Anliegen der Agenda 21 überzeugt sind und zum anderen, um ihre eigenen Interessen weiter voranzutreiben. Positiv für den Beschluss wirkte sich gewiss auch die Fördergeldzusage des Landes Hessen in Höhe von 100.000 DM über zwei Jahre (1999-2000) aus.

Festzustellen ist, dass die LA 21 in Darmstadt ein langfristiges kommunales Handlungsprogramm darstellt, das vorrangig Probleme innerhalb der Stadt anspricht. Bei Lösungsmöglichkeit liegt das Nachhaltigkeitsprinzip zugrunde. Die Verknüpfung von

---

<sup>126</sup> Vgl. SOMMER, Jutta, Interview I, 17.07.2001, S.10.

---

Ökonomie, Ökologie und Sozialem ist noch nicht in allen AGs gelungen, da der Schwerpunkt der meisten Projekte auf ökologischen Themen liegt.

Zu den Akteuren der einzelnen AGs ist zu sagen, dass sich hier unterschiedliche Gruppen zusammengefunden haben, die das gleiche Interesse haben. So sind in jeder TG „Laien“ (z.B. Bürger) und Experten zu finden. (z.B. TG „Menschen und Soziales“: Personen des Weltladens, AG „Wasser“: Vertreter der Südhessischen, Darmstadts Wasserlieferant, des Tiefbau- und Forstamts). Durch diese Mischung ist es möglich, dass Ideen und Vorschläge auch praktisch umgesetzt werden können. Auch lernen die Bürger Entscheidungen eher nachzuvollziehen, wenn sie erfahren, welche Maßnahmen realisierbar sind. Andersherum gibt es von den „Laien“ vielleicht Denkanstöße, die über die bisherigen Grenzen hinausgehen. Gerade auch durch das Konsensprinzip lernen die Akteure sich mit den Meinungen und Einstellungen der anderen auseinanderzusetzen und **gemeinsam** zu einem für alle akzeptablen Ergebnis zu kommen. Bedauerlich ist es in diesem Zusammenhang, dass sich nicht mehr Parteien- oder Verwaltungsvertreter in den LA 21-Prozess einbringen. So wäre es wünschenswert, wenn sich in jeder TG auch Repräsentanten der legislativen und exekutiven Instanz der Stadt befinden würden, um so Projekte schneller voranzubringen (sowohl bei der Beschließung als auch bei der Umsetzung). Darmstadt hat es bisher noch nicht verwirklicht, Frauen- und Jugendgruppen zu integrieren. Dies liegt aber weniger daran, dass es als nicht wichtig empfunden wurde, sondern vielmehr, dass die Wunschvorstellung der automatischen Berücksichtigung dieser Gruppe sich nicht realisiert hat. In dem Moment, in dem sich eine Gruppe nicht selbst engagiert, gehen ihre Bedürfnisse unter, da die Akteure in erster Linie ihre Interessen verfolgen. Hier wäre ein Anknüpfungspunkt für die Soziale Arbeit, diese Gruppen in den LA 21-Prozess zu integrieren. Die Soziale Arbeit hält sich momentan noch sehr stark aus dem Darmstädter LA 21-Prozess heraus.

Positiv hervorzuheben ist, dass in Darmstadt alle **61** Projekte beschlossen wurden und zwar einstimmig (mit Enthaltung der CDU. Die CDU ist mit den Inhalten der LA 21 einverstanden, aber nicht mit dem Weg, wie diese Inhalte umgesetzt werden sollen.) Allerdings ist nicht festgelegt, bis wann die Projekte verwirklicht werden sollen. So kann es sein, dass sich bei einigen Projekten die Umsetzung erst in einigen Jahren stattfindet.

Wie Groß-Umstadt in seiner Kommune versucht, die LA 21 umzusetzen, wird nachfolgend beschrieben.

---

## 6 Die LA 21 in Groß-Umstadt

Groß-Umstadt wird nachstehend unter den gleichen Aspekten wie Darmstadt betrachtet. Diese sind: die Geschichte und Organisation der LA 21 in Groß-Umstadt, sowie die beteiligten Akteure und deren Arbeitskreise. Dabei wird dann auf den Arbeitskreis „Frauen“ näher eingegangen. Daraufhin werden die verschiedenen Aspekte der Umsetzung des LA 21-Prozesses gezeigt und seine Bewertung. Auch wird hier auf den Zusammenhang zwischen der Groß-Umstädter LA 21 und der Sozialen Arbeit eingegangen.

### 6.1 Geschichte und Organisation der LA 21 in Groß-Umstadt

Um die LA 21 und ihre Einbettung in Groß-Umstadt zu verstehen, folgt zunächst eine Darstellung des räumlichen Kontextes und des institutionellen Setting der LA 21 in Groß-Umstadt. Anschließend werden die Gründe und Ziele, die für die Entstehung wichtig waren, dargestellt.

#### 6.1.1 Räumlicher Kontext und institutionelles Setting

Die Gemeinde Groß-Umstadt ist mit etwa 22.000 Einwohner und einer Gesamtgemarkung von 8.600 ha eine der größten Gemeinden im Ostteil des hessischen Landkreises Darmstadt-Dieburg. Groß-Umstadt umfasst außer der Kernstadt noch die acht Stadtteile: Dorndiel, Heubach, Kleestadt, Klein-Umstadt, Raibach, Richen, Semd und Wiebelsbach.

Groß-Umstadt wird auch als *Odenwälder Weininsel* bezeichnet, da die Stadt über 56 ha Weinanbaufläche verfügt.<sup>127</sup>

Bevor die Gemeinde Groß-Umstadt mit der Erstellung ihrer LA 21 begann, war sie bereits seit einigen Jahren im Bereich Umwelt tätig. Bereits 1988 wurden umweltpolitische Maßnahmen vom Bürgermeisteramt eingerichtet:

- Einrichtung eines Umweltamtes,

---

<sup>127</sup> URL: HYPERLINK <http://www.gross-umstadt.de/sitemap/index.htm>, Stand: 28.09.2001.

- 
- Fassung des Beschlusses, kein Tropenholz mehr für städtische Einrichtungen zu verwenden,
  - Aufkauf von landwirtschaftlich genutzten Grundstücken und deren Verwandlung in Biotope,
  - Abhaltung von Umwelttagen und
  - Verfassen eines Umweltberichtes.

Auch die Verwaltung modifizierte energiesparend ihre Gebäude, dadurch gewann sie 1995 beim Wettbewerb „Energiesparstadt“ den Brundtlandpreis des Landes Hessen. Dieser Preis brachte die Stelle einer Energiesparberaterin mit sich.<sup>128</sup>

Der Lokale Agenda 21-Prozess wird durch die Stabsstelle der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Stadt begleitet. Diese ist direkt dem Bürgermeister untergeordnet. Im Rahmen des LA 21-Prozesses wurde kein neuer Arbeitsplatz geschaffen. Viel mehr ist es so, dass Herr Michaelis, der Agenda-Beauftragte von Groß-Umstadt, zu 50% für Agenda-Belange und zu 50 % für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist.<sup>129</sup>

### **Entstehung**

Am 10. Juni 1997 beantragte die Fraktion von „Bündnis 90/ Die Grünen“ die Fassung eines Agenda-Beschlusses. Gut einen Monat später, am 18. Juli 1997, stimmte die Stadtverordnetenversammlung (STVV) diesem Antrag mehrheitlich (19 Ja-Stimmen zu 16 Nein-Stimmen) zu. Im Herbst entwickelte sich eine verwaltungsinterne Agenda-AG. Deren Mitglieder sind: die Umweltbeauftragte, die Energiebeauftragte, der Bereichsleiter Kultur- und Sport, der Sachbearbeiter Presse-, Öffentlichkeitsarbeit und Wirtschaftsförderung, sowie der erste Stadtrat, der ehrenamtlich für den Magistrat tätig ist. Nach langer Vorbereitungsphase fanden im Januar und Februar 1999 die ersten Agenda-Werkstätten in den einzelnen Stadtteilen statt.<sup>130</sup>

Um die LA 21 bekannt zu machen, entschied sich Groß-Umstadt, in die einzelnen Stadtteile zu gehen, mit der Intention die Leute dort abzuholen, wo sie zu Hause sind. Die LA 21 begann mit den Fragen: „Was ist gut? Was fehlt? Was kann besser werden?“. So wurde eine Bestandsaufnahme mit den Einwohnern vor Ort erarbeitet. Daraus entwickelte sich eine Agenda-Demokratie in Form von Agenda-Werkstätten, Arbeitskreisen, Verwaltung, Politik, Strategie/Lenkungsgruppe und Plenum.<sup>131</sup>

---

<sup>128</sup> Vgl. Groß-Umstadt 09.06.01, S. 7.

<sup>129</sup> Vgl.: MICHAELIS, Rainer, Interview VI 24.07.2001, S. 1-2.

<sup>130</sup> Vgl. GROß-UMSTADT, Juni 2001, S. 60.

<sup>131</sup> Vgl. GROß-UMSTADT, Juni 2001, S. 9.

---

### **6.1.2 Gründe für die Erstellung der LA 21**

Hauptmotiv für die Erstellung der LA 21 in Groß-Umstadt war, nach Aussage von dem Agenda-Beauftragten Herrn Michaelis, eine höhere Lebensqualität für die Stadt und ihre Bewohner zu erzeugen. So haben sich in den letzten 10 Jahren die Gewerbegebiete vergrößert bzw. sind neue hinzugekommen. Nachdem sich nun diese Gebiete in Form von Gewerbesteuer und Arbeitsplätzen anfangen auszuzahlen, erscheint es wichtig, die Lebensqualität und auch das Image von Groß-Umstadt zu verbessern bzw. zu bewahren. So sind Fragen bezüglich der zukünftigen Stadtentwicklung aufgetreten. Die LA 21 hilft bei der Beantwortung dieser Fragen, indem sie klare Ziele und Kriterien vorgibt. Groß-Umstadt ist sehr darauf bedacht, nicht mehr als 25.000 Einwohner zu haben. Dies ist die einstimmige Meinung der Stadt. Denn wenn sich Groß-Umstadt so weiter entwickelt wie bisher, würde innerhalb der Stadt noch einmal ein eigener Stadtteil mit eigener Infrastruktur entstehen. Dies würde dem Bild der gemütlichen historischen WeinStadt schaden.

Ein weiterer Grund für die Erstellung der LA 21 in Groß-Umstadt sind sicherlich noch die Fördermittel des Landes Hessen in Höhe von 50.000 DM.<sup>132</sup>

### **6.1.3 Ziele und Leitbilder der LA 21**

Ein stadtübergreifendes Leitbild wurde nicht entwickelt, stattdessen hat jeder Arbeitskreis für seine Gruppe Ziele, Leitbilder und Maßnahmen formuliert.

Wichtig für den LA 21- Prozess ist, dass keine Teilnehmer- oder Themenvorgaben existieren, dass der gesamte Prozess immer offen und öffentlich ist und das Konsensprinzip konsequent verfolgt wird. Außerdem verläuft der gesamte Prozess transparent und in der Eigenverantwortung des jeweiligen Arbeitskreises (AK). Das bedeutet, die Eigenverantwortlichkeit geht bis hin zur selbst verantworteten Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Ein weiterer Punkt ist, dass die Verwaltungsmitarbeiter und auch Bürger die Agenda-Werkstätten und Arbeitskreise selbst moderiert haben. Dagegen werden die Strategiesitzungen und das Plenum durch eine externe Moderatorin betreut. Zudem bekommt das Agenda-Büro eine größtmögliche Unterstützung (Zeit, Geld, Fortbildung, Tagungen) durch den Bürgermeister.<sup>133</sup>

---

<sup>132</sup> Vgl. MICHAELIS, Rainer, Interview VI, S.6-9.

<sup>133</sup> Vgl. GROß-UMSTADT, Juni 2001, S. 10.

---

Modelle der Bürgerbeteiligung sind für Herrn Flöter, 1. Stadtrat und Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen, ein vorrangiges Ziel. Das bedeutet, „*wie können Selbstbestimmungsprozesse innerhalb einer Kommune gestaltet werden, so dass zum einen die Leute sich für ihr unmittelbares Umfeld auch wieder selbst engagieren und zum anderen sie die Möglichkeit haben, auch Einfluss nehmen zu können. Dass der Einfluss auch tatsächlich existiert, das heißt also nicht, wenn irgendeine Gruppe da was macht, dass die da anschließend sagen 'schön nett, aber das interessiert uns nicht oder so, wir als Politiker kommen zu einer anderen Entscheidung und diese müssen wir auch nicht begründen, ihr wählt uns eh wieder.*“<sup>134</sup>

## **6.2 Akteure im LA 21-Prozess**

Beteiligte Akteure im LA 21- Prozess in Groß-Umstadt sind viele gesellschaftliche Gruppen. Dazu gehören: Frauen, Kinder, Jugendliche, Landwirte, Weinbauern, Gewerbeverein, Vereine, Kirchen und Umweltverbände. Dagegen nehmen Gewerkschaften, Handelskammern und Politik momentan nicht daran teil.<sup>135</sup>

Laut Schätzung von Herrn Flöter von Bündnis 90/ Die Grünen beteiligen sich ungefähr 300 Bürgern am LA 21-Prozess.<sup>136</sup>

Herr Michaelis, der Agenda-Beauftragte, teilt die Akteure in zwei Kategorien ein: So gibt es eine Gruppe, die für die theoretische Arbeit zuständig ist und strukturiert arbeitet, Ideen zusammenträgt, Konzepte erstellt und eine andere Gruppe, die sich bei der praktischen Umsetzung von Projekten engagiert. Von daher sei es immer wichtig, neue Akteure zu gewinnen, da sich die Arbeit an der LA 21 immer weiterentwickle.<sup>137</sup>

Die Partizipation der Akteure sei nicht gleichbleibend, so gäbe es immer wieder Personen, die aufhören und dafür kämen andere hinzu. Der AK „Verkehr und Mobilität“ habe sogar im Laufe seiner Arbeit an Mitgliedern dazu gewonnen, da dies ein Thema sei, das viele Menschen aus der Bevölkerung anspreche.<sup>138</sup>

Die CDU ist nicht in einzelnen AKs vertreten. So haben zwar einige Vertreter anfangs diese besucht, aber dann entschlossen, sich aus der Diskussion herauszuhalten. Begründung hierfür war, dass die Bürger eigene Ideen entwickeln sollen. Die Vertreter der

---

<sup>134</sup> FLÖTER, Christian, Interview X 28.07.01, S. 1-2.

<sup>135</sup> Vgl. GROß-UMSTADT, Juni 2001, S. 9.

<sup>136</sup> Vgl. FLÖTER, Christian, Interview X 28.07.01, S. 2.

<sup>137</sup> Vgl. MICHAELIS, Rainer, Interview VI 24.07.01, S. 9.

<sup>138</sup> Vgl. MICHAELIS, Rainer, Interview VI 24.07.01, S. 12.

---

Parteien sind dagegen durch ihr Parteiprogramm subjektiv beeinflusst und die LA 21 sollte kein Abbild eines Parteiprogramms werden.<sup>139</sup>

### **6.3 AKs in Groß-Umstadt und ihre Projekte am Beispiel des AKs *Frauen***

Im Oktober 1999 begannen die ersten AKs mit ihrer Arbeit. Konstituiert hatten sich die AKs durch die Auftaktveranstaltungen in den einzelnen Stadtteilen, dabei wurde eine Bestandsaufnahme von den Themen gemacht, die der Bevölkerung wichtig waren. Nachdem die Themen in Gruppen zusammengefasst worden sind, bildeten sich stadtteilübergreifende AKs.<sup>140</sup>

- AK „Frauen“
- AK „Kinder und Jugend“
- AK „Lebensqualität“
- AK „Ökologie“
- AK „Siedlungsentwicklung“
- AK „Vereine“
- AK „Verkehr und Mobilität“, sowie die Arbeitsgruppen:
  - „Integration/Kommunikation“ in Heubach
  - „Rathaus“ in Richen
- AK „Wirtschaft“

Die Themen innerhalb der moderierten AKs legten die Akteure fest. Über die Diskussionen entstanden autonome Strukturen, die dazu führten, dass die Akteure bei auftretenden Schwierigkeiten Experten zu Rate zogen. Zuvor wurde aber von der Strategiegruppe eine Profilbeschreibung der einzelnen AKs verlangt, damit die AKs Klarheit über ihr Selbstverständnis, ihre Ziele bekommen und ihr Thema eingrenzen. Ziel war es auf diese Weise Überschneidungen einzelner AKs auszuschließen und einen Rahmen, in dem sich die einzelnen AKs bewegen, abzustecken.<sup>141</sup>

#### **6.3.1 Projekte des Groß-Umstädter LA 21-Prozesses**

Einige Agenda-Projekte sind bereits umgesetzt worden, obwohl das Kommunale Handlungsprogramm (KHP) noch nicht von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden ist. Zu den umgesetzten Projekten gehören z.B. :

- die Sanierung des Rathauses in Richen,

---

<sup>139</sup> Vgl. PETERMANN, Andreas, Interview IX 14.08.01, S. 5.

<sup>140</sup> Vgl. MICHAELIS, Rainer, Interview VI 24.07.01, S. 18.

- 
- Errichtung des Multifunktionsplatzes mit Streetballanlage in Heubach und Wiebelsbach,
  - Eröffnung des Cafés International/Kulturen-Treff in Heubach,
  - Aufräumaktionen in Feld und Flur in Wiebelsbach und Kleestadt.<sup>142</sup>

Ein Grund für die bereits begonnene bzw. abgeschlossene Projektarbeit ist, dass Groß-Umstadt beide Arten von Gruppen, die die theoretische Arbeit leisten und die die lieber für die praktische Umsetzung verantwortlich sind, von Anfang an bei der Gestaltung der LA 21 miteinbeziehen wollte, um so ihren Beteiligungsgeist zu stärken. Auf diese Weise sind in den letzten zwei Jahren aber auch Projekte<sup>143</sup> verwirklicht worden, für die es keine Nachhaltigkeitskriterien gab (z.B. Sanierung eines schmiedeeisernen Tors). Es handelt sich dabei teilweise um Vorhaben, die schon vor Jahren gewünscht waren, aber damals abgelehnt wurden. Der Bürgermeister und auch die Politik unterstützten finanziell den Aktionswillen der Bürger unter der Voraussetzung, dass diese dabei tatkräftig mithelfen. Inzwischen ist es jedoch so, dass neu beantragte Projekte bestimmte Nachhaltigkeitskriterien erfüllen müssen, um einen bestimmten Qualitätsstandard zu gewährleisten.<sup>144</sup>

Finanziert werden die Projekte von der Stadt, da es bisher noch nicht gelungen ist, Sponsoren aus dem Bereich der Wirtschaft zu finden. Allerdings wird von den Akteuren verlangt, dass sie sich bei der Umsetzung der Projekte aktiv beteiligen. Die Stadt bezahlt die Material- und Facharbeitskosten, welche die Akteure in Eigenleistung nicht erbringen können. Die Verantwortung für die Projektleitung wurde bisher von den Akteuren übernommen. Das wird sich allerdings in Zukunft ändern, um so eine rechtliche Absicherung (z.B. im Fall eines Unfalls) zu gewährleisten.<sup>145</sup>

### **6.3.2 Darstellung des AKs „Frauen“**

Nun erfolgt eine Präsentation der Arbeit des AKs „Frauen“.

Konstituiert hat sich der AK „Frauen“ durch die Agenda-Werkstätten in den einzelnen Stadtteilen, die Anfang 1999 stattfanden. Motiv für die Gründung des AKs war, dass sich viele von den beteiligten Frauen auch schon früher für Frauenbelange eingesetzt

---

<sup>141</sup> Vgl. MICHAELIS, Rainer, Interview VI 24.07.01, S. 19-20.

<sup>142</sup> Vgl. DA-DI 21, Ausgabe 5/2001, S. 8.

<sup>143</sup> Eine Projektübersicht befindet sich im Anhang.

<sup>144</sup> Vgl. MICHAELIS, Rainer, Interview VI 24.07.01, S. 21-22.

<sup>145</sup> Vgl. MICHAELIS, Rainer, Interview VI 24.07.01, S. 23-24.

---

haben. Bei der Mitarbeit an der LA 21 sahen sie die Möglichkeit, sich und ihre Vorstellungen einzubringen, um auf diese Weise etwas in Groß-Umstadt zu bewegen.<sup>146</sup>

### **Gruppenzusammensetzung des AKs**

Es handelt sich bei diesem AK um eine reine Frauengruppe mit zum Teil alleingesessenen aber auch zugezogenen Frauen. Viele von ihnen sind doppelt belastet durch Haushalt und Beruf. Die Gruppe umfasst momentan zwischen drei und fünf Frauen. Zwischenzeitlich wirkten aber auch schon zwischen acht und zehn Personen mit. Frau Neufeld, Mitglied des AKs „Frauen“, berichtete, dass sie innerhalb der Gruppe keine Zeit haben, sich näher kennen zu lernen, da dazu die Zeit fehlt. Ausländische Frauen partizipieren nicht in der Gruppe. Dies wird von Frau Neufeld auch als Problem wahrgenommen, doch sei der AK darauf angewiesen, dass die Frauen zu ihnen kommen.<sup>147</sup>

### **Ziele des AKs**

Ziel des AKs „Frauen“ im Rahmen des Agenda-Prozesses ist es, die folgenden Zustände zu erreichen:

- *„Einen Zustand, in dem Frauen angemessen an der kommunalen Willensbildung und in der Verwaltung beteiligt sind.*
- *Einen Zustand, in dem berufstätige Frauen, Frauen aus Familienarbeit und Kindererziehung angemessen berücksichtigt werden.*
- *Einen Zustand, in dem die Sicht von Frauen in<sup>148</sup> Hinblick auf Nachhaltigkeit, Erwerbs- und Versorgungsarbeit, Bildung, Gemeinwesen, Stadtplanung, Mobilität und Infrastruktur, Umweltschutz, Gesundheitswesen, Kultur,... thematisiert und mit den Frauen zusammen zu einem tragfähigen Kompromiss geführt werden.“<sup>149</sup>*

### **Projekte des AKs**

Um seine Ziele zu verwirklichen, hat der AK „Frauen“ sieben Themenbereiche gewählt, in denen er tätig werden möchte:

1. Frauen sollen in allen Entscheidungsprozessen mitwirken. Dazu gehört u.a. das Einbringen von Projektvorschlägen von Frauenseite, sowie die Erhöhung des Frauenanteils sowohl im Stadtparlament und in den Ausschüssen, als auch in den Führungspositionen innerhalb der Verwaltung. Außerdem sollen Expertinnen (z.B. Architektinnen) verbindlich einbezogen wer-

---

<sup>146</sup> Vgl. Neufeld, Ilka, Interview VII 05.09.01, S. 2.

<sup>147</sup> Vgl. Neufeld, Ilka, Interview VII 05.09.01, S. 2.

<sup>148</sup> In anstatt von im. Fehler im Original, C.S..

<sup>149</sup> GROß-UMSTADT 09.06.01, S. 38.

---

den. Ebenso sollen Projektvorschläge, die Frauen betreffen, erst dann verabschiedet werden, wenn sie vom Frauenrat mitberaten wurden.<sup>150</sup> Ziel dieses Projektes ist es, einen kommunalen Frauenrat zu bilden, der Mitspracherecht bei allen Belangen der städtischen Politik hat, und zwar bei allen Belangen, die Frauen betreffen. Die Gründung eines kommunalen Frauenrates ist aufgrund der mangelnden paritätischen Mitbestimmungen der Frauen gegeben.<sup>151</sup>

2. Eine zweite Maßnahme ist die Vereinbarung von Erwerbs- und Versorgungsarbeit, da die Versorgung der Familie nicht ausschließlich und selbstverständlich eine Aufgabe von Frauen ist. Von daher müssen durch entsprechende Maßnahmen (z.B. berufliche Aus-, Fort-, Weiterbildung vor Ort, betreute Grundschule, Kantine für Mutter, Kind/Familien) Familie und Beruf vereinbar werden.
3. Das dritte Vorhaben beschäftigt sich mit der Bildung, da die Bildung eine der bedeutendsten Investitionen für die Zukunft unserer Gesellschaft ist. Deswegen müsse sowohl allen Mädchen und Frauen, als auch allen Jungen und Männern ein gleichberechtigter Zugang zu umfassenden Bildungsmöglichkeiten gegeben werden. Dieser Bildungszugang beginnt bereits mit dem Erhalt des Personalschlüssels von Kindertagesstätten und das Einsetzen qualifizierten Personals in Bildungseinrichtungen. Aber auch Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen gehören zu dem Projekt.
4. Der vierte Bereich, mit dem sich der AK „Frauen“ auseinandersetzt, ist das Gemeinwesen, welches die Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern und Generationen schaffen soll. Maßnahmen hierfür wären: Orientierungshilfe für neue Mitbürger in Form von Treffpunkten oder Broschüren, Spiel- und Begegnungsmöglichkeiten für Jung und Alt, etc..
5. Der fünfte Aspekt ist die Mobilität und Infrastruktur. Dieser beinhaltet, dass jeder Bürger innerhalb des Raumes Groß-Umstadt die Möglichkeit haben soll, sich ohne einen Privat-PKW fortzubewegen. Dafür werden ein Ausbau der Radwege, eine Überprüfung und Optimierung des Stadtbusnetzes, der Ausbau des Angebots von Sammeltaxis und Tramper-Ticket mit Chipkarte vorgeschlagen.
6. Das Tramper-Ticket mit Chipkarte stellt noch einmal ein eigenes Projekt des AKs „Frauen“ dar. Es handelt sich hierbei um eine EDV-gestützte Mitfahrerzentrale. Diese soll im Transportwesen jedem die Möglichkeit geben,

---

<sup>150</sup> Vgl. Groß-Umstadt Juni 2001, S. 38.

---

schnell und sicher von einem Ort zum anderen zu gelangen.<sup>152</sup> Da die Daten sowohl von dem Fahrer als auch dem Tramper gespeichert werden, muss keiner von beiden tätlichen Übergriffe befürchten.

7. Auf dem Projekt „Stadtplanung aus Frauensicht“ liegt momentan der Arbeitsschwerpunkt des AKs „Frauen“. Dieses war ein sehr umstrittener Punkt im Plenum, da einigen Akteuren aus anderen AKs nicht bewusst war, aus welchem Grund es eine Frauensicht bei der Stadtplanung geben sollte. Um sich näher mit dem Thema auseinander zu setzen, wurde eine Fachfrau eingeladen, die dargestellt hat, was Stadtplanung bedeutet und in welchem Bereich *frau* eingreifen kann. Mit Hilfe dieser neuen Kompetenzen möchte der AK „Frauen“ Einfluss auf das in absehbarer Zeit auszuweisende Neubaugebiet nehmen.<sup>153</sup> Ziel ist das Erreichen einer ganzheitlichen, zukunftsorientierten und frauengerechten Stadt- und Entwicklungsplanung, bei der Fachfrauen bereits im Plan- und Entwicklungsstadium miteinbezogen werden. Maßnahmen hierfür sind u.a. die Vermeidung von Angsträumen durch bessere Einsehbarkeit (Beleuchtung, Bäume anstatt Büsche) und Fluchtmöglichkeiten. Ebenso wird eine soziale Mischung der Bevölkerung gewünscht. Die Infrastruktur für den täglichen Bedarf soll durch Mischbebauung im Wohngebiet gewährleistet werden.<sup>154</sup>

### **Öffentlichkeitsarbeit des AKs**

Herr Michaelis, der Agenda-Beauftragte, ist offiziell für die Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich. Aber auch der AK engagiert sich in diesem Bereich, indem er Falt- bzw. Flugblätter über seine Arbeit entwirft und verteilt. So wurde jetzt auch von Frau Neufeld, Mitglied des AKs „Frauen“, eine Broschüre mit den Agenda-Projekten entworfen. In dieser befinden sich Postkarten, mit denen die Bürger ihre Meinung dazu rückmelden können.<sup>155</sup>

### **Erfolgs- und Hemmnisfaktoren**

Explizite Erfolgs- und Hemmnisfaktoren werden für die Arbeit dieses AKs nicht erwähnt.

### **Austausch mit anderen AKs**

---

<sup>151</sup> Vgl. Neufeld, Ilka, Interview VII 05.09.01., S. 3.

<sup>152</sup> Vgl. Groß-Umstadt Juni 2001, S. 38-41.

<sup>153</sup> Vgl. NEUFELD, Ilka, Interview VII 05.09.01, S. 3.

<sup>154</sup> Vgl. Groß-Umstadt Juni 2001, S. 40.

<sup>155</sup> Vgl. NEUFELD, Ilka, Interview VII 05.09.01, S. 6-7.

---

Durch das regelmäßig stattfindende Plenum kommt es zu einem Informations-, Klärungs- und Abstimmungsprozess. Auch hat man durch das KHP die Möglichkeit, sich über andere Projekte zu informieren.<sup>156</sup>

### **Wirksamkeit der LA 21**

Frau Neufeld des AKs „Frauen“ macht deutlich, dass für sie die LA 21 nur eine von vielen Möglichkeiten ist, mit denen Menschen etwas bewegen können. *„Eine Möglichkeit im Kleinen etwas für das Ganze zu tun und Demokratie zu leben.“*<sup>157</sup>

### **Auswirkungen des AKs „Frauen“ auf die Soziale Arbeit**

Der AK „Frauen“ könnte auf einige Bereiche der Sozialen Arbeit einen Einfluss ausüben, wenn es dem AK gelingt, seine Ziele umzusetzen. Ein Bereich, in dem Sozialpädagogen/-arbeiter beschäftigt sind und den der AK „Frauen“ anspricht, ist sicherlich der Bildungsbereich. So findet man pädagogische Kräfte sowohl in Kindertagesstätten als auch bei Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose (z.B. Jugendberufshilfe, Internationaler Bund) vor. Daher ist es die Aufgabe der Sozialpädagogen/-arbeiter darauf zu achten, dass Jungen und Mädchen gleichberechtigt erzogen werden, damit den heutigen Kindern später alle Berufschancen offen stehen.

Ebenso gibt es Anknüpfungspunkte zwischen der Sozialen Arbeit und der Stadtplanung. Sozialpädagogen/-arbeiter haben durch die Gemeinwesensarbeit einen guten Überblick was in einer Stadt passiert und welche Dinge verbessert werden könnten. Daher könnten Sozialpädagogen/-arbeiter sich aktiv in die Stadtteilplanung mit einbringen und den AK „Frauen“ bei seiner Arbeit unterstützen.

Die Integration von Ausländern ist ein Bereich, der bei dem AK „Frauen“ vernachlässigt wird, obwohl es wichtig wäre, auch ausländische Frauen für die LA 21 zu interessieren und zur Mitarbeit zu bewegen. Denn diese Frauen sehen Groß-Umstadt sicherlich noch einmal aus einem anderen Blickwinkel. Sie könnten von daher neue Aspekte zu einer zukunftsbeständigen Entwicklung von Groß-Umstadt beitragen. Eine Möglichkeit wäre es, wenn die Soziale Arbeit versucht, ausländischen Frauen die LA 21 näher zu bringen und sie gegebenenfalls zur Mitarbeit zu motivieren.

### **Fazit**

---

<sup>156</sup> Vgl. NEUFELD, Ilka, Interview VII 05.09.01, S. 5.

<sup>157</sup> NEUFELD, Ilka, Interview VII 05.09.01, S. 7.

---

Meines Erachtens trägt der AK „Frauen“ zur Sicherung und Steigerung der sozialen Lebensqualität in Groß-Umstadt durch seine Projekte und Maßnahmen bei, wobei diese auf eine längerfristige Dauer angelegt sind. Die vorgeschlagenen Maßnahmen liegen sowohl im sozialen (z.B. Bildungsangebot), als auch im wirtschaftlichen Bereich (z.B. die Erwerbs- und Versorgungsarbeit). Ebenso werden der ökologische Bereich (z.B. Stärkung des ÖPNV) und auch der politische (wie der kommunale Frauenrat) angesprochen. Zusätzlich kommt noch der kulturelle Sektor in Form der Projekte in der Gemeinwesenarbeit hinzu. Auf diese Weise könnte es dem AK „Frauen“ gelingen, auf die Entwicklung der Stadt Einfluss zu nehmen, damit Groß-Umstadt sich auch für die Bürgerinnen der Stadt zukunftsbeständig weiterentwickelt.

Da die Gruppe zur Zeit nur zwischen drei und fünf aktive Frauen umfasst, sind die Möglichkeiten, etwas zu bewegen, eingeschränkt. Das ist zum einen daran zu erkennen, dass den Frauen keine Zeit bleibt, sich untereinander kennen zu lernen und in persönlichen Kontakt zu treten. Zum anderen ist es auch zeitlich nicht möglich, weitere Frauen persönlich anzusprechen, von der Arbeit im AK zu berichten und sie zur Teilnahme zu motivieren.

Förderlich ist für die Arbeit des AKs, dass er sich von der Stadt unterstützt fühlt und auch die notwendige Hilfe bekommt (z.B. in Form von Expertenberatungen).

Der AK „Frauen“ ist sicherlich auch für die Soziale Arbeit interessant, da er einige Ziele formuliert hat, die in den Bereich der Sozialen Arbeit hineingehen. Daher wäre ein Austausch bzw. eine Zusammenarbeit zwischen pädagogischen Fachkräften und dem AK „Frauen“ sehr förderlich, um eine soziale zukunftsbeständige Entwicklung in Groß-Umstadt zu gewährleisten.

#### **6.4 Verschiedene Aspekte der Umsetzung des Agenda-Prozesses**

Für die Umsetzung der LA 21 benötigt man verschiedene Mittel., wie z.B. die Öffentlichkeitsarbeit. Angesprochen wird außerdem noch die Finanzierung des LA 21-Prozesses und die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen.

##### **6.4.1 Öffentlichkeitsarbeit der Groß-Umstädter LA 21**

Zum Thema „Öffentlichkeitsarbeit“ berichtet der Agenda-Beauftragte Herr Michaelis, dass die AKs die Freiheit haben, selber ihre Artikel zu schreiben und an die Presse zu gehen. Die Akteure sind bisher mit dieser Freiheit auch sehr verantwortungsvoll umge-

---

gangen. Zudem besteht die Möglichkeit, in der Freitagsausgabe der Tageszeitung „Odenwälder Bote“ Agenda-Nachrichten zu veröffentlichen, denn dort steht eine Seite für Rathausnachrichten zur Verfügung. Auf diese Weise werden die Bürger über den Stand der Verwaltungsarbeit informiert. Außer den regelmäßigen Pressemitteilungen nutzt Herr Michaelis alle Möglichkeiten, um mit Leuten ins Gespräch zu kommen. So geht er regelmäßig auf die Agenda-Treffen oder zu anderen Veranstaltungen, wie z.B. dem Hessentag.<sup>158</sup>

#### **6.4.2 Finanzierung des LA 21-Prozess**

Der LA 21-Prozess in Groß-Umstadt wird durch Eigenmittel in Höhe von 20.000 DM jährlich finanziert, mitgerechnet sind hierbei nicht die Personalkosten von Herrn Michaelis, dem Agenda-Beauftragten. Zudem hat Groß-Umstadt über das RKW Hessen e.V. Fördermittel<sup>159</sup> in Höhe von 50.000 DM für die externe Moderation erhalten. Aus den Eigenmitteln werden die notwendigen Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit bezahlt, sowie Getränke, Imbisse etc. bei Veranstaltungen.<sup>160</sup> Laut Herrn Michaelis reicht dieser Betrag aus, da er einen großen Teil der Öffentlichkeitsarbeit selber erledigt.

#### **6.4.3 Zusammenarbeit mit anderen Gruppen**

Ca. zwei Mal im Jahr finden auf Einladung des Landratsamts Agenda-Beauftragten-Treffen statt, an denen Herr Michaelis teilnimmt. Zusätzlich bietet auch das RKW Hessen e.V. immer wieder Veranstaltungen an. Zudem tauscht sich Herr Michaelis mit den Nachbarkommunen aus und es kommen auch Anfragen aus anderen Teilen Hessens, die an dem KHP interessiert sind.<sup>161</sup>

Einen regelmäßigen Austausch der CDU mit dem Agenda-Büro und den einzelnen AKs gibt es nicht. Über den aktuellen Stand der Diskussionen bezüglich der LA 21 informiert sich die CDU mittels des KHPs, das ihnen zugeschickt wird.<sup>162</sup>

Für Herrn Flöter von Bündnis 90/Die Grünen ist die Tatsache etwas überraschend gekommen, dass sich die Parteien nach dem Start aus dem LA 21-Prozess heraushalten.

---

<sup>158</sup> Vgl. MICHAELIS, Rainer, Interview VI 24.07.01, S. 13.

<sup>159</sup> „Die Förderhöchstbeträge waren von der Größe der Kommunen abhängig: Bis 25.000 Einwohner konnten 50.000 DM, bis 80.000 Einwohner 80.000 DM und ab 80.000 DM Einwohner 100.000 DM beantragt werden. (HENNING FEINDT, Peter, u.a. In: HEINELT, Hubert, MÜHLICH, Eberhard (Hrsg.), 2000, S. 223) Dies erklärt auch die unterschiedliche Höhe der Fördergeldzuschüsse beider Städte.

<sup>160</sup> Vgl. MICHAELIS, Rainer, Interview VI 24.07.01, S. 31.

<sup>161</sup> MICHAELIS, Rainer, Interview VI 24.07.01, S. 35

<sup>162</sup> Vgl. PETERMANN, Andreas, Interview IX 14.08.01, S. 5.

---

Von Bündnis 90/ Die Grünen sind im Verhältnis relativ viele Parteimitglieder in den einzelnen AKs tätig. Aber der Fraktionsvorsitzende selber nimmt nicht teil.<sup>163</sup>

## **6.5 Bewertung des LA 21-Prozesses**

Um die Umsetzung der LA 21 in Groß-Umstadt bewerten zu können, muss man sich verschiedene Aspekte, die den LA 21-Prozess bedingen, näher betrachten. Dazu gehören zum einen die Hemmnis- und Erfolgsfaktoren und zum anderen die Wirksamkeit der LA 21. Außerdem kommen noch die Zukunftsvorstellungen für Groß-Umstadt hinzu. Des Weiteren wird auch ein Blick auf die Verbindung der Bereiche Ökonomie, Ökologie und Soziales geworfen und wie die politische Einstellung bezüglich der LA 21 ist.

### **6.5.1 Hemmnis- und Erfolgsfaktoren**

Durch die geführten Interviews und das KHP konnten verschiedene Hemmnis- und Erfolgsfaktoren ermittelt werden.

#### **Hemmnisfaktoren**

Im großen und ganzen gibt es, so Herr Flöter von Bündnis 90/Die Grünen, keine unüberwindbaren Hemmnisse, außer Verzögerungen. Zudem existierte ein anfängliches Misstrauen der Bürger, die nicht wussten, ob ihre Arbeit auch gewürdigt wird und was mit ihrer Arbeit passiert, zumal das Abstimmungsergebnis zur Erstellung der LA 21 sehr knapp war. Diese Angst, ob die nächste Abstimmung zur Umsetzung des KHPs besser ausgehe, ist nach Aussage von Herrn Michaelis, dem Agenda-Beauftragten, immer noch in den Köpfen der beteiligten Akteure. Ein weiterer negativer Aspekt, den er anspricht, ist das teilweise Unverständnis der Verwaltung gegenüber der LA 21.<sup>164</sup> Den Punkt Verwaltung erwähnt auch Herr Flöter von Bündnis 90/Die Grünen, allerdings bezieht er sich mehr auf die Abläufe, die in Verwaltung und Stadtverordnetenversammlung passieren. So sei es schwierig, Antragstellern zu vermitteln, aus welchem Grund einfache Dinge, die schnell umsetzbar sein könnten, sich über ein oder 1 ½ Jahre hinziehen. Im Rahmen der Verwaltungsreform würde versucht, diesen Missstand abzubauen, indem es feste Ansprechpartner gäbe.<sup>165</sup>

---

<sup>163</sup> Vgl. FLÖTER, Christian, Interview X 28.07.01, S. 2-3.

<sup>164</sup> Vgl. MICHAELIS, Rainer, Interview VI 24.07.01, S. 26.

<sup>165</sup> Vgl. FLÖTER, Christian Interview X 24.07.01, S. 5.

---

Herr Kroll, Akteur des Wirtschafts-AKs und der Strategieguppe, bezeichnet das weit verbreitete Desinteresse der Bevölkerung, sich zu engagieren, als ein großes Hemmnis. Dieses Desinteresse fände man aber auch in anderen Bereichen wie z.B. in Vereinen und habe von daher nicht direkt etwas mit der Agenda zu tun.<sup>166</sup>

Dass in dem KHP Forderungen aufgestellt werden, die für die nächsten fünf Jahre eine Allgemeingültigkeit besitzen sollen, stellt für Herrn Petermann von der CDU ein Hindernis dar. Denn einige dieser Forderungen entsprächen nicht den Zielen der CDU, deshalb könne ihnen auch nicht zugestimmt werden. Dadurch werde eine Abwehrhaltung erzeugt.<sup>167</sup>

Als Hemmnisse bezeichnet Frau Neufeld des AKs „Frauen“ die Menschen mit ihrem unbeweglichen Denk- und Handlungsschemen und ihrer Angst, keinen Wert zu besitzen bzw. nicht gehört zu werden. Aber auch die Faulheit vieler Mitmenschen, die sich lieber amüsieren anstatt sich in ihr Gemeinwesen einzubringen, sei ein negativer Faktor. Außerdem der *wirkliche* Zeitmangel, der es vielen nicht erlaubt, sich zu engagieren. Zudem bemängelt Frau Neufeld, dass manche Projekte nur den momentanen Notstand beseitigen, aber nicht zukunftsweisend seien.<sup>168</sup>

### **Erfolgsfaktoren**

Laut Frau Neufeld kann als Erfolg gewertet werden, wenn sich Menschen einbringen, Ideen entwickeln und verstehen, dass Politik nicht von den gewählten Politikern gemacht wird, sondern von den Menschen selber. Ein weiterer Erfolgsfaktor sei, dass die LA 21 in Groß-Umstadt zur Chefsache gemacht worden ist und dem Bürgermeister viel an deren Umsetzung liege. Von daher gäbe es von dieser Seite viel Unterstützung.<sup>169</sup>

Nach Aussage von dem Agenda-Beauftragten Herrn Michaelis ist es zudem förderlich, dass es auch viele Kollegen innerhalb der Verwaltung gibt, die seine Arbeit unterstützen und sich an der LA 21 selbstverständlich beteiligen. Andere Erfolge seien, dass durch die Bürgerbeteiligung die Akteure in einem ganz anderen Licht gesehen werden. Das Verhältnis zwischen der Verwaltung und den Bürgern verändere sich positiv. Dies treffe ebenso auf die Beziehung innerhalb der Bürgerschaft zu. So säßen durch die LA 21 Leute an einem Tisch, die sich früher nicht begrüßt haben, und auch die Kluft zwischen Alt- und Neubürgern sei verringert worden.<sup>170</sup> Ein weiterer positiver Aspekt bei der Agenda-Arbeit sei, dass Herr Michaelis die volle Unterstützung des Bürgermeisters

---

<sup>166</sup> Vgl. KROLL, Helmut, Interview VIII 17.08.01, S. 6.

<sup>167</sup> Vgl. PETERMANN, Andreas, Interview IX 14.08.01, S. 5-6.

<sup>168</sup> Vgl. NEUFELD, Ilka, Interview VII 05.09.01, S. 6.

<sup>169</sup> Vgl. NEUFELD, Ilka, Interview VII 05.09.01, S. 5-6.

<sup>170</sup> Vgl. MICHAELIS, Rainer, Interview VI 24.07.01, S. 27.

---

genieße. So könne er selbstverantwortlich arbeiten und habe den Freiraum, alle Veranstaltungen, die ihn interessieren, zu besuchen. Zudem werde er mit Räumlichkeiten und finanziellen Mitteln ausreichend versorgt.<sup>171</sup>

Ein anderer positiver Faktor ist, dass ein Teil der Bevölkerung erkannt habe, dass sich etwas im Bezug auf Umwelt und auch auf Lebensqualität ändern muss. Zudem wirke sich die positive Einstellung der Politik, die die LA 21 unterstützt, als erfolgsfördernd aus.<sup>172</sup>

Um die LA 21 zum Erfolg zu führen, müssten die einzelnen Ideen der Bürger in das Gedankengut der Politiker einfließen, dadurch würden die Politiker ein besseres Verständnis für die Bürger und deren Meinungsbild bekommen.<sup>173</sup>

Als Erfolg der LA 21 werde von der Bevölkerung die umgesetzten Projekte gesehen. Daran erkenne die Bevölkerung, dass es Sinn macht sich an der LA 21 zu beteiligen.<sup>174</sup>

### **6.5.2 Wirksamkeit der LA 21**

Bisher konnte der Agenda-Beauftragte Herr Michaelis noch keine Auswirkungen der LA 21 auf die nachhaltige Entwicklung von Groß-Umstadt feststellen. Jedoch wünscht er sich diese Auswirkung, und mit diesem Wunsch stehe er nicht alleine. Von daher hat er gute Hoffnungen, dass die LA 21 Erfolg bringen werde. Allerdings sagt Herr Michaelis auch, dass sich die Politik nicht völlig an das Agenda-Papier halten könne. Aber die ersten Auswirkungen würden erst in ungefähr fünf Jahren feststellbar sein.<sup>175</sup>

Für Herrn Kroll des AKs „Wirtschaft“ stellt das KHP ein geeignetes Instrument dar, um etwas in Groß-Umstadt zu bewegen, vor allem, da dieses auch immer weiter aktualisiert werde.<sup>176</sup>

### **6.5.3 Zukunftsvorstellungen für Groß-Umstadt**

Herr Michaelis erhofft sich, dass durch die LA 21 die Perspektiven und Lebenseinstellungen von Kindern und Jugendlichen, aber auch von alten Menschen, Frauen und weiteren sozialen Gruppen durch die Agenda 21 positiv modifiziert werden können

---

<sup>171</sup> Vgl. MICHAELIS, Rainer, Interview VI 24.07.01, S. 36.

<sup>172</sup> Vgl. KROLL, Helmut, Interview VIII 17.08.01, S. 7.

<sup>173</sup> Vgl. PETERMANN, Andrea IX 14.08.01, S. 5.

<sup>174</sup> Vgl. FLÖTER, Christian, Interview X 28.07.01, S. 5.

<sup>175</sup> Vgl. MICHAELIS, Rainer, Interview VI 24.07.01, S. 32.

<sup>176</sup> Vgl. KROLL, Helmut, Interview VIII 17.08.01, S. 9.

---

(z.B. im Hinblick auf Ausbildungsplätze, angenehme Ruheorte im Alter, angstfreie Räume). Entscheidend ist für ihn, dass die Standards der Lebensqualität verbessert werden.<sup>177</sup>

Hauptziel von Herrn Flöter, Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen, ist die Frage nach der demokratischen Belebung und wie sich die Einwohner in ihr Gemeinwesen erfolgreich einbringen können. Sein Wunsch ist, dass sich die Menschen in Groß-Umstadt wohlfühlen, gerne dort wohnen, kulturelle und soziale Beziehungen haben, und dass sie ihre Bedürfnisse in der Stadt entsprechend befriedigen können. Zudem möchte er die Verkehrsprobleme minimieren, indem die Leute wieder mehr zu Fuß gehen oder öffentliche Verkehrsmittel benutzen.<sup>178</sup>

Zukunftsvorstellungen von Herrn Petermann, Mitglied der CDU, sind, dass Groß-Umstadt seinen ländlichen Charakter beibehält. Um das zu erreichen müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden.<sup>179</sup>

#### **6.5.4 Verbindung von Ökonomie, Ökologie und Sozialem**

Seit Mitte August gibt es einen AK „Wirtschaft“ in Groß-Umstadt. Bereits jetzt existieren einige Betriebe, die auf nachhaltige Entwicklung achten. Die Gründe dafür sind zum einen wegen des Umweltschutzgedankens und zum anderen wegen der Kostensparnis. Aber auch der Bereich Soziales soll einen Stellenwert in diesem AK bekommen. So ist eines der Ziele das Sicherstellen von Arbeitsplätzen.<sup>180</sup>

#### **6.5.5 Politische Einstellungen**

Gegen die Erstellung der LA 21 hatten die Bürgerliche Vereinigung (BVG) und die CDU gestimmt. Die Begründung der CDU ist nach wie vor der hohe Personalkostenaufwand, der zeitlich nicht geklärt ist. Dies betrifft vor allem die Personalstelle von Herrn Michaelis. Zudem werden auch weitere finanzielle Mittel in unbekannter Höhe an die LA gebunden. Wäre dieser Prozess für eine begrenzte Zeit von zwei Jahren gewesen, hätte die CDU sich eher damit einverstanden erklären können, da sie die Inhalte der LA 21 für sinnvoll hält.<sup>181</sup> Allerdings ist dazu anzumerken, dass eine zukunftsbeständige Ent-

---

<sup>177</sup> Vgl. MICHAELIS, Rainer, Interview VI 24.07.01, S. 33.

<sup>178</sup> Vgl. FLÖTER, Christian, Interview X 28.07.01, S. 8.

<sup>179</sup> Vgl. PETERMANN, Andreas, Interview IX 14.08.01, S. 6-7.

<sup>180</sup> Vgl. KROLL, Helmut, Interview VIII 17.08.01, S. 3.

<sup>181</sup> Vgl. PETERMANN, Andreas, Interview IX 14.08.01, S. 1.

---

wicklung nicht innerhalb von zwei Jahren erreicht werden kann. Eine wirklich nachhaltige Entwicklung ist ein zeitlich unbegrenzter Prozess.

Bündnis 90/Die Grünen haben das Thema LA 21 bei der vorletzten Kommunalwahl 1997 mit in ihr Programm aufgenommen, da das Prinzip der Nachhaltigkeit ihren partei-politischen Leitzielen entspricht. Nach der Wahl und in Kooperation mit der SPD wurde der Antrag für Einführung einer LA 21 gestellt.<sup>182</sup>

Herr Flöter von Bündnis 90/Die Grünen berichtet, dass der LA 21-Prozess lange Zeit von den ablehnenden Parteien boykottiert worden sei, indem diese sich nicht daran beteiligten und das Ganze als eine Alibi-Veranstaltung der Grünen abgetan hätten. Doch inzwischen würden die ablehnenden Parteien erkennen, dass die LA 21 auf ein großes Interesse der Bürger stöße und sich sie von daher auch nicht mehr verweigern könnten.<sup>183</sup>

Laut Herrn Petermann von der CDU sind die Inhalte der LA 21 zu 80 % nicht neu für einen langjährigen Kommunalpolitiker. Des Weiteren seien viele allgemeingültigen Aussagen enthalten, denen man nicht widersprechen könne (wie z.B. die Reinhaltung der Luft). Es sind aber auch Aspekte beinhaltet, die auf der kommunalen Ebene nicht zu lösen sind, sondern für welche die Landes- oder Bundesregierung zuständig sind. Ein Beispiel dafür sei das Projekt des AKs „Lebensqualität“, der ein Bonus-Hilfesystem vorgeschlagen hat, mit welchem man durch private Betreuungsarbeiten und Pflege Ansprüche auf die eigene Versorgung im Alter erwerben könne. Dies greife jedoch stark in die Pflegeversicherung ein.<sup>184</sup> Aber im großen und ganzen sind die Vorschläge der AKs für die CDU akzeptabel, vor allem was den Bereich der Siedlungspolitik betrifft.<sup>185</sup>

Nach Meinung von Herrn Kroll, Mitglied des Wirtschafts-AKs, werde die Agenda von der Politik ganz deutlich unterstützt. So sei vom Bürgermeister das Agenda-Büro in seiner Verwaltung eingerichtet worden und auch Gelder für anfallende Material- und Verwaltungskosten würden übernommen.<sup>186</sup>

---

<sup>182</sup> Vgl. FLÖTER, Christian, Interview X 28.07.01, S. 1.

<sup>183</sup> Vgl. FLÖTER, Christian, Interview X 28.07.01, S. 4-5.

<sup>184</sup> Vgl. PETERMANN, Andreas, Interview IX 14.08.01, S. 1-2.

<sup>185</sup> Vgl. PETERMANN, Andreas, Interview IX 14.08.01, S. 3.

<sup>186</sup> Vgl. KROLL, Helmut, Interview VIII 17.08.01, S. 5 & 9.

---

## **6.6 Zusammenhang zwischen der Groß-Umstädter LA 21 und der Sozialen Arbeit**

Bei der Groß-Umstädter LA 21 ist ein erster Einfluss auf die Soziale Arbeit zu erkennen, indem ein Sozialarbeiter für die stadtteilbezogene Jugendarbeit eingestellt worden ist. Es gab zwar seit längerem das Vorhaben eine zweite Stelle im Jugendbereich zu schaffen. Realisiert wurde dieses Vorhaben jedoch erst, als während des LA 21-Prozesses der Wunsch aus der Bevölkerung danach größer wurde.

Dieser Sozialarbeiter hat nun die Möglichkeit, die Leitbilder und Ziele des AKs „Kinder und Jugendliche“ umzusetzen. So kann er die Selbständigkeit und Toleranz der Kinder und Jugendlichen fördern und sie auch dazu befähigen, soziales Verhalten zu erlernen. Maßnahmen dazu sind u.a. Rollenspiele, in denen Problemsituationen durchgespielt werden, Stärkung des Schüleraustauschs mit anderen Ländern und die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter.<sup>187</sup> Zwar wird der Sozialarbeiter nicht alle Kinder und Jugendlichen aus Groß-Umstadt erreichen (sei es aus zeitlichen oder konzeptionellen Gründen). Aber bei jedem Kind oder Jugendlichen, der gelernt hat, sich mit sich selbst und dem anderen auf konstruktiver Weise auseinander zu setzen, war der Pädagoge bereits erfolgreich.

Die Zukunftsvorstellungen von Herrn Michaelis, dem Agenda-Beauftragten, können ebenfalls Auswirkungen auf die Soziale Arbeit haben. So wünscht er sich, dass die Perspektiven und Lebenseinstellungen von allen Bevölkerungsgruppen durch die LA 21 positiv modifiziert werden. Hier könnte die Soziale Arbeit einen Beitrag leisten, indem sie ins Gespräch mit den Einwohnern kommt und versucht herauszufinden, was die Bürger sich für ihre Zukunft wünschen. Gemeinsam mit den Einwohnern können dann Maßnahmen erarbeitet werden, um diese Wünsche zu realisieren. Doch aus welchem Grund sollte die Soziale Arbeit diesen Auftrag übernehmen? Da Sozialpädagogen/-arbeiter durch ihre tägliche Arbeit mit unterschiedlichen Menschen in Kontakt kommen und erfahren, welche Wünsche und Bedürfnisse ihr Klientel hat, wäre es sinnvoll, diese Erfahrungen in den LA 21-Prozess einfließen zu lassen. Auch könnten hier die Sozialpädagogen/-arbeiter durch ihr positives Vorbild den sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Nachhaltigkeitsgedanken den Bürgern vermitteln.

---

<sup>187</sup> Vgl. GROß-UMSTADT 2001, S.43-46.

---

## 6.7 Zusammenfassung des Kapitels

Ein wichtiger Punkt, der von allen angesprochen wird, ist der Erhalt von Groß-Umstadt in seiner jetzigen Konstitution. Es soll verhindert werden, dass die Stadt sich noch weiter ausdehnt. Die Angst von vielen Einwohnern ist, dass noch ein eigener Stadtteil entsteht, der zu Groß-Umstadt keinen Bezug hat. Meiner Meinung nach ist dies auch das Hauptmotiv für die Erstellung einer LA 21 in Groß-Umstadt gewesen: die Steigerung und Sicherung der Lebensqualität, aber nicht auf Kosten des Images einer gemütlichen, historischen Weinstadt, das Groß-Umstadt besitzt. Durch die Einigkeit aller Akteure (Politiker, Verwaltung, Bürger) in diesem Punkt hatte die LA 21 gute Ausgangsbedingungen. Zudem hat sie die volle Unterstützung des Bürgermeisters, der, wenn auch nicht selbst aktiv, den Akteuren einen großen Spielraum lässt, und auch die Förderung kleinerer Projekte schnell und unbürokratisch durch einen Extra-Agenda-Topf unterstützt.

Dass der LA 21-Prozess in Groß-Umstadt so gut läuft, liegt sicherlich mit daran, dass es eine gute Vorbereitung gab und die Menschen direkt dort angesprochen wurden, wo sie leben, nämlich in den einzelnen Stadtteilen. Durch diesen persönlichen Bezug fiel es ihnen vielleicht leichter, sich im Rahmen der LA 21 zu engagieren.

Auch die ersten positiven Auswirkungen sind schon zu erkennen. Für viele hat sich die Beziehung zwischen der Verwaltung und den Bürgern spürbar verändert, vor allem weil ein Teil der Verwaltung der LA 21 offen gegenübersteht. Somit hat ein beidseitiger Lernprozess für beide Gruppen stattgefunden, obwohl die Verwaltung als aktive Beteiligte nicht teilnimmt.

Dass sich die Politik aus dem LA 21-Prozess heraushält, hatte ambivalente Konsequenzen. Auf der einen Seite konnten die Akteure ihre Vorschläge, Ideen einbringen, ohne Angst vor Zensur zu haben, aber dafür leben sie mit der Befürchtung, dass ihre ganze Arbeit vielleicht umsonst war, wenn es bei der Abstimmung zur Umsetzung keine Mehrheit für den Beschluss gibt. Der Politik geht durch ihre Nicht-Teilnahme am LA 21-Prozess der Bezug zu ihren Bürgern verloren, da sie nicht unmittelbar an der Sammlung von Ideen und dem gemeinsamen Finden von Entscheidungen beteiligt ist. Auch werden dann aus Unwissenheit Projekte entwickelt, die auf kommunaler Ebene nicht zu verwirklichen sind.

---

Dafür ist es in Groß-Umstadt gelungen, Frauen und Jugendliche in den LA 21-Prozess zu integrieren. Für die Jugendlichen gab es sogar schon ein erfolgreiches Zwischenergebnis, so wurde u.a. aufgrund der LA 21 ein zweiter Jugendpfleger eingestellt, der nur für die Stadtteiljugendarbeit zuständig ist. Dieser kann nun die Ziele des AKs „Kinder und Jugendliche“ umsetzen.

Bei der Zusammensetzung der Akteure ist zu erkennen, dass ein wirtschaftlicher Schwerpunkt von Groß-Umstadt in der Landwirtschaft und im Weinbau liegt, da sich viele Landwirte und Weinbauern beteiligen. Zudem sind noch Frauen, Kinder, Jugendliche, der Gewerbeverein, Vereine, Kirchen und Umweltverbände dabei. Da oft Fachexperten in den AKs fehlen, gibt es in Groß-Umstadt die Möglichkeit, die benötigten Experten bei Bedarf anzufordern, damit die Mitglieder eines AK die theoretischen Hintergründen und fachspezifischen Fragen eines Themas, mit dem sie sich auseinandersetzen, besser verstehen können.

Förderlich ist zudem, dass sowohl für die „Theoretiker“ als auch für die „Praktiker“ Partizipationsmöglichkeiten im LA 21-Prozess vorhanden sind. Problematisch könnte es nach meiner Ansicht werden, wenn in Zukunft die Projekte nicht mehr von den Bürgern selbst geleitet werden, sondern von den entsprechenden Verantwortlichen in den Ämtern. Denn von den Bürgern wird verlangt, dass sie sich einbringen, Ideen entwickeln und auch bei der Umsetzung behilflich sind, aber die Verantwortung für „ihre Projekte“ wird ihnen entzogen. Sicherlich ist es ein höherer Verwaltungsaufwand, die Beteiligten rechtlich so abzusichern, dass bei einem Unfall die Stadt nicht in Regress genommen werden kann. Dafür spürt der Bürger aber auch, dass ihm Vertrauen entgegengebracht wird, und er bringt sich mit Motivation in den LA 21-Prozess ein.

Ein weiterer Vorteil in Groß-Umstadt ist, dass die Pressearbeit hier gut läuft, so dass die Einwohner über die Arbeit der einzelnen AKs auf dem Laufenden gehalten werden. Zudem fand auch eine Umfrage zu dem vorletzten KHP-Entwurf statt, bei dem die Bevölkerung aufgerufen wurde ihre Anmerkungen zu machen. In dem jetzigen Entwurf ist eine Befragung zur Gewerbeansiedlung enthalten. Durch diese Umfragen wird der Bezug zu den Bürgern gewahrt und es können auch Verbesserungsvorschläge von Nicht-Beteiligten mitaufgenommen werden. Als neue Öffentlichkeitsaktion ist auch die von Frau Neufeld entworfene Projektbroschüre zu werten. In dieser Projektbroschüre sind die entwickelten Projekte kurz schriftlich und grafisch in Form einer Postkarte dargestellt.

---

## **7 Vergleich der LA 21-Prozesse von Darmstadt & Groß-Umstadt**

Um die LA 21-Prozesse der Städte Darmstadt und Groß-Umstadt zu vergleichen, wird das von Adrienne Windhoff-Héritier erstellte Kategorisierungssystem, das im Kapitel 4 „Theoretische Einordnung der LA 21“ beschrieben wurde, verwendet. Es findet allerdings keine Bewertung der LA 21-Prozesse, welcher nun besser verläuft, statt. Das wäre falsch, denn das Ziel der LA 21 ist, eine Bewusstseins- und Verhaltensänderung der Bevölkerung in Richtung einer zukunftsbeständigen Entwicklung zu erreichen. Dieses Ziel sollen die Kommunen gemeinsam und ohne Leistungsdruck zuwege bringen.

### **7.1 Vergleich der beiden Städte nach dem Klassifizierungssystem von Adrienne Windhoff-Héritier**

Die LA 21-Prozesse von Groß-Umstadt und Darmstadt werden nachfolgend in die Nominalkategorie eingeordnet. Anschließend werden die Wirkungen und Steuerungsprinzipien, die bei beiden LA 21-Prozessen mit einhergehen, dargestellt, sowie die Einordnung beider LA 21-Prozesse nach ihrer Beschaffenheit.

#### **7.1.1 Einordnung in die Nominalkategorie**

Deutlich ist, dass die LA 21 beider Städte in den Politikbereich der Kommunalpolitik einzugliedern sind. Da die konzipierten Projekte die Bereiche betreffen, für welche die Stadt die Verantwortung trägt (z.B. Schulsanierung). Auch ging in beiden Fällen die Initiative zur Erstellung der LA 21 von der Kommunalpolitik (Bündnis 90/ Die Grünen und SPD) aus.

#### **7.1.2 Einordnung nach Wirkungen**

Sowohl in Darmstadt als auch in Groß-Umstadt gehört die LA 21 zur distributiven Policy, da für die Erstellung der LA 21 oder die Umsetzung der Projekte keine Kosten auf eine Gruppe zukommen. Ebenso fehlt der staatliche bzw. landespolitische Zwang, da die Erstellung eines Agenda-Dokuments auf freiwilliger Basis abläuft. Angesprochen wurden bei der Konzeption der LA 21 alle Bürger, sowie Verbände der Wirtschaft und des Umweltschutzes, die Verwaltung, Politiker und die Presse. Es wurde daher keine Gruppe von dem Prozess ausgeschlossen. Jeder, der Interesse hatte, konnte/kann sich beteiligen. Wichtig ist hier das Prinzip der Nachhaltigkeit umzusetzen und so auch auf Ressourcenschonung zu achten. Dies geschieht z.B. in Darmstadt indem alternati-

---

ve Energie (HEAG natur pur) genutzt wird während in Groß-Umstadt ein Verbot für die Nutzung von Tropenholz besteht.

### **7.1.3 Unterscheidung nach den Steuerungsprinzipien**

Steuerungsprinzipien, die bei der Darmstädter und Groß-Umstädter LA 21 eine Rolle spielen, sind zum einen das Steuerungsprinzip „Überzeugung/Information/Aufklärung“. So fanden in Darmstadt bisher drei Bürgerforen statt, auf denen die Einwohner über die LA 21 informiert wurden, was sie beinhaltet und wie der fortlaufende Stand ihrer Umsetzung ist. Dabei sollte interessierten Bürgern auch die Möglichkeit gegeben werden, sich in den Prozess mit einzubringen oder sich einfach nur zu informieren. Dies geht auch über die Internet-Homepage: <http://www.agenda21.darmstadt.de>. Dort ist auch die Kontaktadresse von Frau Sommer angegeben.

Dagegen wurden die Einwohner in Groß-Umstadt über die LA 21 in ihren Stadtteilen informiert und zum Mitarbeiten aufgefordert, indem sie sagen konnten, was ihnen an ihrem Wohnort gefällt und welche Dinge verbessert werden könnten. Dabei wurde interessierten Bürgern wie in Darmstadt die Gelegenheit gegeben, sich in den Prozess mit einzubringen oder sich zu informieren, was die LA 21 überhaupt darstellt. Ein weiteres Aufklärungs- bzw. Informationsmedium ist die Möglichkeit sich über die Groß-Umstädter LA 21 im Internet zu informieren. Die Internetadresse lautet:

[http://www.gross-umstadt.de/forum/lokale\\_agenda/la21\\_konsultation.htm](http://www.gross-umstadt.de/forum/lokale_agenda/la21_konsultation.htm)

Dort ist auch die Kontaktadresse von Herrn Michaelis, dem Agenda-Beauftragten, zu finden.

Wenn man sich nun die Anzahl der Akteure beider Städte anschaut, wird deutlich, dass sich in Groß-Umstadt gemessen an der Bevölkerungszahl mehr Bürger beteiligen. Als Erklärung dient dafür wahrscheinlich die Methode, mit der die LA 21 in Groß-Umstadt gestartet wurde. So wurden die Bürger zuerst in den Stadtteilen angesprochen, da sie sich mit diesem mehr identifizieren als mit der Kernstadt.

Das Steuerungsprinzip „Angebot“ ist ebenfalls in beiden Städten vorhanden. Die Agenda-Büros mit Frau Sommer als Ansprechpartnerin der Stadt Darmstadt und Herrn Michaelis als Kontaktperson von Groß-Umstadt kann als ein „Angebot“ der jeweiligen Stadt an ihre Bevölkerung gewertet werden.

Beide Städte bekamen durch das RKW Hessen e.V. Fördergelder für die externe Moderation und Beratung, um ihre LA 21 auf den Weg zu bringen. Zusätzlich bietet das RKW Hessen e.V. auch regelmäßige Agenda-Treffen zum Erfahrungsaustausch an.

---

Sicherlich hat zur Erstellung der Darmstädter sowie der Groß-Umstädter LA 21 auch das Steuerungsprinzip „Anreiz“ beigetragen, wenn es auch nicht ausschlaggebend war. So hatte Darmstadt Fördergelder für die Erstellung der LA 21 in Höhe von 100.000 DM und Groß-Umstadt einen Betrag von 50.000 DM erhalten. Für die Akteure beider Städte ist der „Anreiz“ für ihre Partizipation nicht unbedingt in finanzieller Hinsicht gegeben, sondern sie haben die Möglichkeit, Projekte, die ihnen am Herzen liegen, mit Hilfe der LA 21 umzusetzen und dafür Gelder und fachliche Unterstützung zu erhalten. So hat sich z.B. in Darmstadt der Weltladen auch schon früher für den „Fairen Handel“ eingesetzt. Durch die LA 21 ist es ihm gelungen, sein Thema weiter in die Öffentlichkeit zu tragen und noch Mitstreiter zu finden. Auch in Groß-Umstadt haben sich einige Beteiligte des AKs „Frauen“ auch schon vor der LA 21 für Frauenbelange eingesetzt. Die LA 21 stellt nun für sie ein neues Hilfsmittel dar, um ihre Interessen publik zu machen und umzusetzen.

Durch das Steuerungsprinzip „Vorbild“ versuchen Darmstadt und Groß-Umstadt, das Verhalten ihrer Bürger positiv zu beeinflussen, indem sie die städtischen Einrichtungen nach den Leitlinien der Nachhaltigkeit (umweltfreundlich, ressourcenschonend, etc.) sanieren. Durch die Benutzung dieser Einrichtungen wird der Bürger oft unbewusst mit diesem Nachhaltigkeitsprinzip konfrontiert und er wird unter Umständen auf diese Weise sein Verhalten verändern.

#### **7.1.4 Einordnung nach Beschaffenheit**

Für Darmstadt und Groß-Umstadt kann festgestellt werden, dass es sich bei der LA 21 um immaterielle Leistungen handelt. So gibt es Moderatoren für die Leitung der AGs und der AKs. Diese Moderatoren tragen zur Konfliktlösung, zu Zieldefinitionen etc. bei. Auch die Projekte selbst sind immaterielle Leistungen, da keine Einzelperson eine finanzielle Zuwendung erhält. Stattdessen handelt es sich um eine soziale Dienstleistung.

Materielle Leistungen werden Darmstadt und Groß-Umstadt von dem Land Hessen in Form von Fördergeldern gegeben.

---

## 7.2 Die LA 21-Prozesse und ihre Akteure

Die Zusammensetzung der Akteure an den LA 21-Prozessen beider Städte ist verschieden. So beteiligen sich am Darmstädter LA 21-Prozess Repräsentanten aus der Wirtschaft (z.B. der Firma Merck), von Umweltschutzverbänden (z.B. B.U.N.D.), der Verwaltung und Kommunalpolitiker. Aber auch soziale Gruppen (Kindertagesstätten) und auch einzelne Bürger sind vertreten. Dies hört sich zunächst einmal positiv an, dass so viele verschiedene Interessenvertreter sich an der LA 21 beteiligen. Aber wie sieht es mit der Realität aus? Wenn man bedenkt, dass es 14 TGs gibt, so müsste in jeder TG mindestens ein Repräsentant aus jedem Bereich anwesend sein. Doch dies ist nicht der Fall. Ein Blick auf die TG „Menschen und Soziales“ verdeutlicht dies. So beklagt sich Herr Schneeweis über das mangelnde Interesse der Politiker und die oft nicht nachzuvollziehenden Entscheidungen der Verwaltung. Das bedeutet, dass in seiner TG von diesen beiden Gruppen keiner teilnimmt. Somit fehlt hier sowohl die exekutive Institution (Verwaltung) als auch die legislative Instanz (Kommunalpolitiker). Betrachtet man die geführten Interviews mit Mitgliedern der Parteien CDU und Bündnis 90/Die Grünen wird auch schnell deutlich, aus welchem Grund kein Politiker in der TG ist. So engagieren sich bei Bündnis 90/ Die Grünen insgesamt fünf Personen (eingeschlossen der Stadträtin Frau Wagner, der das Agenda-Büro untersteht) mit Tendenz nach unten. Von der CDU engagieren sich auch nur einige. Eine genaue Zahl wurde da nicht genannt. Bis zur letzten Kommunalwahl im März 2001 war außer den zwei genannten Parteien nur noch die SPD mit im Stadtparlament vertreten.

Bei der Groß-Umstädter LA 21 beteiligen sich Frauen, Kinder, Jugendliche, Landwirte, Weinbauern, Gewerbeverein, Vereine, Kirchen und Umweltverbände. Aber auch die Presse („Odenwälder Bote“) spielt eine bedeutende Rolle, dadurch dass der Odenwälder Bote jeden Freitag Nachrichten aus dem Rathaus veröffentlicht. Doch es fehlen auch einige Gruppen, wie die Gewerkschaften, Handelskammern, Politik und Verwaltung. Ebenso wie in Darmstadt nimmt die legislative und exekutive Instanz, die für die Beschlussfassung und Umsetzung verantwortlich sind, nur in sehr geringen Maße teil. Im Gegensatz zu Darmstadt ist es Groß-Umstadt gelungen, Jugendliche und Frauen in den LA 21-Prozess zu integrieren. Wie wichtig diese Beteiligung ist, macht eine Äußerung von Frau Neufeld des AKs „Frauen“ deutlich, als sie sagt, dass viele Personen aus anderen AKs nicht verstanden haben, aus welchem Grund Frauen eine andere Sicht bezüglich Stadtplanung haben. Diese Sicht von Frauen und Jugendlichen würde bei einer Nichtteilnahme nur ungenügend beachtet werden.

---

Bei der LA 21 in Darmstadt ist der Vorteil, dass Experten in den AGs beteiligt sind. Diese können von vornherein sagen, ob und wie Projekte umgesetzt werden. In Groß-Umstadt müssen Fachkräfte in die einzelnen AKs erst dazu geholt werden. Da dies auch eine Kostenfrage ist, kann eine Expertenberatung dann auch nur punktuell geschehen und nicht bei jedem AK-Treffen.

### **7.3 Die Entscheidungsprozesse der Darmstädter & Groß-Umstädter LA 21**

Zur Einordnung der LA 21 in die Politikarena lässt sich feststellen, dass bei der LA 21 sowohl in Darmstadt als auch in Groß-Umstadt materielle Leistungen vermittelt werden, um bestimmte Aktivitäten zu steigern. So gibt es Fördermittel von der Landesebene für die Erstellung der LA 21. Aber auch immaterielle Leistungen sind vorhanden, da den Akteuren die Möglichkeit gegeben wird, ihr Anliegen mit Unterstützung der Stadt voranzubringen (z.B. Fairer Handel). Ebenso wird der sozial-regulative Aspekt bei beiden Städten beachtet, denn es wird versucht, eine Verhaltens- und Bewusstseinsänderung der Einwohner zu erreichen. Die Bürger sollen nämlich bei all ihren Handlungen und Verhaltensweisen nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit leben.

Des Weiteren wird deutlich, dass in Darmstadt alle Parteien mit dem Stadtverordnetenbeschluss für die Erstellung der LA 21 einverstanden waren, denn das Ziel ist für alle gleichbedeutend. Außerdem handelt es sich dabei um eine langfristige Angelegenheit. Doch wenn es nun zur Umsetzung der Projekte kommt, wird es schwieriger. Dies hängt zum einen mit den finanziellen Ausgaben zusammen und zum anderen mit der Gewichtung der Projekte. So hat für jede Partei ein anderes Projekt Priorität und mit einigen kann aus parteipolitischen Überlegungen nicht übereingestimmt werden. (s. Verbot von Neubauf Flächen).

Für Groß-Umstadt wird offensichtlich, dass die Erstellungsgründe der LA 21 für alle Akteure identisch sind. Diese sind die Erhaltung der Stadt Groß-Umstadt mit ihrem jetzigen Image „einer gemütlichen, historischen Weinstadt“, sowie die Verbesserung der Lebensqualität.

Ein Vorteil in Groß-Umstadt ist, dass dort die LA 21 vom Bürgermeister stark unterstützt wird. Anhand der schnellen Umsetzung der Projekte und des Extra-Agenda-Topfes wird dies deutlich. In Darmstadt hat der Oberbürgermeister die LA 21 noch nicht zur Chefsache erklärt. Dies ist sicherlich mit ein Grund, warum Maßnahmen meistens sehr langsam umgesetzt werden.

---

#### **7.4 Zusammenfassung des Kapitels**

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die praktische Umsetzung der LA 21-Prozesse von Groß-Umstadt und Darmstadt mit der theoretischen Einordnung der LA 21 (s. Kapitel 4) identisch ist.

Es gibt in beiden Städte förderliche aber auch hemmende Aspekte, die bei der Verwirklichung der LA 21 eine Rolle spielen. Beide Städte haben Maßnahmen und Ziele für eine zukunftsbeständige Entwicklung ihrer Stadt konzipiert. Ob und in welchem Maße die LA 21 tatsächlich zur zukunftsbeständigen Entwicklung von Darmstadt und Groß-Umstadt beiträgt, wird sich erst in ein paar Jahren zeigen.

Nachdem nun der LA 21-Prozess anhand von zwei Fallbeispielen veranschaulicht wurde, beschäftigt sich der nächste Teil mit den Auswirkungen der LA 21 auf den Beruf der Sozialpädagogik/ -arbeit. Es soll unter anderem geklärt werden, ob und welche Rolle die LA 21 für die Soziale Arbeit spielt.

---

## **Teil III**

Vorhergehend wurden die theoretischen Aspekte der LA 21 (Teil I) mit Hilfe zweier praktischer Fallbeispiele (Teil II) veranschaulicht. Hier soll noch einmal tiefergehend der Bezug der LA 21 zur Sozialen Arbeit hergestellt werden. Dabei handelt es sich fast ausschließlich um meine Überlegungen (außer der Projektbeschreibung „Soziale Stadt“ von Monika Alisch), da sich zu diesem Thema keine Literatur finden ließ. Anschließend werden die Erkenntnisse der vorliegenden Diplomarbeit kurz zusammengefasst dargestellt.

## **8 Auswirkungen der LA 21 auf die Soziale Arbeit**

In diesem Kapitel wird der Frage nachgegangen, welche Auswirkungen die LA 21 auf die Soziale Arbeit hat, insbesondere im Kinder- und Jugendbereich, aber auch in der Arbeit mit Erwachsenen und im Gemeinwesen.

Halten wir uns zunächst noch einmal vor Augen, was die LA 21 eigentlich darstellt:

Die LA 21 ist ein kommunales Handlungsprogramm, das sich auf den Problem- und Kompetenzbereich einer lokalen Verwaltungseinheit bezieht und dabei versucht, die Zielsetzungen der Agenda 21 umzusetzen.<sup>188</sup>

Bei der Betrachtung der Zielsetzungen der Agenda 21 fällt auf, dass dort einige soziale Themen angesprochen werden wie

- Kapitel 3 – Armutsbekämpfung,
- Kapitel 6 – Veränderung der Konsumgewohnheiten,
- Kapitel 7 – Förderung einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung unter besonderer Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte,

---

<sup>188</sup> Vgl. HESSISCHES MINISTERIUM für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit 1997, S. 46.

- 
- Kapitel 8 – Integration von Umwelt- und Entwicklungszielen in die Entscheidungsfindung,
  - Kapitel 24 – Globaler Aktionsplan für Frauen zur Erzielung einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung,
  - Kapitel 25 – Kinder und Jugendliche und nachhaltige Entwicklung und
  - Kapitel 36 – Förderung der Schulbildung, des öffentlichen Bewusstseins und der beruflichen Aus- und Fortbildung unter besonderer Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte.

Einige der angesprochenen Themen fallen in den Zuständigkeitsbereich von Sozialpädagogen, denn sie sind es, die im kommunalen sozialen Bereich (z.B.: in der Jugendpflege, im Allgemeinen Sozialen Dienst) tätig sind, und dort versuchen, präventiv zu arbeiten und Probleme zu verhindern bzw. Lösungsmöglichkeiten zu finden. Von daher ist es unbedingt erforderlich, angehenden oder auch im Beruf stehenden Sozialpädagogen/-arbeitern die Prinzipien der Nachhaltigkeit näher zu bringen, da sie es sind, die mit Menschen direkt arbeiten. Sie könnten durch ihr nachhaltig-orientiertes Verhalten eine Vorbildfunktion einnehmen und so eine Verhaltens- und Bewusstseinsänderung bei ihrem Klientel bewirken. Schon in der Kindertagesstätte könnte den Kindern der nachhaltige Umgang mit Materialien/Ressourcen beigebracht werden. Dies könnte in Form von Ernährungslehre, aber auch durch energiesparende Verhaltensweisen (z.B. Ausstellen der Heizung beim Lüften) oder ökologische und soziale Projekte (z.B. Kennen lernen der Sitten und Gebräuche der einzelnen Kindern in der Gruppe) geschehen. Wenn die Kinder älter werden, die Schule und Jugendzentren besuchen, ist es wichtig, sie weiter in diesem Bereich zu sensibilisieren. Dazu können die Schulsozialarbeit, Projekte im Unterricht und Jugendzentren sowie vorbildliches Verhalten dieser Institutionen beitragen. So kann z.B. gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen erarbeitet werden, aus welchem Grund es sinnvoll ist, sparsam mit Ressourcen umzugehen. Außerdem kann mit ihnen über unsere sozialen Grundwerte diskutiert und überlegt werden, wie diese positiv modifiziert werden können. Dies setzt voraus, dass Sozialpädagogen/-arbeiter ihre eigenen Einstellungen und Werte reflektieren. Sozialpädagogen/-arbeiter müssen anderen Kulturen offen gegenüber stehen und eine ressourcenschonende Lebensweise bejahen, um den Kindern Akzeptanz gegenüber anderen Menschen, Tieren und der Natur zu vermitteln. Sie besitzen somit eine Vorbildfunktion.

Elementar ist es auch, die Gründe für eine ressourcenschonende Lebensweise zu verbalisieren, um den heranwachsenden Kindern deutlich zu machen, welche negativen Auswirkungen unsere jetzige Lebensweise hat. Sie müssen diese Erkenntnisse nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch erfahren, um sie wirklich zu verinnerlichen.

---

Kinder sind die Erwachsenen von morgen. Sie sind die zukünftigen Arbeiter, Manager, Künstler, Handwerker, Ärzte, Lehrer, Mütter und Väter. Und sie sind diejenigen, die mit den negativen Auswirkungen unseres Verhaltens leben müssen. (z.B. verbrauchte Bodenschätze) Wenn es gelingt, bei Kindern und Jugendlichen eine Bewusstseinsänderung zu bewirken, könnte es gelingen im Einklang mit der Natur, den Menschen, Tieren und der Wirtschaft zu leben. Zunächst kommt bei diesem Gedanken die Frage auf, was es jetzt bringt, Kinder für eine zukunftsbeständige Entwicklung zu sensibilisieren, denn bis sie erwachsen sind, vergehen 10 bis 15 Jahre. Aber dabei darf nicht vergessen werden, dass Kinder bereits einen gewissen Einfluss in ihren Familien haben, wenn es z.B. um die Anschaffung neuer Haushaltsgeräte oder auch den Kauf von Lebensmitteln geht. Zudem ist die LA 21 langfristig angelegt, d.h. solange die Erde existiert, hat das Nachhaltigkeitsprinzip höchste Priorität.

Zu dem Prinzip der Nachhaltigkeit gehören die drei Bereiche Ökonomie, Ökologie und Soziales. Soziales ist der Sektor, in dem der Großteil der Sozialpädagogen/ -arbeiter anzutreffen ist. Wenn Sozialpädagogen/ -arbeiter Projekte anbieten, dürfen sie den ökonomischen und ökologischen Aspekt nicht aus den Augen verlieren, sondern müssen sich fragen, welche Auswirkungen ihr Handeln auf diese Bereiche hat. Denn Ökonomie, Ökologie, Soziales und Kultur stellen die Grundlagen des menschlichen Daseins dar. Wenn ein Sektor keine oder zu wenig Beachtung findet, werden die anderen früher oder später ebenfalls zugrunde gehen.

Ein Beispiel dafür sind die Entwicklungsländer. Weil es ihnen wirtschaftlich nicht sehr gut geht, holzen sie den Regenwald ab, um den Boden für Feldanbau zu verwenden und das Holz zu verkaufen, ohne sich Gedanken über die Auswirkungen auf das Klima und die fortschreitende Verwüstung zu machen. Dies hat also unmittelbaren Einfluss auf den ökologischen Sektor. Aber auch der soziale Bereich ist mitbetroffen. Da diese Staaten kaum über Geld (z.B. aufgrund fehlender Gewerbesteuer) verfügen, haben sie große Schwierigkeiten, ein leistungsfähiges soziales System aufzubauen. So können sich kranke Menschen Medikamente nicht leisten, Sozialhilfe gibt es ebenfalls nicht, auch der Schulbesuch ist für viele Kinder unmöglich. Von daher ist auch der kulturelle Aspekt negativ beeinflusst, denn Schreiben und Lesen sind ein Kulturgut, mit dem sich der Mensch geistig weiterbildet.

Aus diesem Grund ist es wichtig, dass Sozialpädagogen/ -arbeiter, wann immer sie mit Menschen in Kontakt kommen, und das ist aufgrund ihrer Arbeitsfelder täglich, versuchen müssen, das Nachhaltigkeitsprinzip vorzuleben. Dies gilt nicht nur für die Arbeit

---

mit Kindern und Jugendlichen, sondern auch der mit Erwachsenen, denen sie in vielen Aufgabenfeldern ebenfalls begegnen. Sei es in Ämtern, in Behindertenwerkstätten, in Altenheimen, bei Migrationsvereinen, Erwachsenenfortbildungsstätten, etc.. Es ist sicherlich schwieriger, Erwachsenen das Prinzip der Nachhaltigkeit näher zu bringen, wenn sie ihr Leben vorher nach anderen Richtlinien (z.B.: der Gewissheit, dass genügend Ressourcen existieren und man sich nicht einschränken muss) lebten. Doch es ist genauso wichtig, bei ihnen anzusetzen wie bei Kindern und Jugendlichen, denn sie erziehen die nachfolgende Generation und geben dieser ihre Lebenserfahrung, Einstellung, Normen und Werte weiter. Erreicht man demnach eine Bewusstseinsänderung bei den Erwachsenen, schließt sich der Generationenkreislauf lückenlos. Somit ist der Auftrag der Sozialpädagogen/ -arbeiter, als Multiplikator des Nachhaltigkeitsprinzips zur Verfügung zu stehen.

Gerade auch der Aspekt, dass Frauen und Jugendliche gesondert aufgefordert werden, sich zu beteiligen, ist eine Aufgabenstellung für Sozialpädagogen. Es könnte vielleicht gerade für Jugendliche schwierig sein, sich in einer Gruppe, die etwas in ihrer Kommune bewegen möchte, zusammenschließen, da sie in der Regel über wenig Erfahrung bei konzeptioneller Arbeit verfügen und auch die bürokratischen Wege, wie z.B. ein Antrag gestellt wird, nicht kennen. Hier ist die Jugendarbeit gefordert, bei der Moderation und Aufstellung von LA 21-Jugendgruppen mitzuwirken. Das Frauenbüro bzw. die Frauenbeauftragte könnte bei der Konzipierung von Agenda-Frauengruppen mithelfen bzw. als Ansprechpartner zur Verfügung stehen, indem sie z.B. über Umfragen herausfinden, welche Themen die Bürgerinnen interessieren, und die Frauen dann zur Mitarbeit auffordern. Am Beispiel der Themenauswahl des AK „Frauen“ in Groß-Umstadt wird deutlich, dass bei diesem ebenfalls der Bereich der Sozialen Arbeit mitangesprochen wird. Dies betrifft z.B. den Aspekt der Siedlungspolitik. Hier könnte die Soziale Arbeit wertvolle Impulse geben, denn die Sozialpädagogen/ -arbeiter erfahren von Problemen in Stadtteilen, oft schon bevor sie entstehen (z.B. durch die Gemeinwesenarbeit). Ein Beispiel dafür ist das Projekt „Soziale Stadtentwicklung“ der Stadt Hamburg. Ziel dieses Ansatzes ist es, eine nachhaltige, soziale und ökonomische Entwicklung in den Vierteln, in denen sozial und ökonomisch benachteiligte Menschen leben zu entwickeln. Diese zukunftsbeständige Entwicklung geschieht mit Beteiligung der Bevölkerung aus diesen Stadtteilen. Dabei werden die Ressourcen der Einwohner genutzt. Verantwortliche Ansprechpartner sind: Stadtplaner, Soziologen, Sozialpädagogen, -wirte und Kaufleute.<sup>189</sup> An diesem Beispiel ist zu erkennen, dass durch die LA 21 neue Aufgabenfelder für die Soziale Arbeit entstehen. Von daher wäre es wichtig,

---

<sup>189</sup> Vgl. ALISCH, Monika 1998, S. 205 f..

---

dass Sozialpädagogen/ -arbeiter sich mit dem Nachhaltigkeitsprinzip auseinandersetzen und verinnerlichen. So könnten sie in diesen Sektoren beschäftigt werden und die Entwicklung zu einer nachhaltigen, sozialen Stadt gewährleisten.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass bereits während des Studiums der Sozialen Arbeit das Nachhaltigkeitsprinzip bei den Lehrinhalten eine tragende Rolle spielen muss. Dadurch wird der Nachhaltigkeitsgedanke zu einem Arbeitsprinzip, der die zukünftigen Pädagogen später in ihrer täglichen Arbeit ganz selbstverständlich begleitet und sich in ihrem Arbeitsverhalten widerspiegelt.

## **9 Zusammenfassung der Ergebnisse**

Voraussetzung für eine positive nachhaltige, soziale Entwicklung einer Stadt ist, dass die LA 21 von Politik, Verwaltung, Presse und einer breiten Bevölkerungszahl getragen wird. Ist dies nicht der Fall, wird die LA 21 nicht viel bewirken können. In diesem Zusammenhang kommt der Sozialen Arbeit eine wichtige Aufgabe zu, nämlich sich als Multiplikator des Nachhaltigkeitsprinzips zur Verfügung zu stellen.

### **Mögliche Auswirkungen der LA 21 auf das kommunale Leben**

Durch die LA 21 wurde ein Medium geschaffen, um die Bürger für ihre Stadt und deren Probleme (neu) zu interessieren. Gerade durch das Prinzip der Konsensfindung erhalten Bürger, Politiker und Verwaltung die Möglichkeit, die jeweils andere Partei besser zu verstehen. Die „Verwaltung“ ist dann nicht mehr nur ein Amt, sondern sie wird personifiziert. Genauso erfahren Verwaltung und Politiker, welche kommunalen Themen die Bürger interessieren bzw. in welchem Bereich sie Handlungsbedarf sehen.

Anhand der Experteninterviews wird deutlich, dass die LA 21 nur ein Baustein in der zukunftsbeständigen Entwicklung und der Weiterentwicklung der Demokratiekultur einer Stadt darstellen kann. Voraussetzung hierfür ist, dass das gesamte Policy-Netz einer Stadt miteinbezogen wird, um die LA 21 und ihre Anliegen publik zu machen, Ideen, Maßnahmen und Projekte zu entwickeln, diese zu beschließen und auch umzusetzen. Dazu müsste die Bundes- und Landesebene aber ebenfalls mehr beitragen, indem sie durch Öffentlichkeitsarbeit auf die LA 21 aufmerksam macht (besonders durch TV-Werbepots, da dieses Medium von fast jedem Haushalt genutzt wird), denn der Bekanntheitsgrad der Agenda 21 ist nach sieben Jahren (mit 15% in der Bundesrepublik) noch erschreckend niedrig. Aber Bund und Länder müssten auch durch eigenes vorbildliches Verhalten z.B. beim Energieverbrauch (Förderung und Nutzung alter-

---

nativer Energiequellen, Niedrigenergiebauweise, etc.) zeigen, wie wichtig eine zukunftsbeständige Entwicklung ist. Dem Bürger müsste deutlich gemacht werden, dass umweltfreundliche Geräte (z.B. wassersparende Waschmaschine) zwar beim Kauf erst einmal teurer sind, sich dann aber finanziell und ökologisch auszahlen. Jedoch muss man sich bewusst sein, dass es für den sozialschwächeren Bevölkerungsanteil nicht möglich sein wird, sich in allen Aspekten an die Richtlinien einer zukunftsbeständigen Entwicklung zu halten, obwohl er diese vielleicht auch für wichtig ansieht. Da diese Personen nur über ein geringes Einkommen verfügen, müssen sie auf niedrige Konsumkosten achten. Die Qualität der Produkte spielt daher nur eine sekundäre Rolle. So werden sie z.B. nicht auf dem Markt oder beim Metzger einkaufen können, da die Waren dort teurer sind als im Supermarkt, das Gleiche gilt für das Verwenden von alternativen Energiequellen (z.B. Heag natur pur).

Offensichtlich wird, dass es sich bei der LA 21 um einen zeitlich nicht begrenzten Prozess handelt. Hierbei geht es weniger um die Projekte zur Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung, sondern vielmehr um eine Bewusstseinsänderung jedes einzelnen Bürgers. Hier beginnt die Aufgabe der Sozialen Arbeit. Sozialpädagogen/-arbeiter müssen in ihrer täglichen Arbeit mit den Klienten das Nachhaltigkeitsprinzip vorleben. Bei ihrem Umgang mit den Klienten müssen sie diese auch immer wieder bewusst auf die Wichtigkeit einer zukunftsbeständigen Entwicklung aufmerksam machen. Denn, wenn es gelingt, dem Bürger die zukünftigen Auswirkungen seines jetzigen Verhaltens und Handelns deutlich zu machen, ist die Möglichkeit gegeben, dass er darüber anfängt nachzudenken, was er selber zu einer nachhaltigen, zukunftsbeständigen Entwicklung beitragen kann. Dies bedeutet nicht unbedingt, dass der Bürger sich aktiv in Projekte einbringen muss. Wichtiger ist, dass jeder Einzelne beginnt, sein Leben nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit zu gestalten(, z.B. in dem er einmal sein Auto stehen lässt und zu Fuß geht, mit dem Fahrrad bzw. öffentlichen Verkehrsmitteln fährt). Oder um es mit den Worten von Vaclav Havel zu sagen:

*„Jeder von uns hat kurz gesagt,  
die Möglichkeit zu begreifen,  
dass auch er,  
sei er noch so bedeutungslos  
und machtlos,  
die Welt verändern kann.*

*Jeder aber muss bei sich anfangen.*

---

*Würde einer  
auf den anderen warten,  
warteten alle vergeblich."*

## **Abkürzungsverzeichnis**

AG	: Arbeitsgruppe
AK	: Arbeitskreis
BMU	: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BVG	: Bürgervereinigung
CDU	: Christlich-Demokratische Union
d.h.	: das heißt
DA-DI	: Darmstadt-Dieburg
i.d.R.	: in der Regel
IHK	: Industrie- und Handelskammer
KHP	: Kommunales Handlungsprogramm
LA 21	: Lokale Agenda 21
ÖPNV	: Öffentlicher Personennahverkehr
PKW	: Personenkraftwagen
RKW	: Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Wirtschaft e.V.
RP	: Regierungspräsidium
s.	: siehe
SPD	: Sozialdemokratische Partei Deutschlands
TG	: Themengruppe
u.a.	: unter anderem
z.B.	: zum Beispiel

---

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:

LANDKREIS DARMSTADT-DIEBURG: Handlungskonzept, Landkreis Darmstadt-Dieburg Oktober 1998

Abbildung 2:

BUNDESMINISTERIUM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Handbuch Lokale Agenda 21, Berlin Juni 1998

Abbildung 3:

HERMANN, Klaus: Die Lokale Agenda 21. Herausforderung für die Kommunalpolitik. In: AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE, B 10-11/2000, Bonn 2000, S. 3-12

Abbildung 4:

ZIMMERMANN, Monika: Lokale Agenda 21. Ein kommunaler Aktionsplan für die zukunftsbeständige Entwicklung der Kommune im 21. Jahrhundert. In: AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE: B 27/97, Bonn, 1997, S. 25 – 38

Abbildung 5:

URL: HYPERLINK <http://www.agenda21.darmstadt.de>

Abbildung 6:

URL: HYPERLINK <http://www.agenda21.darmstadt.de>

Abbildung 7:

AG DARWIN: Wissenschaftsstadt Darmstadt. Lokale Agenda 21-Agenda-Dokument, (Verabschiedet auf dem 3. Agenda-Forum am 25. Mai 2000. Aufgestellt im Juli 2000), Darmstadt Juli 2000

Abbildung 8:

AG DARWIN: Wissenschaftsstadt Darmstadt. Lokale Agenda 21-Agenda-Dokument, (Verabschiedet auf dem 3. Agenda-Forum am 25. Mai 2000. Aufgestellt im Juli 2000), Darmstadt Juli 2000

Abbildung 9:

Groß-Umstadt: Lokales Agenda 21 Logo, Aufkleber erhältlich im Agenda-Büro: Markt 1, 64283 Groß-Umstadt

---

## Literaturverzeichnis

AG DARWIN: Dokumentation der Initialveranstaltung zur Lokalen Agenda 21 Darmstadt. Aktiv – für unsere Zukunft in Darmstadt am 12. Juli 1998 im Foyer des Staatstheaters, Darmstadt 1998

AG DARWIN: Wissenschaftsstadt Darmstadt. Lokale Agenda 21 – Agenda Dokument. (Verabschiedet auf dem 3. Agenda-Forum am 25. Mai 2000. Aufgestellt im Juli 2000), Darmstadt, Juli 2000

ALISCH, Monika: Soziale Stadtentwicklung durch Stadtteilmanagement. Das Hamburger Rahmenkonzept für benachteiligte Quartiere. In: KLÖCK, Tilo (Hrsg.): Solidarische Ökonomie und Empowerment. Gemeinwesensarbeit Jahrbuch 6, Neu-Ulm, 1998, S. 205-211

BUNDESMINISTERIUM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.): Lokale Agenda 21. A: Stand und Perspektiven der Umsetzung von Kapitel 28 in Deutschland. B: Übersicht über internationale Programme und Strategien, Schriftenreihe Forschung, Heft Nr. 499, Bonn, Nov. 1996

BUNDESMINISTERIUM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Umweltpolitik. Agenda 21. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro. (Dokumente), 2. Auflage, Berlin 1997

BUNDESMINISTERIUM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Handbuch Lokale Agenda 21. (Wege zur nachhaltigen Entwicklung in den Kommunen). Berlin 1998

BUNDESMINISTERIUM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Umweltpolitik. Lokale Agenda 21 im europäischen Vergleich. Berlin Mai 1999

---

BUNDESZENTRALE für politische Bildung: Informationen zur politischen Bildung.  
Kommunalpolitik. Heft 242. Bonn Oktober 1998

DA-DI 21: Ein Aktionsprogramm für den Landkreis Darmstadt-Dieburg. Agenda-Ticker.  
Ausgabe 5/2001

DUDENVERLAG: Duden. Lexikon der Allgemeinbildung, Mannheim, Leipzig, Wien,  
Zürich 1993

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT (Hrsg.): Frauen und Männer in der Europäischen  
Union. Ein statistisches Portrait, Luxemburg 1995. Zitiert in: OSTNER, Ilona: Frauen.  
In: SCHÄFERS, Bernhard/ZAPF, Wolfgang (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft  
Deutschlands, 2. neu bearbeitete Auflage, Bonn 2001, S. 216-227

GIESSENER ALLGEMEINE ZEITUNG: Wissenschaft bewertet Agenda-Prozess posi-  
tiv. Nummer 209, Gießen 08.09.2001, S. 29

GISEVIUS, Wolfgang zitiert in WEHLING, Hans-Georg: Kommunalpolitik in Geschichte  
und Gegenwart in: Informationen zur politischen Bildung. Kommunalpolitik. Heft 242,  
Bonn 1994, S. 11

HEINELT, Hubert /MÜHLICH, Eberhard (Hrsg.): Lokale „Agenda 21“ Prozesse. (Erklä-  
rungsansätze. Konzepte. Ergebnisse). Opladen, 2000

HERMANN, Winfried/PROSCHEK, Eva/RESCHL, Richard: Lokale Agenda 21. Anstöße  
zur Zukunftsfähigkeit. (Handriechnung für eine reflektierte Handlungspraxis). Stutt-  
gart, 2000

HERMANN, Klaus: Die Lokale Agenda 21. Herausforderung für die Kommunalpolitik.  
In: AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE: B 10 – 11/2000, Bonn 2000, S. 3-12

HESSISCHES MINISTERIUM für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit  
(Hrsg.): Hessen 201. Agenda 21. Global denken, lokal handeln. Auf neuen Wegen ins  
21. Jahrhundert, 5. Auflage, Wiesbaden 1998

---

HESSISCHES MINISTERIUM für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit (Hrsg.): Agenda 21. Unterwegs ...für eine liebenswerte Zukunft, 2. Auflage, Wiesbaden 1997

KLATETZKI, Thomas/VON WEDEL-PARLOW, Ursula: Soziale Arbeit. In: SCHÄFFERS, Bernhard/ZAPF, Wolfgang (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, 2. neu bearbeitete Auflage, Bonn 2001, S. 583-595

LAMNEK, Siegfried: Qualitative Sozialforschung. Band 2 Methoden und Techniken, 3. korrigierte Auflage, Weinheim 1995

MAYRING, Philipp: Einführung in die qualitative Sozialforschung, 3.ü.a. Auflage, Weinheim 1996

PROREGIO DARMSTADT e.V.: Stadtführer/City Guide. Wissenschaftsstadt Darmstadt, Darmstadt Oktober 2000

STADT GROß-UMSTADT (Hrsg.): Lokale Agenda 21: L(i)ebenswertes Groß-Umstadt. (Schritte zu einer nachhaltigen Entwicklung im Konsens mit den BürgerInnen. Entwurf für ein kommunales Handlungsprogramm). Groß-Umstadt, Nov. 2000

WELTKOMMISSION für Umwelt und Entwicklung: Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht. Hrsg.:Volker HAUFF, Greven 1987. Zitiert in:  
BUNDESMINISTERIUM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.): Lokale Agenda 21. B: Übersicht über internationale Programme und Strategien, Schriftenreihe Forschung, Heft Nr. 499, Bonn, Nov. 1996

WINDHOFF-HERITIER, Adrienne: Policy-Analyse. Eine Einführung. Frankfurt/Main, New York, 1987

ZIMMERMANN, Monika: Lokale Agenda 21. (Ein kommunaler Aktionsplan für die zukunftsbeständige Entwicklung der Kommune im 21. Jahrhundert). In: AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE: B 27/97, Bonn, 1997, S. 25 – 38

---

## Anhang

- Inhaltsverzeichnis der Agenda 21
- Inhaltsübersicht über die geführten Interviews
- Leitbild der Stadt Darmstadt
- Projektmatrix der Stadt Groß-Umstadt
- Interview I: Frau Jutta Sommer, Agenda-Beauftragte der Stadt Darmstadt
- Interview II: Herr Norbert Schneeweis, Sprecher der TG „Menschen und Soziales“
- Interview III: Herr Dr. Hartmut Härtner, Wirtschaftsvertreter der Firma Merck, und Klaus Peter Riede, Pressesprecher von Merck
- Interview IV: Frau Eva Ludwig, Mitglied der CDU Darmstadt
- Interview V: Frau Doris Fröhlich und Frau Ursula Weßling, Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen in Darmstadt
- Interview VI: Herr Rainer Michaelis, Agenda-Beauftragter von Groß-Umstadt
- Interview VII: Frau Ilka Neufeld, Mitglied des AKs „Frauen“
- Interview VIII: Herr Helmut Kroll, Mitglied des AKs „Wirtschaft“
- Interview IX: Herr Andreas Petermann, Mitglied der CDU Groß-Umstadt
- Interview X: Herr Christian Flöter, Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen in Groß-Umstadt

